

# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

69. Jahr Heft 7/8 Juli/August 2016



Baustelle

Lehrerbildung

Praxissemester

Modularisierung

Berufseingangsphase

Lehrkräfteakademie

# Fachtagung der GEW Hessen Politische Bildung in hessischen Schulen

Mittwoch, 7. September 2016, 10 bis 16 Uhr  
Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12, 60594 Frankfurt

### 10.30 bis 12 Uhr

Vortrag von Professor Dr. Bernd Overwien (Universität Kassel): Aktuelle Fragen der politischen Bildung in Hessen; Aussprache

### 13.15 bis 15 Uhr: Arbeitsgruppen

AG 1: Lobbyismus an Schulen, Prof. Dr. Tim Engartner, Universität Frankfurt  
AG 2: Politische Bildung von Anfang an, Prof. Dr. Charlotte Röhner, Bergische Universität Wuppertal

AG 3: Beratungsnetzwerk Hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, Prof. Dr. Benno Hafener  
AG 4: Politische Bildung für die Demokratie, Prof. Dr. Wolfgang Sander

• **Anmeldung:** *lea bildungsgesellschaft, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, per Mail (anmeldung@lea-bildung.de) oder per Fax (069-97129397)*

• **Teilnahmebeitrag:** *10 Euro, für GEW-Mitglieder 5 Euro (einschließlich Tagungsgetränken und Mittagessen)*

# Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

30. September: Vernetzungstreffen für Hessen

Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wird ab Ende September für alle hessischen Schulen durch die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt koordiniert. Der neue Landeskoordinator *Oliver Fasssing* lädt die hessischen Courage-Schulen und alle außerschulischen Kooperationspartner zu einem Vernetzungstreffen nach Frankfurt ein. In Workshops, an Infoständen, bei einer Podiumsdiskussion und im Rah-

men einer Exkursion werden Wege aufgezeigt, wie Courage-Schulen konkret gegen Gewalt und Rassismus aktiv werden können.

Das erste Vernetzungstreffen für Hessen findet am 30. September von 9 bis 16.30 Uhr im Haus am Dom in Frankfurt statt (Domplatz 3).

• **Anmeldung und Kontakt:** *OFassing@bs-anne-frank.de, Tel.069-56000-243, Bildungsstätte Anne Frank, Hansaallee 150, 60320 Frankfurt*

Aus dem Inhalt

### Rubriken

- 4 Best of Spot(t)light
- 5 Meldungen
- 30 Briefe
- 34 Recht: Teildienstfähigkeit
- 35 Aus der Personalratsarbeit
- 36 Jubilarinnen und Jubilare

### Titelthema: Lehrerbildung

- 8 GEW diskutiert über Forderungen zur Novellierung des HLBG
- 11 Inklusion in der Lehrerbildung
- 12 Wünsche für ein neues HLBG
- 14 Rassismuskritik und Lehrerbildung
- 16 Lehrerfortbildung in Hessen
- 18 Fortbildung für DaZ und DaF

### Einzelbeiträge

- 6 Schwarz-grünes Besoldungsgesetz: Eine neue Provokation!
- 20 Landeschülerversammlung Hessen: Hausaufgaben, nein danke!
- 22 Symposium: 30 Jahre Lehrerfortbildung in Hessen
- 24 Lehrerausbildung: Marburger Praxismodule
- 26 DaZ-Kurse an Volkshochschulen: Im Gespräch mit Nina Schuster
- 28 Viet Anh Nguyen Duc: „Musterimmigranten“ aus Vietnam
- 31 Ausstellung „Verdun – Darmstadt“
- 32 1916 – 2016: Erinnern an Verdun
- 40 Das lea-Programm im Herbst 2016



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)  
Homepage: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
Klingenberger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (069) 6313775  
E-Mail: [freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)

### Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

**Gestaltung:** Harald Knöfel, Michael Heckert †

**Titelthema:** Franziska Conrad, Andrea Gergen, Heike Lühmann,

**Illustrationen:** Dieter Tonn (Titel, S.11, 13), Thomas Plaßmann (S. 19, 20), Ruth Ullendboom (S.4)

**Fotos, soweit nicht angegeben:**

GEW (S. 5, 28, 35, 37)

### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Peter Vollrath-Kühne  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172)9583-21  
E-Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

### Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

### Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel



# Lehrerbildung mit neuen Inhalten

Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist reformbedürftig, will sie den Anforderungen an eine sich rasant verändernde Gesellschaft und Schule gerecht werden. Diese Einsicht hat die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker in einigen Bundesländern zu beachtlichen Veränderungen bewegt. So kann beispielsweise in Berlin künftig kein separates Lehramt für Förderschulen, sehr wohl aber ein Förderschwerpunkt neben einem Fach studiert werden. Ziel ist es, die angehenden Lehrkräfte sowohl für den Fachunterricht als auch für die Förderung der Lernenden gleichermaßen zu qualifizieren. Nordrhein-Westfalen hat für alle Lehrämter die Studiendauer auf zehn Semester festgelegt, weil alle Lehrkräfte gleichermaßen fundiert qualifiziert sein müssen.

Die GEW hat auf ihrem Gewerkschaftstag 2013 die Einrichtung eines „Zukunftsforums Lehrer\_Innenbildung“ beschlossen, das eine Beschlussvorlage für den nächsten Gewerkschaftstag 2017 in Freiburg entwickelt. Inzwischen arbeiten in diesem Zukunftsforum GEW-Kolleginnen und GEW-Kollegen an einem zukunftssträchtigen Konzept für die Ausbildung angehender Lehrkräfte und bringen in einem befruchtenden Prozess die Erfahrung der Defizite und Reformansätze ihrer Bundesländer ein.

In Hessen steht 2017 die Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) und der Durchführungsverordnung (HLbGDV) an. Diese Gelegenheit sollte genutzt werden, die Lehrerbildung auf die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen einer inklusiven Schule in der Einwanderungsgesellschaft auszurichten. Inhalte wie Deutsch als Fremdsprache, Deutsch als Zweitsprache, sprachsensibler Fachunterricht, interkulturelle, antirassistische und anti-sexistische Bildung sowie Medienpädagogik müssen feste Bestandteile der Ausbildung der angehenden Lehrkräfte werden. Demokratiepädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind ebenfalls notwendige Inhalte, wenn die Lehrkräfte ihren Erziehungsauftrag nach dem Hessischen Schulgesetz qualifiziert umsetzen sollen. Im Vorbereitungsdienst sollte die in acht Halbjahresmodule und drei Ausbil-

dungsveranstaltungen zergliederte Ausbildung durch eine stärkere Prozessorientierung und durch bewertungsfreie Räume ersetzt werden, um Erfahrungsspielräume zu erweitern. Das Erlernen der multiprofessionellen Teamarbeit für die inklusive Schule benötigt Spielräume für die Kooperation der Studienteamerinnen miteinander und für die Zusammenarbeit mit Schulen und Unterstützungssystemen. Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung müssen verstärkt werden. Andere Bundesländer haben diese Kooperation bei der Durchführung von Praxisphasen oder des Praxissemesters institutionalisiert. In Hessen dagegen wird trotz aller Kritik das Praxissemester gegenwärtig ohne Beteiligung der Studienteamerinnen erprobt. Etliche Bundesländer unterstützen die jungen Lehrkräfte durch Angebote in der Berufseingangsphase. Auch hier hat Hessen Nachholbedarf. Eine weitere Herausforderung ist der Aufbau einer adressatenbezogenen und qualitätsgerechten Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die u.a. Didaktik und Methodik inklusiven Unterrichts und inklusive Schulentwicklung zum Gegenstand hat.

Die Novellierung bietet also Chancen für eine zukunftsorientierte Lehrerbildung. Wie bisher wird sich die GEW in den Prozess der Novellierung mit differenzierter Analyse der Defizite und mit der Entwicklung von Optionen einbringen.

*Franziska Conrad*



**Franziska Conrad**  
Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand

# Endlich Ferien!

Die letzte Woche vor den Ferien. Die lieben Kleinen quälen sich gerade mit einer extra schweren Klassenarbeit, die ich sowieso nicht mehr korrigieren werde. Ich muss derweil die Liste zusammenstellen, was ich alles in mein finnisches Ferienhaus mitzunehmen gedenke. Seit PISA ist Finnland der Renner! Wir haben mit Mühe noch eine Nissenhütte mit Außenklo an der russischen Grenze anmieten können, alles andere war ausgebucht! Aber das wird ein preiswerter Alternativurlaub, man kann ja nicht immer nur ins eigene Chalet im Wallis oder in die Toscana reisen. Das gesparte Geld werde ich in Tanker, Aktienfonds und Einkaufszentren investieren, wie es mir Werbebrochüren so häufig empfehlen. Meinem Lebensabschnittsgefährten schicke ich per SMS einige Handlungsanweisungen für den Urlaub (Route ausarbeiten, Kompass und Taschenlampen besorgen, Reiseapotheke zusammenstellen). Leider stören mich die Schüler ständig mit ihren Zwischenfragen. Im Computerraum der Schule ersteigere ich im Internet noch schnell ein paar preisgünstige Gummistiefel, zwei Moskitonetze und einen Generator. Auch hierbei kann ich mich kaum konzentrieren, weil einige Kinder die literaturwissenschaftlichen Begriffe, die ich aus be-

schäftigungstherapeutischen Gründen zusammengestellt habe, angeblich in keiner Internet-Suchmaschine finden können. Die Unterrichtszeit zwischen den Schulferien ist wirklich lästig!

Am letzten Tag verteile ich die Zeugnisse. Dank ausgefeilter Computerprogramme habe ich damit nur noch wenig Arbeit. Die Zeugnisköpfe setze ich aus Versatzteilen zusammen, die Noten werden nach der Gauß'schen Normalverteilungskurve ausgewürfelt, die Fehlzeiten schätze ich grob über den Daumen. Die Schüler küssen mir gerührt die Hände und überreichen mir die Geschenke ihrer Eltern: Einkaufsgutscheine, Parfüm, Champagner, führende Bestseller, zwei Handys und eine Seidenbluse.

Nun können endlich die Ferien beginnen! Wobei sich – ehrlich gesagt – für mich nicht sehr viel ändert. Morgens muss ich nicht ganz so früh aus den Pfühlen, aber ansonsten schwelge ich in Freizeit und Müßiggang wie sonst auch. Nicht nur Journalisten fragen sich, wozu Lehrer extra ausgewiesene Ferien brauchen. Nach den akribischen und bejubelten Berechnungen des Kabarettisten Volker Pispers „arbeiten“ Lehrer ohnehin kaum zehn Jahre ihres Lebens, wenn man die vernünftigen Studienjahre, die lustige Ausbildungszeit, die endlosen Ferien, Wochenenden, Feiertage, Hitze- und Kältefrei, „Fortbildungen“ auf Teneriffa, Faulkrankheiten (Burn-Out – wovon denn bitte???) und Frühpensionierungsjahre mitrechnet. Aber jamern tun die Pädagogen, was das Zeug

hält. „Lerne klagen, ohne zu leiden!“, sagt mein Nachbar immer hämisch, wenn er mir neue Zeitungsberichte von hochkompetenten Journalisten und abgehobenen Bildungsexperten unter die Nase hält. Ich weiß, meinen Nachbarn und diverse Journalisten treibt die reine Missgunst auf mein schönes Leben.

Aber warum mussten sie auch Kältetechniker oder schlecht bezahlte Schreiberlinge werden, anstatt wie ich und andere Lehrer ganz legal und hoch dotiert ihren sadistischen Neigungen im Klassenraum zu fröhnen?

Daheim schiebe ich erst mal die ganzen Bücher, Hefte und Amtsblätter unters Bett. Kein Mensch wird jemals wieder danach fragen. Ich blättere pro forma im Fortbildungskatalog, den der Schulleiter mir noch vergrämt in die Hand gedrückt hat. Über Teamfähigkeit (TEAM = Toll, ein anderer macht's!), Lerntagebücher, gestalttherapeutische Standbilder für den Literaturunterricht, bewegungsbetonte Laufdiktate und mathematisches Zirkeltraining. Interessanter sind da die Fortbildungen im Ausland, natürlich während der Schulzeit. Wann sonst? Diesmal gibt es einen reizvollen Tauchlehrgang am Roten Meer. Den kann ich für meinen Russischunterricht nur sehr begrenzt verwenden. Aber vielleicht wird er doch genehmigt? Ich kauge am Bleistift und kritzle in den Antrag: „Die Symbolik des Meeres im russischen Roman der Gegenwart in ihrer besonderen Relevanz für den Unterricht in der Sekundarstufe II“. Zufrieden lege ich den Fortbildungskatalog unters Bett zum restlichen Schulkrum.

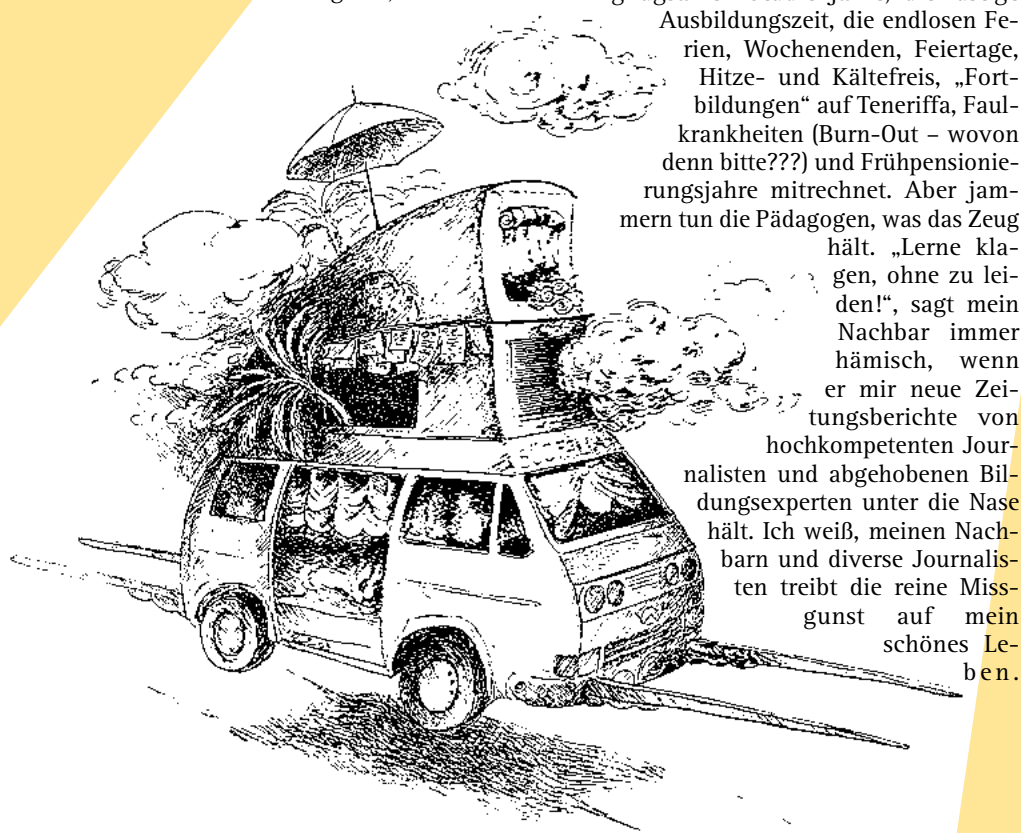
In die Ferien nehme ich immer ein Schulbuch mit, ich lese es zwar nie, aber es hat so etwas Professionelles. Diesmal packe ich „Die verkopfte Schule“ ein. Die Autorin hat eine ganz zauerhafte Tanzfortbildung gemacht, und seither weiß sie, wie wichtig es ist, sich in der Schule mit seiner Gesamtpersönlichkeit einzubringen, besonders mit der Wirbelsäule, dem Zentralnervensystem und den Füßen, die fest auf dem Boden der Tatsachen stehen und sie im Leben vorwärts tragen.

Das Wichtigste darf ich vor der Abreise auf keinen Fall vergessen: Ich muss mir die neuen Winterkataloge besorgen. Bald sind Herbstferien.

Gabriele Frydrych

## Kreative Pause

Wie berichtet gönnt sich unsere Berliner Kollegin Gabriele Frydrych eine schöpferische Pause, um sich ganz einem anderen Buchprojekt widmen zu können. Die HLZ überbrückt diese Zeit mit einem „Best of Spot(t)light“, bis im Herbst neue Texte für die HLZ versprochen sind! „Endlich Ferien“ erschien in der HLZ 7-8/2003.





## **X** GEW und ver.di im Hauptpersonalrat Verwaltung

Bei der Wahl des Hauptpersonalrats für die Beschäftigten der Bildungsverwaltung in den Schulämtern und im Hessischen Kultusministerium konnte die gemeinsame Liste von GEW und ver.di mit sechs Sitzen (649 Stimmen) wieder eine deutliche Mehrheit erringen. Die Liste des Beamtensbunds kam auf drei Sitze (382 Stimmen). Die GEW entsendet *Christiana Bohn*, ver.di ist mit *Karl-Heinz Ernst*, *Esther Heck*, *Claudia Janise*, *Regina Pomp* und *Gino Todisco* vertreten. Der Erfolg ist auf die klaren Positionen zurückzuführen, die GEW und ver.di während der abgelaufenen Wahlperiode bezogen und vermittelt haben und im Wahlkampf glaubwürdig darstellen konnten.

Die GEW- und ver.di-Mitglieder im HPR werden weiterhin die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Personalvertretungen und den Gewerkschaften suchen. Gegenseitige Informationen und Anregungen stehen dabei im Mittelpunkt, um durch intensiven Informationsfluss die einzelnen Vertretungsebenen zu stärken.

## **X** GIB Hessen: Filmpremiere Unsere Vision Inklusion

Bei einer „Premierenfeier“ im Frankfurter Dialogmuseum präsentierten die *Gruppe Inklusionsbeobachtung* (GIB) und der Verein „Gemeinsam Leben“ den kurzen und einfühlsamen Videoclip „Unsere Vision Inklusion“, der an der Reformschule in Kassel gedreht wurde und für den Gedanken und die zentralen Inhalte schulischer Inklusion werben soll. *Professor Dr. Georg Feuser* referierte über „Inklusion als Spiegel gesellschaftlichen und pädagogischen Bewusstseins“. Vortrag und Film sind auf den Seiten der GEW ([www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)) und der GIB ([www.gib-hessen.de](http://www.gib-hessen.de)) abzurufen.



## **X** GEW Hanau: Aktiv gegen Überlastung

Am 17. Mai machte der GEW-Kreisverband Hanau während einer Kundgebung vor dem Staatlichen Schulamt am Hessen-Homburg-Platz auf die extreme Belastung der Lehrerinnen und Lehrer an hessischen Schulen aufmerksam. Bereits Ende 2015 hatte der Kreisvorstand der GEW Hanau eine Befragung der Lehrerinnen und Lehrer des Schulamtsbezirks durchgeführt, an der sich knapp 500 Pädagogen beteiligten (HLZ 4/2016). Dabei gaben 50% der Befragten an, dass ihre Wochenenden selten oder nie frei von Arbeit seien und sie auch abends nicht abschalten und die Schule vergessen könnten.

*Ingabritt Bossert* (Foto: links) und *Christiane Östreich* vom Kreisvorstand der GEW Hanau erläuterten die For-



derungen der Demonstranten. Einen ausführlichen Bericht findet man unter [www.gew-hanau.de](http://www.gew-hanau.de) (> Aktion Überlastung) und in der nächsten Ausgabe der HLZ.

## **X** 0800-5894660: Hotline für selbstständige Lehrkräfte

Die GEW-Landesverbände Hessen und Bayern starteten am 1. Juni 2016 eine Telefonhotline, die eine sozial- und arbeitsrechtliche Beratung für freiberuflich in der Bildung Tätige anbietet. Auch Fragen rund um das Thema Versicherung werden beantwortet.

Die wachsende Gruppe von Freiberuflern reicht von Dozenten in der Fort- und Weiterbildung über Lehrbeauftragte an Hochschulen bis zu Lehrkräften in Integrationskursen, die insbesondere durch gestiegene Flüchtlingszahlen einen regelrechten „Boom“ erfahren haben. GEW-Vorsitzende *Birgit Koch* verwies auf die Tatsache, dass allein in Hessen „über 5.600 Lehrbeauftragte an Hochschulen tätig sind, deren Probleme von schlechter Bezahlung oft unter dem Mindestlohn über eingeschränkte Rechte bei Krankheit bis hin zu fehlenden Arbeitsplätzen an den Hochschulen reichen“. Die Kehrseite der Selbstständigkeit seien „allgemeine Unsicherheit, oft schlechte Bezahlung und ein nahezu entrechtetes Verhältnis als Freiwild“.

Die GEW will so ihr Angebot für diese Gruppe durch ein passgenaues Informationsangebot ausbauen und einen Beitrag zur Verbesserung der prekären Arbeitsbedingungen leisten.

- Die Hotline ist ständig unter der Nummer 0800-5894660 erreichbar. Eine unmittelbare persönliche Beratung ist mittwochs von 16 bis 18 Uhr und freitags von 10 bis 12 Uhr möglich.

## **X** GEW und Eltern in Kassel gegen Stellenkürzungen

Ende Mai trafen sich Elternbeiräte aus Kassel und der GEW-Kreisvorstand Kassel-Land, um mit einer Luftballonaktion gegen die bereits vollzogenen Stellenkürzungen im Bereich Grundschulen und Gymnasien zu protestieren. Wie berichtet wurden die Kürzungen im Bereich der gymnasialen Oberstufen durch den Kultusminister nach massiven Protesten mittlerweile gestoppt, die bereits vollzogenen Kürzungen wurden jedoch nicht zurückgenommen.

Fünfhundert rote Luftballons stiegen mit den Wunschzetteln der Elternbeiräte vom Dach der Grimmwelt in Kassel auf.

## **Sommerferien im Zimmerweg**

Die Landesgeschäftsstelle der GEW Hessen (Zimmerweg 13, 60325 Frankfurt) ist in der Mitte der hessischen Sommerferien vom 1. bis 12. August 2016 geschlossen. Ab 15. August 2016 sind die Beschäftigten der Landesgeschäftsstelle wieder erreichbar.

Auch die Landesrechtsstelle ist in dieser Zeit nicht besetzt. In fristgebundenen oder dringenden Fällen wenden Sie sich in dieser Zeit als Mitglied bitte direkt an die Büros der DGB Rechtsschutz GmbH.

- Die Adressen der einzelnen Büros finden sich unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Recht > DGB Rechtsschutz GmbH > Büros.

# Schwarz-grünes Besoldungsgesetz

## Eine provokative Fortsetzung des Besoldungsdiktats

Am 10. Mai legten die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen – wie berichtet – ihren „Entwurf für ein Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2016“ (HBes-VAnpG 2016) vor, der diesen Namen nicht verdient, sondern die Politik der systematischen Abwertung der Berufe von Beamtinnen und Beamten in Hessen weiter fortsetzen soll. Statt die Besoldung an die Tarifverträge für die Tarifbeschäftigten in Hessen anzupassen, legt Schwarz-Grün ein Gesetz zur Verweigerung einer Besoldungsanpassung vor.

Nach der achtzehnmonatigen Nullrunde sollen hessische Beamtinnen und Beamte ab dem 1.7. 2016 mit einer Erhöhung ihrer Bezüge und Pensionen von 1,0 Prozent abgespeist werden.

Zur Erinnerung: Die Tarifbeschäftigten verzeichneten in Hessen und in den anderen Bundesländern für 2015 und 2016 Einkommenserhöhungen von insgesamt 4,4 Prozent. Schwarz-Grün steht damit aber auch besoldungspolitisch in die Schmutzdecke: Alle anderen Bundesländer haben die lineare Erhöhung in den beiden Jahren in der Summe auf die Besoldung ihrer Beamtinnen und Beamten übertragen, zum Teil unter Abzug der Versorgungsrücklage (insgesamt 0,4 Prozent) und zum Teil zeitversetzt. Berlin und Niedersachsen gaben sogar mehr. Für alle Beamtinnen und Beamten in den anderen Bundesländern wurden somit die Tabellenwerte von Anfang 2015 bis Ende 2016 mindestens um 4 Prozent erhöht!

Die hessischen Beamtinnen und Beamten sollen also um 3,4 Prozent geprellt werden. Je nach Besoldungsgruppe, Besoldungsstufe und Familienstand sind das zwischen 1.500 und 3.000 Euro jährlich, über die Dauer des Erwerbslebens gerechnet zwischen 60.000 und knapp 120.000 Euro. Nicht eingerechnet sind alle vorangegangenen Kürzungen, die Kürzungen der Pensionen und die Wochenarbeitszeit, die 5 Prozent über der seit 2010 tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit liegt und mit der Hessen ebenfalls den traurigen letzten Platz unter allen Bundesländern einnimmt.

### Abwertung verhindern!

Vergleicht man die Entwicklung der hessischen Besoldung mit der Tarifentwicklung in der gesamten Wirtschaft, so tut sich eine noch deutlich größere Lücke auf. Von 2001 bis 2015 stieg der Tarifindex um 38,5 Prozent und bis Ende 2016 auf voraussichtlich 42,3 Prozent. Hätten Hessens Beamtinnen und Beamte dieselben Steigerungsraten zu verzeichnen gehabt, läge ihr Einkommen heute um 14,6 Prozent höher als nach den Plänen der Wiesbadener Koalition.

Seit 2001 haben Bundes- und Landesregierungen die pädagogische Tätigkeit in den Schulen und andernorts massiv abgewertet. CDU und Grüne arbeiten nun offenbar nach Kräften weiterhin an diesem Projekt. Und das hat auch etwas mit dem kontinuierlich ansteigenden Frauenanteil in der Lehrerschaft zu tun! CDU und Grüne ignorieren das einmal mehr, wenn sie die obligatorische Frage nach den „unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern“ mit „Keine“ beantworten – sei es aus Ignoranz oder auch als bewusste Lüge. Auch von den gestiegenen Anforderungen, die sich in zahlreichen Überlastungsanzeigen ausdrücken, ist keine Rede.

### Eiertänze und Taschenspieler

Der Gesetzentwurf umfasst drei Seiten, die Begründung samt Präambel und zahlreicher Tabellen und Schaubilder 16 Seiten. Sie sollen uns weismachen, dass die Nichtanpassung der Besoldung den „vom Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen vom 5. Mai 2015 und 17. November 2015 zur Bemessung einer amtsangemessenen Alimentation entwickelten Parametern“ entspricht.

Ähnliche Eiertänze absolvierten *Holger Bellino* (CDU) und *Mathias Wagner* (Grüne) bei der Pressekonferenz, um nachzuweisen, dass ihr Gesetzentwurf die durchaus löchrigten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht verletzt. Die hessische Besoldung bewege

sich „in allen Besoldungsgruppen mit deutlichem Abstand oberhalb der Mindestalimentionation“ und sei deshalb „verfassungskonform“.

Der schwarz-grünen Koalition reicht es also aus, dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in einem der reichsten Bundesländer mit den höchsten Lebenshaltungskosten „die verfassungsrechtlich vorgegebene Mindestalimentionation“ übersteigt.

Die ausgiebige, ja weitschweifende Erörterung des Themas in der Gesetzesbegründung vermittelt den Eindruck, dass die Mindestalimentionation zum Maßstab der Besoldungspolitik wird.

Der Abstand zur „Mindestalimentionation“ sei, so die Koalitionäre, sogar „deutlich“, denn die Erhöhung der Einkommen um 1,0 Prozent vollziehe sich „vor dem Hintergrund der anhaltend stabilen bis rückläufigen Verbraucherpreise“. Die Differenz zwischen Tarif- und Besoldungsentwicklung, so las man in der Presse, betrage in den letzten eineinhalb Jahrzehnten doch „nur ein Prozent“. Hier zeigt sich, dass die Begründung des Entwurfs mit etlichen Taschenspielertricks arbeitet:

- Der erste Trick besteht darin, dass das Jahr 2016 überhaupt nicht betrachtet wird. Die geplante Besoldungserhöhung von 1,0% zum 1.7.2016 und die Tarifierhöhung von 2,4% zum 1. März 2016 bleiben außen vor. Tatsächlich hat die Rechtsprechung bisher immer nur rückblickende Betrachtungen angestellt und insofern können sich die Autorinnen und Autoren des Gesetzentwurfs darauf berufen. Es wäre aber durchaus möglich gewesen, Prognosen für die Entwicklung einzelner Vergleichskennziffern im laufenden Jahr zu machen.
- Der zweite Trick: Eine Besoldungserhöhung zum 1.1.2001, also zum ersten Tag des Betrachtungszeitraumes, wird mitgezählt. Das ist angesichts der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts juristisch sehr zweifelhaft, da es sich um die zeitverzögerte Übertragung eines Tarifergebnisses aus dem Vorjahr handelte. Insofern werden Äpfel mit Birnen verglichen.
- Auch die dritte Schummelei ist ungeniert. Bei der Besoldungsentwick-



lung wird die Kürzung der Sonderzahlungen im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ von 2003 einfach unterschlagen, obwohl diese nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts einzubeziehen sind. Die Argumentation der Koalition, vergleichbare Kürzungen habe es auch im Tarifbereich gegeben, mag für den gehobenen und höheren Dienst noch halbwegs nachvollziehbar sein, stimmt aber nicht für den mittleren Dienst. Ganz schräg wird es aber, wenn die so berechnete und dargestellte Besoldungsentwicklung, die die Kürzung der Sonderzahlungen ausschließt, mit der Entwicklung der Nominallöhne und der Preise verglichen wird.

Von einem „deutlichen Abstand“ zur Mindestbesoldung kann daher nach unserer Überzeugung keine Rede sein. Trotzdem ist gegenwärtig durchaus in Zweifel zu ziehen, ob wir rechtlich mit guten und erfolgversprechenden Argumenten gegen das hessische Besoldungsgesetz vorgehen können. Hier ist die Beratung im parlamentarischen Verfahren abzuwarten, die bei Redaktionsschluss der HLZ noch nicht abgeschlossen war.

Entscheidend ist: Schwarz-Grün robbt sich an die Grenze zur Unteralignment heran.

Für die nächsten Auseinandersetzungen sollten wir nicht außer acht lassen, dass die vom Verfassungsgericht definierte Grenze zu einem verfassungswidrigen Besoldungsniveau nicht starr ist. Wenn immer ein Zeitraum von 15 Jahren zugrunde gelegt wird, werden die Nullrunden und Kürzungen unter Ministerpräsident Koch im Jahr 2004 ab 2020 aus den Vergleichen herausfallen. Weitere Einschnitte bei der Besoldung wären dann wieder möglich. Mit anderen Worten: Das Verfassungsgericht hat keine feste Schranke zur rechtswidrigen Mindestalimention festgelegt, sondern lediglich die Geschwindigkeit begrenzt, mit der die

### Landtagsdebatte am 12. Juli

Am 12. Juli debattiert der Landtag in zweiter Lesung über das Gesetz zur Verweigerung der Besoldungsanpassung. Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes werden diese Sitzung des Landtags demonstrativ begleiten. Aktuelle Informationen über die geplanten Aktionen findet man unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).



Die Verlängerung der Arbeitszeit und die Streichung von Stellen haben zu weiteren Verdichtungen der Arbeit geführt. Die Beamtenbesoldung wurde 2015 gar nicht erhöht und soll ab 2016 nur um ein Prozent angehoben werden. Statt weiterer Kürzungen fordern wir die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten. Schlechtere

Beamtinnen und Beamten von der Tarif- und Nominallohnentwicklung abgehängt werden dürfen.

Dass in den Augen der Koalition der vorgelegte Gesetzentwurf nicht gegen die Maßstäbe der Mindestalimention verstößt, enthebt diese allerdings noch nicht von der Notwendigkeit, zu begründen, warum die Besoldungserhöhung nicht höher ausfällt. Deshalb findet man auch in dem Gesetzentwurf erneut das schwarz-grüne Mantra einer „an der Schuldenbremse ausgerichteten Konsolidierungspolitik“, die verhindere, der „nachwachsenden Generation eine allzu schwere Hypothek aufzubürden“. Tatsächlich wird die junge Generation, die heute in den Schulen ist, durch die schwarz-grüne Politik der systematischen Abwertung von Bildungsarbeit aber nachhaltig geschädigt.

Jochen Nagel (Landesvorsitzender) und Rüdiger Bröhling (Referent für Tarif und Besoldung)



Arbeitsbedingungen für die Beamtinnen und Beamten verschlechtern auch immer die Leistungen für alle Menschen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger, unterstützen Sie uns, damit wir für Sie auch in Zukunft 100 Prozent geben können! Schicken Sie diese Postkarte oder eine E-Mail bis 14. Juli 2016 an die Landesregierung, die Landtagsfraktionen oder an Ihre Wahlkreisabgeordneten.

### Bis zum 14. Juli: Postkarten und Protestmails verschicken!

Die GEW Hessen wird gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Anhörung und die Lesungen des Gesetzes im Landtag kritisch und lautstark begleiten. Zur Unterstützung der Forderungen führen alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unter dem Motto „Wir geben 100 Prozent – sie geben uns 1 Prozent“ eine Postkartenaktion durch. Die Postkarten sind den GEW-Vertrauensleuten an allen Schulen per Post zugegangen. Die Aktion läuft bis zum Tag der dritten Lesung am 14. Juli.

- Die Post- und Mailadressen findet man unter [www.hessischer-landtag.de](http://www.hessischer-landtag.de) > Ohne Umweg > Abgeordnete A-Z. Die Landtagsabgeordneten erreicht man auch mit der Postadresse des Landtags (Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden). Die Mailadressen bestehen aus dem ersten Buchstaben des Vornamens und dem Nachnamen (@ltg-hessen.de). Auch Ministerpräsident Bouffier ([v.bouffier@ltg.hessen.de](mailto:v.bouffier@ltg.hessen.de)) und sein Stellvertreter Al-Wazir ([t.al-wazir@ltg.hessen.de](mailto:t.al-wazir@ltg.hessen.de)) sind auf diesen Wegen zu erreichen.

# Die Chancen nutzen

## Die GEW diskutiert über Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes

Die GEW hat die gegenwärtig praktizierte Lehrerinnenbildung in ihren Beschlüssen stets differenziert analysiert und die Schwachpunkte aufgedeckt. Im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehende Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) und der Durchführungsverordnung (HLbGDV) diskutierte der GEW-Landesvorstand am 19. Mai intensiv über eine umfassende Beschlussvorlage des Referats Aus- und Fortbildung und erzielte in zentralen Punkten Einigkeit. Die Diskussion um die Position der GEW ist noch nicht in allen Punkten abgeschlossen. Nach Abschluss der Diskussion in der GEW wird der Beschluss des Landesvorstandes veröffentlicht. Die wesentlichen Punkte werden im Folgenden dargestellt.

### Die Erste Phase an der Hochschule

Das universitäre Staatsexamen für das Lehramt an allgemeinbildenden Schulen soll nach den Vorstellungen der GEW beibehalten werden, um eine staatlich verantwortete Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu garantieren. Die Zahl der Lehramtsstudiengänge soll auf vier Typen reduziert werden:

- das Lehramt für die Grundschulen (Klassen 1 bis 6)
- das Lehramt für Sekundarschulen (Klassen 5 bis 13)
- das Lehramt an Förderschulen
- das Lehramt an Berufsbildenden Schulen

Mit der Schaffung eines einheitlichen Lehramts für Sekundarschulen soll sichergestellt werden, dass alle Studierenden hinreichende Kenntnisse in den Fachwissenschaften, Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften erwerben, um alle Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern und sie auf den bestmöglichen Bildungsabschluss vorzubereiten. Um die Verzahnung des Lehramtes für Grundschulen und für Sekundarschulen herzustellen, überlappen sich die Studiengänge im Hinblick auf die als Orientierungsstufe begriffene Klassenstufe 5/6. Für ein Fach soll das Lehramt an Grundschulen die Lehrbefähigung bis Klasse 10 einschließen.

- Die Studiendauer für alle vier Lehrämter soll zehn Semester Mindeststudienzeit betragen, da die zu erwerbenden Kompetenzen und Kenntnisse in allen Lehrämtern gleich umfangreich sind. Alle Lehrämter müssen mit der Eingangsstufe A 13 besoldet werden.
- Die Entscheidung zur Einführung und Ausgestaltung eines Praxissemesters im Hauptstudium des Lehramtsstudiums soll an die Ergebnisse der Evaluationen der Erprobung des Praxissemesters an den Universitäten Gießen, Frankfurt und Kassel sowie der Praxismodule an der Universität Marburg (HLZ S.24–25) gekoppelt werden. Im Zweifelsfall soll die Struktur der Schulpraktischen Studien beibehalten werden. Die Einführung eines Praxissemesters soll keinesfalls bereits in der Gesetzesnovellierung von 2017 festgelegt werden.
- Inklusive Pädagogik, antisexistische und antirassistische Pädagogik sowie Umgang mit Heterogenität und Diversity sind als Querschnittsthemen in das Lehramtsstudium zu integrieren. Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Deutsch als Fremdsprache (DaF), Literalität im Mehrsprachigkeitskontext so-

wie Sprachförderung im Fachunterricht sind ebenfalls in alle Lehramtsstudiengänge zu integrieren.

- Für das Lehramt für Sekundarschulen und für Berufsbildende Schulen ist DaZ /DaF als Unterrichtsfach in die Zahl der Unterrichtsfächer aufzunehmen.
- Demokratiepädagogik und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sind in alle Lehramtsstudiengänge zu integrieren.
- Für das Lehramtsstudium für die Sekundarschule ist das Fach „Arbeitslehre“ in den Fächerkanon für das Lehramt an Sekundarschulen aufzunehmen.
- Die Möglichkeiten der Selbsterkundung im Hinblick auf Motivation und Eignung für den Lehrerberuf sowie die Beratung der Studierenden sollen ausgebaut werden.

Die in § 6 HLbG festgelegte Kooperation der Träger der verschiedenen Phasen der Lehrerbildung ist zu konkretisieren, z.B. im Hinblick auf die gemeinsame Planung, Durchführung und Auswertung der schulpraktischen Studien bzw. des Praxissemesters. Koordinationsinstanz für das Lehramtsstudium und die Kooperation mit den übrigen Phasen der Lehrerbildung sind die „Zentren für Lehrerbildung“ an den Universitäten. An diesen Zentren für Lehrerbildung sind Kooperationsräte einzurichten, an denen alle an der Lehrerbildung beteiligten Institutionen (Universitäten, Studienseminare und Schulen) kooperieren. Die Zentren für Lehrerbildung und die Hessische Lehrkräfteakademie entwickeln gemeinsam ein Spiralcurriculum, das die drei Phasen der Lehrerbildung inhaltlich vernetzt.

### Die Zweite Phase: Das Referendariat

Die Dauer des Vorbereitungsdienstes von 21 Monaten soll beibehalten werden. Die modularisierte Struktur soll durch vier Stränge ersetzt werden, die die gesamte Ausbildung durchziehen: zwei fachdidaktische Stränge, einen allgemeinpädagogischen Strang sowie einen bewertungsfreien, auf Beratung und Reflexion der Berufsrolle zielenden Strang. In den beiden fachdidaktischen Strängen und im allgemeinpädagogischen Strang finden in der ersten Hälfte der Ausbildung je zwei bewertungsfreie Unterrichtsbesuche statt. Der beratende Ausbilder oder die beratende Ausbilderin soll an drei dieser Besuche teilnehmen.

- Es ist sicherzustellen, dass die beratenden Ausbilderinnen und Ausbilder eine Fortbildung in Coaching und Beratung erhalten, so wie es in Nordrhein-Westfalen im Zuge der Novellierung der Lehrerausbildung erfolgt ist.
- Arbeitsfelder wie Diagnostik, individuelle Förderung, inklusive Pädagogik, sprachsensibler Unterricht, Lebens-, Arbeitswelt- und Studienorientierung, Demokratiepädagogik sowie interkulturelle und antirassistische und antisexistische sowie genderechte Bildung sind in die fachdidaktische und allgemeinpädagogische Ausbildung zu integrieren.
- Im Vorbereitungsdienst muss Raum geschaffen werden für den Erwerb von Kompetenzen in multiprofessioneller Kooperation.





- Die Hessische Lehrkräfteakademie (LA) als Ausbildungsbehörde entwickelt unter Beteiligung der Seminarleiterinnen, Seminarleiter, Ausbilderinnen und Ausbilder ein Kerncurriculum für den Vorbereitungsdienst, das gleiche Qualitätsmaßstäbe für die Ausbildung an allen Studienseminaren garantiert. Dieses Kerncurriculum baut auf den in der ersten Phase erworbenen Kenntnissen und Kompetenzen auf und zielt auf deren Weiterentwicklung im Hinblick auf Handlungsfähigkeit im Berufsfeld Schule.
- Der Prozesscharakter der Ausbildung soll gestärkt werden; eine Bewertung der praktischen Unterrichtstätigkeit und der sonstigen Leistungen soll erst ab der zweiten Hälfte der Ausbildung stattfinden.
- Nach der ersten Hälfte der Ausbildung soll eine Beratungskonferenz stattfinden, an welcher die drei zuständigen Ausbilderinnen und Ausbilder für die beiden Unterrichtsfächer und die allgemeinpädagogische Ausbildung teilnehmen: die beratenden, nicht bewertenden Ausbilderinnen und Ausbilder, ein Mitglied der Schulleitung und ein Mitglied der Seminarleitung. Mentorinnen und Mentoren sollen ebenfalls an dieser Beratungskonferenz teilnehmen.
- Nach der zweiten Hälfte der Ausbildung werden die praktische Unterrichtstätigkeit und die schriftlichen, mündlichen und sonstigen Leistungen in den beiden Fachdidaktiken und der Allgemeinpädagogik bewertet.
- Grundlage der Bewertung sind je zwei Unterrichtsbesuche in den beiden Fachdidaktiken und zwei im allgemeinpädagogischen Bereich im 2. Hauptsemester sowie je ein Unterrichtsbesuch in jedem der drei Stränge im Prüfungssemester. Die Unterrichtsbesuche können jeweils auch gekoppelt werden.
- Während des Vorbereitungsdiensts finden keine Prüfungen statt, die bei Nichtbestehen zur Entlassung aus dem Vorbereitungsdienst führen.
- In der Zweiten Staatsprüfung ist die Lehrkraft des Vertrauensmitglied des Prüfungsausschusses und damit stimmberechtigt.
- Studierende mit dem Lehramt für Sekundarschulen erhalten die Möglichkeit, ihren Vorbereitungsdienst am Studienseminar für Berufsbildende Schulen zu absolvieren. Wenn sie an einer Berufsbildenden Schule und an einem Studienseminar für Berufsbildende Schulen ausgebildet werden, erwerben sie das Lehramt für Berufsbildenden Schulen.

## Die Berufseingangsphase

Viele Lehrkräfte sind nach ihrer Einstellung sehr hohen Belastungen ausgesetzt. Sie müssen neben der vollen Unterrichtsverpflichtung auch die gesamten Aufgaben einer Lehrkraft übernehmen (Klassenleitung, Arbeit in den schulischen Gremien, Mitarbeit an der Entwicklung der Schule) und sich in Kollegial- und Arbeitsstrukturen der Schule einarbeiten. Forschungen zur Entwicklung der Professionalität von Lehrerinnen und Lehrern haben festgestellt, dass die in der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung erworbenen Qualifikationen unter dem Druck der Arbeitsbelastung in den ersten Berufsjahren teilweise wieder verloren gehen und nicht gezielt vertieft werden (können). Das geltende Lehrerbildungsgesetz erhebt in § 63 für das Lehramt an allgemeinbildenden Schulen den Anspruch, dass die Fortbildung in den ersten beiden Berufsjahren eine solche Vertiefung der erworbenen Qualifikation sicherstellen soll. Daher fordert die GEW die Einführung einer zweijährigen Berufseinstiegsphase, in der die Berufseinsteiger ihre in der Lehrerbildung erworbene Qualifikation vertiefen und ergänzen können.

Wegen der Beanspruchung in der Berufseingangsphase und der Teilnahme an den oben genannten Fortbildungsveranstaltungen muss die Stundenverpflichtung in den ersten beiden Jahren gesenkt werden.

## Forderungen zu Fortbildung

Der Staat hat die Verpflichtung, Fortbildung anzubieten, die sowohl der Schul- und Unterrichtsentwicklung als auch der Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation der Lehrkräfte mit allen ihren Facetten und unter Einbeziehung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse dient. Finanzielle Mittel sind dafür bereitzustellen. Daher fordert die GEW, dass die Hessische Lehrkräfteakademie ein Programm entwickelt, das neben den – bisher fehlenden – didaktischen, fachdidaktischen und unterrichtspraktischen Themen auch Möglichkeiten bietet, sich mit den Entwicklungen im Bildungswesen, in der Gesellschaft insgesamt und in der Erziehungswissenschaft kritisch auseinanderzusetzen und Schulentwicklung in diesem Kontext zu analysieren.

- Wichtige Schwerpunkte künftiger Fortbildung müssen die Didaktik und Methodik inklusiven Unterrichts in multiprofessionellen Teams, inklusive Schulentwicklung, interkulturelle und antirassistische Pädagogik sowie sprachsensibler Unterricht darstellen.
- Fortbildungen müssen kostenfrei sein und können nicht neben oder nach dem Unterricht zusätzlich stattfinden.
- Lehrerinnen und Lehrer müssen bei der Programmentwicklung der Lehrkräfteakademie beteiligt werden, denn nur so können ihre Professionalisierungsbedürfnisse angemessen berücksichtigt werden.
- Die Fortbildung braucht eine regionale Ebene, die sowohl Fortbildungsangebote organisiert als auch nach dem Bedarf von Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften und Schulen Unterstützungsangebote bereitstellt. Zudem müssen Fortbildungsstätten wie die Reinhardswaldschule wieder stärker für die Lehrkräftefortbildung genutzt werden können.

Auf dem Hintergrund dieser Forderungen sollte das Lehrerbildungsgesetz in folgenden Punkten geändert werden:

- In § 3 Abs. 2 muss neben der Pflicht der Lehrkräfte zur Fortbildung auch das Recht auf Fortbildung verankert werden.
- § 4 erwähnt die Staatlichen Schulämter nicht mehr ausdrücklich als Trägereinrichtungen der Lehrerbildung. Dies sollte revidiert werden, so dass sie in ihrem Zuständigkeitsbereich den Fortbildungsbedarf von Schulen und Lehrkräften erheben, in ihren Regionen Fortbildungsmaßnahmen anbieten und der Lehrkräfteakademie landesweite Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vorschlagen. Ansonsten müssten an ihrer Stelle andere regionale Institutionen geschaffen werden (Regionalstellen, „Kompetenzzentren“), die für die regionale Fortbildung verantwortlich sind.
- Die Schulleitungen beziehen nach § 4 Abs. 4 HLBG „die schulischen Fortbildungspläne und die individuellen Fort-

und Weiterbildungswünsche sowie die Portfolios der Lehrerinnen und Lehrer (...) in die Jahresgespräche ein und schließen mit ihnen Zielvereinbarungen über die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen oder die Schwerpunktsetzungen für Fortbildung ab“. Da es im Schulbereich keine verpflichtenden Jahresgespräche gibt, ist diese Vorschrift zu streichen. Stattdessen muss ergänzt werden, dass die Schulleitungen die Wünsche der Fachschaften und die individuellen Fort- und Weiterbildungswünsche der Lehrkräfte in die schulischen Fortbildungspläne einbeziehen.

### Forderungen zur Weiterbildung

§ 3 Abs. 3 HLBG und § 77 Abs. 1 HLBGDV bieten die Möglichkeit der Weiterbildung mit dem Ziel des Erwerbs der Lehrbefähigung in einem weiteren Fach oder des Erwerbs eines zusätzlichen Lehramts, aber auch der Qualifizierung für besondere Berufsgruppen ohne Befähigung für ein Lehramt.

Die Möglichkeit zum Erwerb eines zusätzlichen Lehramts ist auf den Erwerb der Lehrbefähigung für das Lehramt an Gymnasien auszuweiten, solange es noch kein Sekundar-schullehramt gibt. Des Weiteren muss die in § 77 Abs. 1 Nr. 4 eröffnete Möglichkeit, Berufsgruppen ohne Befähigung für das Lehramt zu qualifizieren, besonders für die an den Berufsbildenden Schulen unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramtsabschluss eröffnet werden.

### Lehrerbildung braucht Ressourcen

Eine qualifizierte Lehrerbildung benötigt Ressourcen. Auch wenn diese nicht im Gesetz festgeschrieben werden, wiederholt die GEW ihre aktuelle Forderung nach auskömmlichen Ressourcen:

- auskömmliche Ausstattung während der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung
- Anrechnungsstunden für Mentorinnen und Mentoren zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und für ihre Ausbildungsarbeit in der ersten und zweiten Phase
- Reduzierung der Zahl der Anrechnungsstunden der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst an den Schulen, um mehr Ausbildungsunterricht statt bedarfsdeckendem Unterricht zu ermöglichen
- Anrechnungsstunden für die Teilnahme an Veranstaltungen der Berufseingangsphase
- Ressourcen für die Hessische Lehrkräfteakademie zum Aufbau eines breiten Angebots an Lehrerfort- und -weiterbildung
- Erweiterung des Angebots der Weiterbildung, z.B. zum Erwerb sonderpädagogischer Befähigung oder für an Berufsbildenden Schulen tätige Kolleginnen und Kollegen mit Hochschulabschluss zum Erwerb des Lehramts für Berufsbildende Schulen.
- finanzielle Ressourcen für den Ausbau der Fortbildung für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte
- deutliche Erhöhung des Fortbildungsbudgets der Schulen nach vielen Jahren der Stagnation

Franziska Conrad

Franziska Conrad leitet zusammen mit Heike Lühmann und Andrea Gergen das Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand. Franziska Conrad vertritt die GEW Hessen im „Zukunftsforum Lehrerbildung“ der GEW, in dem die Erfahrungen und Veränderungsprozesse in den Bundesländern vorgestellt und diskutiert werden.

## Bundeskongress „Eine für alle“

26. und 27.9.2016 in Frankfurt

Die GEW organisiert und verantwortet den Kongress über „Die inklusive Schule für die Demokratie“ gemeinsam mit der Aktion Humane Schule, der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule, dem Grundschulverband, dem NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“, der „Koalition für Integration und Inklusion“ und dem Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt.

Der Kongress beginnt am Montag, dem 26. September um 13 Uhr und endet am Dienstag, dem 27. September um 13 Uhr. Veranstaltungsort ist der Campus Westend der Uni Frankfurt.

Verantwortliche aus Wissenschaft, Praxis und Politik diskutieren mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, welche Barrieren einer Entwicklung hin zu einem inklusiven und demokratischen Bildungswesen entgegenstehen und welche Transformationsschritte erforderlich und möglich sind. Den Auftakt bildet um 15.15 Uhr eine Podiumsdiskussion unter anderem mit *Professor Vernor Muñoz*, dem ehemaligen UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, *Dr. Sandra Reitz*, Leiterin der Abteilung Menschenrechtsbildung des Deutschen Instituts für Menschenrechte, und *Professor Micha Brumlik*.

- *Programm und Anmeldung: [www.eine-fuer-alle.schule/](http://www.eine-fuer-alle.schule/)*



# Inklusion in der Lehrerbildung

## Handreichungen zum Referendariat

Eine inklusive Schule erfordert eine inklusive Lehrerbildung. Zu diesem Zweck haben Ausbilderinnen und Ausbilder aller Schulformen Handreichungen erarbeitet. Seit Beginn des Jahres können diese Handreichungen von Studienseminaren, Schulen und Lehrkräften bei Fragen zur Ausbildung für eine inklusive Bildung genutzt werden (1). Absicht der Autorinnen und Autoren ist, Hilfen und Empfehlungen zu geben, die sich aus den veränderten Bedingungen für die Ausbildung ergeben. Dabei geht die Redaktionsgruppe davon aus, dass die Umsetzung von Inklusion alle Lehrkräfte betrifft und alle Lehrkräfte verantwortlich für alle Schülerinnen und Schüler mit ihren individuellen Voraussetzungen und Bedarfen sind.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist deshalb das Thema **Kooperation**. Zum einen wird angestrebt, dass die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst der unterschiedlichen Schulformen gemeinsam ausgebildet werden sowie verstärkt miteinander kooperieren, zum anderen, dass die verschiedenen Studienseminare ihr Vorgehen koordinieren sowie auch eine Kooperation mit anderen regionalen Institutionen wie den Staatlichen Schulämtern verstärken.

Zusammenarbeit und Teamarbeit sind wesentliche Ansätze und werden in der Ausbildungsarbeit eine wichtige Rolle spielen. Das Unterrichten im Team soll angeregt, begleitet und unterstützt werden. Unterrichtshospitationen und Prüfungsstunden können im Team geleistet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das **veränderte Berufsbild der Förderschullehrkräfte**. Die Ausbildung muss daher die Aufgaben und Inhalte der BFZ-Arbeit (Beratungs- und Förderzentrum) gezielt in den Blick nehmen. Das heißt, dass die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) der Förderschule auch im inklusiven Unterricht an der Regelschule ausgebildet werden. Dies verlangt Absprachen zwischen dem Studienseminar, den beteiligten Ausbildungsschulen sowie Mentorinnen und Mentoren der verschiedenen Schulformen sowie Teamarbeit im inklusiven Setting.

In allen Modulen wird der **Umgang mit Heterogenität und Vielfalt** eine größere Rolle spielen. Themen wie individuelles und kooperatives Lernen, interkulturelle Sensibilisierung, Sprachbildung, Elementarisierung von Bildungsinhalten, Pädagogische Diagnostik, Beratung und inklusive Schulentwicklung werden mehr Gewicht erhalten. Folgender Leitgedanke liegt den Empfehlungen zugrunde:

*„Haltungen und Einstellungen verändern sich durch den Erwerb professionellen Handlungswissens, der Bewusstmachung der eigenen subjektiven Theorien, durch reflexive Praxiserfahrungen sowie durch Erweiterung des eigenen Handlungsrepertoires. Dabei kommt Hospitationen, Formen kollegialer und kooperativer Zusammenarbeit in Verbindung mit Reflexion eine besondere Bedeutung zu.“*

Die Empfehlungen sowie die Praxisbeispiele aus den Studienseminaren werden fortwährend aktualisiert. Jährlich fin-



det eine Netzwerkkonferenz statt, auf der sich Auszubildende aus allen Schulformen und allen Studienseminaren über anstehende Themen und notwendige Veränderungen austauschen.

Für die Ausbildung und Professionalisierung von Fachkräften für inklusive Bildung benötigen die Studienseminare und Ausbildungsschulen aber auch ausreichend Ressourcen und Fortbildungsangebote, um dem Anspruch der Empfehlungen gerecht werden zu können. Eine Ausbildung, die Kooperation der LiV in multiprofessionellen Teams praktiziert, ist „teurer“ als eine Ausbildung zur Einzelkämpferin. Aber diese Kosten sollten es dem HKM wert sein, wenn Lehrkräfte für eine inklusive Schule ausgebildet werden.

Rosemarie Heußner-Kahnt

Die Autorin ist Mitglied der Redaktionsgruppe und Ausbilderin am Studienseminar GHRF Heppenheim.

(1) [http://lakk.sts-ghrf-kassel.bildung.hessen.de/service/inklusion/entwurf\\_handr\\_final\\_290116.pdf](http://lakk.sts-ghrf-kassel.bildung.hessen.de/service/inklusion/entwurf_handr_final_290116.pdf)



# Erfahrungen und Visionen

## Wünsche für ein neues Lehrerbildungsgesetz

Lehrerbildung sollte ein Spiegelbild pädagogischen Handelns sein. Wenn also Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) lernen sollen, individuelle Lernentwicklungen in der Bewertung zu berücksichtigen, längerfristige Lernprozesse anzuleiten und kreatives und individuelles Lernen zu ermöglichen, dann sollte ihre eigene Ausbildung dies ebenso abbilden und systemisch strukturell ermöglichen.

Meine eigene Ausbildung fand noch unter den Bedingungen der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (APVO) statt. Zwei Drittel der Ausbildung fand in den beiden Fächern und ein Drittel im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Seminar statt. Bewertet wurde nur in der zweiten Hälfte der Ausbildung. In der „Halbzeit“ gab es eine Beratungskonferenz, in der sich alle an der Ausbildung Beteiligten an einen Tisch setzten und die Leistungen der LiV würdigten. Kritisch sah man damals die persönliche Abhängigkeit von einem Ausbilder oder einer Ausbilderin und das zu große Gewicht des Prüfungstags. Außerdem wusste man erst nach eineinhalb Jahren, in welchem Bewertungsbereich sich die bisherige Leistung bewegt hatte.

Die seit 2005 schrittweise auf den Weg gebrachte Modularisierung sollte die Ausbildung effektiver und einheitlicher machen. Prüfungen durch „fremde“ Ausbilderinnen und Ausbilder, die die LiV nicht kennen, sollten Vergleichbarkeit herstellen, führten aber in der Realität zu merkwürdigen Diskrepanzen. Die Anzahl der Besuche war zu hoch und die Bewertungskriterien waren sehr heterogen. In vielen Modulen waren wie in der Universität Referate die Bewertungsgrundlage und der praktische Anteil war zu gering. Der Einfluss der Schulleitung auf die Bewertung beschränkte sich auf das Modul „Schule mitgestalten und entwickeln“. Die Fachausbildung verkürzte sich von einem Drittel auf ein Sechstel der Ausbildung und fand im Prüfungssemester (zumindest im GHRF-Bereich) und an vielen Seminaren auch in der Einführungsphase überhaupt nicht mehr statt.

### Die Erfahrungen

Im Zuge der erneuten Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) wurde die Ausbildung in der zweiten Phase 2011 von 24 auf 21 Monate verkürzt. Die Absicht, die so eingesparten Mittel zur Entlastung der Mentorinnen und Mentoren zu verwenden, wurde aber nicht umgesetzt. Die Zahl der bewerteten Module reduzierte sich von 12 auf 8, deren Bewertung sich wieder auf Unterrichtspraxis konzentrierte. Die „Pädagogische Facharbeit“ ist seither nicht mehr zulassungsrelevant und die Schulleitungen wurden wieder stärker in die Bewertung einbezogen. Die Novellierung von 2011 stellte sicher eine Verbesserung dar, dennoch bestehen weiterhin große Schwächen in der modularisierten Ausbildungsstruktur.

Wenn die zweite Phase der Lehrerbildung nun 2017 erneut novelliert werden soll, so stellt sich die Frage, wie ein System aussehen müsste, mit dem alle Beteiligten eine größere Zufriedenheit verbinden würden. Schaut man sich die

Rückmeldungen der an der Ausbildung Beteiligten an, so häufen sich folgende Aussagen zur aktuellen Ausbildungsstruktur:

- Viele LiV äußern am Ende ihrer Ausbildung: „Für meinen Lernprozess am wichtigsten war die Fachausbildung.“
- Die LiV schildern häufig, dass ihrem persönlichen Lernen oft die Zergliederung der Ausbildung im Wege steht. So lautet die häufigste Frage oft: „Wie soll ich das für DFB/EBB/DLL/MLL machen?“ Oder: „Wie soll ich dies für Sie machen?“ Die angedachte Verzahnung fachdidaktischer, fachwissenschaftlicher und allgemeinpädagogischer Aspekte erschließt sich im bisherigen System den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst oft nicht in der gewünschten Weise und die aktuell praktizierte Struktur wird oft als „Häppchen-Ausbildung“ empfunden. Die angedachte Ganzheitlichkeit erschließt sich oft nicht in der Praxis.
- Die LiV empfinden die acht Unterrichtsbesuche im ersten Hauptsemester zu Beginn ihres eigenverantwortlichen Unterrichts insbesondere in kurzen Semestern mit 16 Wochen als einen erheblichen Stressfaktor, zumal die LiV zunächst einmal ihre Klassen kennenlernen und sich in der Schule als Unterrichtende orientieren müssen.
- Der ständige Bewertungsdruck ist allgegenwärtig und behindert innovatives Ausprobieren und Experimentieren im Unterricht, weil man als Lehrkraft im Vorbereitungsdienst unter dem Druck der Bewertung gerne und verständlicherweise eine „ganz sichere“ Stunde zeigen möchte.

### Meine Visionen

#### 1.) Die erste Phase des Referendariates mit der Einführungsphase und dem ersten Hauptsemester enthält keine Bewertung, sondern nur Beratung.

Die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst erhalten bei Unterrichtsbesuchen im ersten Hauptsemester nur Beratung, keine Bewertung. Lernprozessorientierung bedeutet auch in der Lehrerbildung, sich ausprobieren zu dürfen, zu experimentieren, Fehler zu machen, diese zu analysieren und zu bearbeiten, sich in ihrer Lehrprofessionalität entwickeln und finden zu dürfen ohne den Stressfaktor, dies ab dem ersten Unterrichtsversuch als bewertenden Anteil des Examens gewertet zu bekommen. Bewertung findet im zweiten Hauptsemester, im Prüfungssemester und in der Prüfung statt. Das erste halbe Jahr des eigenverantwortlichen Unterrichtens aber bleibt bewertungsfrei.

#### 2.) Die Lehrerbildung wird ganzheitlicher strukturiert.

Die zweite Phase der Lehrerbildung teilt sich in die Ausbildung in den beiden Fächern und in einen allgemeinpädagogischen Strang, der die bisherigen „Allgemeinen Module“ integriert, aber personell jeweils in einer Hand ist. In die Fachmodule und in die Allgemeinpädagogik ist der Strang DFB integriert, denn für eine pädagogische Diagnostik im Fach benötigt man zwingend Fachwissen sowie fachdidaktische Erfahrung. Andererseits gibt es auch nichtfachliche,



das Lernen behindernde Faktoren, die im allgemeinpädagogischen Modul reflektiert werden.

Daneben gibt es einen unbewerteten Strang über die gesamte Dauer der Ausbildung, dessen Augenmerk sich auf die Reflexion der eigenen Berufsrolle richtet und der auch „Coaching“-Elemente aufgreift, wobei die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auch die Möglichkeit haben, ihre Sorgen in einem nicht bewerteten Raum zu schildern. Die Begleitung der LiV durch vier Personen über die gesamte Dauer der Ausbildung stellt eine gewisse Kontinuität her, die eine Lernbeziehung zwischen Ausbilderinnen und Ausbildern und LiV ermöglicht.

### 3.) Die Lehrerbildung wird mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet.

Die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst werden nur zu einem geringen Teil den Schulen angerechnet. Dies ermöglicht die Doppelsteckung mit Mentorinnen und Mentoren und erhöht die Ausbildungsbereitschaft der Schulen.

Auch müsste die qualitative und quantitative Mehrarbeit der engagierten Mentorinnen und Mentoren ihren Niederschlag in einer Würdigung über eine Deputatsstunde finden.

Ausbildung kann im besten Fall innovative, neue Ansätze in die Schule integrieren, und hierbei sind Mentorinnen und Mentoren Multiplikatoren, deren Arbeit es zu würdigen gilt.

Neue gesellschaftliche Aspekte wie die Beschulung von Flüchtlingen, die Inklusion und sprachsensibler Unterricht müssen im Sinne von Innovation, Chancengleichheit und Individualisierung in die Ausbildung integriert werden. Innovation in der Lehrerbildung lässt sich nur über die Vergabe von zusätzlichen Ressourcen bewerkstelligen, da intensivere Teamarbeit und Kooperationen mit außerschulischen Trägern Zeit und Arbeitsaufwand erhöhen.

### 4.) Es gibt zwischen den einzelnen Studienseminaren verbindliche Absprachen und klare übergeordnete Kriterien.

Ausbildung an Studienseminaren ist aktuell vielfältiger als in vergangenen Systemen zuvor. Dies betrifft die Bereiche Modulausgestaltung, aber auch die „Anforderungen an die schriftliche Unterrichtsvorbereitung“, wenn eine LiV in einem anderen Seminar die Fachausbildung besuchen muss, oder auch die unterschiedlichen Blickweisen von Ausbilderinnen und Ausbildern verschiedener Seminare auf Prüfungen.

### 5.) Es gibt ein ganzheitliches Konzept über die gesamten drei Phasen der Lehrerbildung.

Schaut man auf die Realität der hessischen Lehrerbildung in allen Phasen der Ausbildung, so stellt man fest, dass die erste Phase – je nach hessischem Studienort – in ihrer Ausgestaltung ausgesprochen vielfältig ist, die zweite Phase im Vorhinein ausführlicher beschrieben und die dritte Phase wenig strukturiert erscheint.

In anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gibt es Lehrerbildungszentren, die alle drei Phasen der Lehrerbildung integrieren und verzahnen und nicht jede Phase isoliert ansehen. Dies kann im hohen Maße befruchtend und innovativ sein im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung eines lebenslangen Lernens. Gegen die verstärkte Verschulung der ersten Phase sollten dort auch neigungsbezogene Ansätze zugelassen werden. Ich habe in meinem Studium auch Veranstaltungen besuchen dürfen, die zwar nicht in erster Linie zu meinem Unterrichten beigetragen haben, die aber meine Persönlichkeitsentwicklung und



die Entwicklung meiner Lehrerverberufung im umfassenden Sinne positiv beeinflusst haben. Ein Zentrum für Lehrerbildung, in dem Beteiligte aus allen drei Phasen mitarbeiten, könnte hier wichtige neue Impulse setzen.

### 6.) Ausbildung braucht Partizipation und Teilhabe.

Die Lehrerbildung bietet nach den Grundsätzen der Erwachsenenbildung die Möglichkeit zur Partizipation. Studierende und LiV sollten ihre Bedürfnisse und Interessen und Ideen zur Veränderung einbringen können und so wichtige Impulse für eine Qualitätsentwicklung setzen.

Aber auch innersystemisch können die Kompetenzen der Beteiligten stärker eingebunden werden. So wäre es wünschenswert, wenn der Seminarrat eines Studienseminars als verbindliches Beschlussgremium fungieren würde und nicht nur über „Empfehlungen“ an die Seminarleitung beschließt und dass das Arbeitsprogramm eines Seminars mit den Gremien der Vollversammlungen und dem Seminarrat erörtert und abgestimmt wird. Hier ist mehr Vertrauen in die Kompetenzen der an der Basis Arbeitenden notwendig.

Insgesamt ist die erneute Novellierung als eine Chance zu begreifen, größere strukturelle und inhaltliche Überarbeitungen vorzunehmen zum Wohle aller an der Ausbildung Beteiligten und zur Verbesserung der Qualität der Lehrerbildung in Hessen. Hoffentlich wird diese Chance genutzt.

Christina Nickel

Christina Nickel ist Ausbilderin am Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen Wiesbaden und unterrichtet an der Gutenbergschule in Eltville. Seit Mai 2016 ist sie Mitglied im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer.



## Eine Perspektive für die Lehrerbildung

# Rassismuskritik

„Winter. Ein Freund will sich kurz meine Handschuhe ausleihen. Lehrer: Nein, die braucht sie selbst, hier ist's kälter als in Afrika.“(1)

Ist das Rassismus? Der Lehrer meint es in dieser Situation scheinbar doch nur gut. Er möchte nicht, dass seine Schülerin friert, könnte man meinen. Unbewusst, das soll hier einmal unterstellt werden, unterscheidet er zwischen der Schülerin und dem Schüler: Die Schülerin, so seine Vermutung, empfindet die Kälte aufgrund ihrer Herkunftsgeschichte schlimmer als der Schüler. Aber ist das schon Rassismus? Muss man mit diesem Begriff nicht ganz vorsichtig umgehen? Beschädigt man mit einer solchen Diagnose nicht die Person des Lehrers? Macht man sich möglicherweise auch selbst angreifbar, wenn man diesen Ausspruch rassistisch nennt?

Die Schülerin *Niddal* teilte diese Erfahrung auf dem Twitter-Hashtag *#SchauHin* mit, der im Herbst 2013 eine große mediale Debatte über Rassismus in der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft auslöste. Den Hashtag initiierte die Journalistin *Kübra Gümüşay*. Innerhalb weniger Tage berichteten dort mehrere Tausend Twitter-Nutzerinnen und -Nutzer über ihre alltäglichen Rassismuserfahrungen. Unterschiedliche Medien griffen das Thema auf, denn die große Menge der geposteten Tweets machte deutlich, dass es sich dabei nicht um Einzelerfahrungen oder persönliche Befindlichkeiten handelt. Vielmehr offenbart sich hier ein strukturelles gesellschaftliches Problem.

### Es ist nicht leicht, über Rassismus zu sprechen

Auch wenn der Hashtag eine große mediale Resonanz hervorrief, so fällt es in der Öffentlichkeit dennoch schwer, von Rassismus zu sprechen, geschweige denn Rassismus als zuschreibende Kategorie zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse zu gebrauchen. Rassismus wird allenfalls als Einzelfall wahrgenommen, wie jüngst nach den rassistischen Bemerkungen des AfD-Vizevorsitzenden *Alexander Gauland* gegenüber *Jerome Boateng* zu beobachten war, oder im Zusammenhang mit rechtsextremen Gruppen als Ausnahmeerscheinung betrachtet. Der Rassismusbegriff wird in Deutschland (und auch in Österreich) immer noch mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Ihn als dauerhaft präsenten Problem zu begreifen, widerspräche denn auch dem nahezu unhinterfragten bundesdeutschen Selbstverständnis, wonach die Überwindung von Faschismus und Antisemitismus sowie die Aufarbeitung der Vergangenheit den Weg zur Demokratie und ihrer Festigung überhaupt erst geebnet hätten. Deshalb tut man sich schwer, bereits bei abwertenden Sprechakten, struktureller Diskriminierung oder alltäglicher Ausgrenzung und selbst bei offener Gewalt von Rassismus zu sprechen, gilt dieser doch als historisch überwunden. „Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit“ waren daher lange Zeit die gängigen Bezeichnungen, ohne dass diese kritisch hinterfragt wurden. Auch befürchtet man die Banalisierung der nationalsozialistischen Verbrechen, wenn man alltäglich vorkommende Diskriminierung als rassistisch bezeichnet.

### Was ist Rassismus?

Rassismus gab es schon lange vor dem Nationalsozialismus; er war seit dem Kolonialismus als Vorstellung von der vermeintlichen Ungleichwertigkeit der kolonisierten Bevölkerung tief im europäischen Denken verhaftet. Das Europa des 18. Jahrhunderts war die Wiege des Rassismus.

Der Einfachheit halber soll hier auf eine Definition von *Philomena Essed* (1992, S. 375) zurückgegriffen werden. Danach ist Alltagsrassismus

„eine Ideologie, eine Struktur und ein Prozess, mittels derer bestimmte Gruppierungen auf der Grundlage tatsächlicher oder zugeschriebener biologischer oder kultureller Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartete und minderwertige ‚Rassen‘ oder ethnische Gruppen angesehen werden. In der Folge dienen diese Unterschiede als Erklärung dafür, dass Mitglieder dieser Gruppierungen vom Zugang zu materiellen und nicht-materiellen Ressourcen ausgeschlossen werden.“

Danach ist Rassismus keine individuelle Einstellung, vielmehr legt der Begriff des Alltagsrassismus offen, dass es vielfältige Formen und Handlungen gibt, die durchaus auch in Institutionen und Diskursen beinhaltet sind. Rassismus bringt Macht- und Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck. Er wird durch die Konzeption der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit konstruiert. Der „moderne“ Rassismus ist allerdings ein „Rassismus ohne Rassen“, denn als Merkmale werden vor allem kulturelle und religiöse Zuschreibungen gebraucht, um „uns“ von „den Anderen“ zu unterscheiden. Die Unterschiede werden als natürlich gegeben dargestellt. Durch diese Konstruktion werden „uns“ Privilegien zugesichert, von denen „die Anderen“ ausgeschlossen werden.

### Rassismus nach Lehrplan

Rassistisches Wissen wird gesellschaftlich reproduziert und formell wie auch informell auf unterschiedlichen Kanälen transportiert. Auch in Bildungsprozessen wird in alltäglichen Abläufen Rassismus reproduziert und es finden – zu meist nicht intendiert – rassistische Diskriminierung und Zuschreibungsprozesse statt. Die Schule ist neben dem Elternhaus sowie der Peer-Group die zentrale Sozialisationsinstanz für Kinder und Jugendliche und so verbreitet und reproduziert auch sie rassistisches Wissen: durch Unterrichtsthemen, aber auch durch Schulbücher und andere Unterrichtsmaterialien. Denn auch diese vermitteln als Teil des gesellschaftlichen Diskurses rassistische Klischees, wie die jüngst veröffentlichte „Schulbuchstudie Migration und Integration“ (2015) deutlichen machen konnte. Lehrerinnen und Lehrer sind sich ihrer eigenen Nähe zu rassistischen Vorstellungen und Handlungen in der Regel nicht bewusst. Sie benötigen deshalb Wissen über Rassismus und Räume, die eigene Praxis zu reflektieren.

Das Konzept der Rassismuskritik setzt hier an und bietet eine Folie, sich der eigenen Sozialisation bewusst zu werden, das Involviertsein in rassistische Denkmuster zu



thematisieren und das professionelle Handeln kritisch zu hinterfragen:

„Rassismuskritik heißt: zum Thema machen, in welcher Weise, unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen Selbstverständnisse und Handlungsweisen von Individuen, Gruppen, Institutionen und Strukturen durch Rassismen vermittelt sind und Rassismen stärken. Rassismuskritik zielt darauf ab, auf Rassekonstruktionen beruhende beeinträchtigende, disziplinierende und gewaltvolle Unterscheidungen zu untersuchen, zu schwächen und alternative Unterscheidungen deutlich zu machen.“ (Mecheril/Melter 2010, S.172)

### Perspektiven für die Ausbildung von Lehrkräften

Lehrerinnen und Lehrer benötigen rassismuskritisches Professionswissen. Um dieses aufzubauen, müssen sie zunächst einmal ihr eigenes rassistisches Wissen „verlernen“, sich Wissen über die Entstehungsgeschichte des Rassismus aneignen und den wissenschaftlichen Diskurs über Rassismus rezipieren. Denn rassismustheoretisches Wissen ermöglicht es, Unterscheidungen von Menschen zu erkennen, die an Rassekonstruktionen anschließen. Vor allem sollten Lehrerinnen und Lehrer aber lernen, den Blick auf sich selbst und auf die Institution Schule zu richten wie auch sich selbst als permanent Lernende zu begreifen. Wer als Lehrerin oder Lehrer nicht in der Lage ist, die eigenen Positionen stets aktiv zu reflektieren und auch zu verändern, der läuft trotz bester Absichten Gefahr, zu diskriminieren und rassistisches Wissen zu reproduzieren.

Deshalb ist es notwendig, dass Rassismuskritik ein basaler Bestandteil der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern wird, und zwar in allen drei Phasen. Die bislang gültigen „Standards für die Lehrerbildung – Bildungswissenschaften“ der Kultusministerkonferenz in der Fassung von 2014 greifen zu kurz, wenn sie festlegen, dass die Absolventinnen und Absolventen eines Lehramtsstudiums „interkulturelle Dimensionen bei der Gestaltung von Bildungs- und Erziehungsprozessen“ kennen bzw. „die soziale und kulturelle Diversität in der jeweiligen Lerngruppe“ beachten. „Interkulturelle Kompetenz“ wird in einer weiteren KMK-Empfehlung zur „Interkulturellen Bildung und Erziehung“ (2013) verkürzt als „Kernkompetenz“ für professionelles Lehrerhandeln in der „global vernetzten Gesellschaft“ festgeschrieben.

Rassismuskritisch werden der Begriff der „Interkulturalität“ und die „Interkulturelle Kompetenz“ allerdings deshalb als problematisch angesehen, weil damit „die Anderen“ – im schulischen Kontext in der Regel die Schülerinnen und Schüler mit „Migrationshintergrund“ – im Fokus stehen. Man geht hier allein von der Annahme aus, dass spezifisches „interkulturelles“ Wissen notwendig sei, um in heterogenen Lerngruppen professionell pädagogisch handeln zu können. Die Selbstreflexivität hinsichtlich der eigenen Werte und Normen sowie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und ungleichen Ressourcenverteilungen werden jedoch damit nicht in den Blick genommen: Die „Kultur“ dient als alleiniges Analysekriterium.

Gerade weil die kritische Reflexivität eine Kernkompetenz pädagogischen Handelns ist, müssen angehende Lehrerinnen und Lehrer darin gestärkt werden, diese zu entwickeln. Erst dann ist es ihnen möglich, Denkmuster und Verhaltensweisen zu überdenken und gegebenenfalls zu ändern. Deshalb muss der Ansatz der Rassismuskritik im Lehrerbildungsgesetz festgeschrieben und in entsprechenden Lehr-, Aus- und Fortbil-

## DIE INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS *machen Schule*



„Materialien zur rassismuskritischen Bildungsarbeit“ veröffentlichte die GEW gemeinsam mit der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2015. Diese Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop ([www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de); Artikelnummer 1402) oder als Download unter <https://www.gew.de/unterrichtsmaterial> > Publikationen.

dungsveranstaltungen curricular verankert werden. Nur so wird den Prinzipien von Gleichheit und Gleichbehandlung aller Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen; dann können auch die Rassismuserfahrungen von Schülerinnen und Schülern ernst genommen werden:

„D-Lehrerin mal zu mir: ‚Du wirst immer Probleme mit der deutschen Sprache haben.‘ Heute liest sie meine Artikel in ihrer Zeitung.“ (2)

Auch Erfahrungen wie diese können dann im Unterricht rassismussensibel bearbeitet werden.

Martina Tschirner

Martina Tschirner ist Akademische Oberrätin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften für die Didaktik der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt.

- (1) #SchauHin – Niddal Salah-Eldin (@Nisalahe), September 6, 2013
- (2) #SchauHin – Emran Feroz (@Emran\_Feroz) September 6, 2013

#### Literatur:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.): Schulbuchstudie Migration und Integration, Berlin 2015

Anne Broden, Paul Mecheril (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zur Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld 2010

Philomena Essed: Rassismus und Migration in Europa, Hamburg 1992

Paul Mecheril, Claus Melter: Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus, in: Paul Mecheril: Migrationspädagogik, Weinheim, Basel 2010, S. 150–178

POLIS – Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Heft 2/2016: Rassismuskritische Bildung



# Lehrerfortbildung in Hessen

## Das Land muss wieder Verantwortung übernehmen!

Die Situation der hessischen Fortbildung für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte war in der HLZ schon häufig Thema. Grundtenor dabei war immer: Nach der Zerschlagung des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung (HILF) und des nachfolgenden Hessischen Landesinstituts für Pädagogik (HELP) ist es nicht mehr gelungen, eine dem Bedarf der hessischen Lehrkräfte und Schulen entsprechende Fortbildung anzubieten – außer zu einigen vom Hessischen Kultusministerium (HKM) besonders priorisierten Themen und Zielen. Wurden fehlende Fortbildungsmöglichkeiten moniert, verwiesen das HKM, das Amt für Lehrerbildung (Afl) oder das Landesschulamt (LSA) oder wer auch immer mantraartig auf die vorgeblich enorm hohe Zahl an Angeboten durch private Anbieter.

### Private Anbieter auf dem „Fortbildungsmarkt“

Dieser „Fortbildungsmarkt“ funktioniert jedoch nur in Teilbereichen, da private Anbieter gar nicht in der Lage sind, zu wichtigen unterrichtsbezogenen Bedarfen ein fachbezogenes Angebot zu machen, insbesondere im fachdidaktischen Bereich. Hier findet sich jedoch eine geballte Kompetenz an den Universitäten und Studienseminaren, die für die Lehrerfortbildung kaum genutzt wird bzw. genutzt werden kann. Angebote privater Anbieter sind zudem häufig mit wirtschaftlichen und ideologischen Eigeninteressen verbunden. Eher unverzichtbar ist die Fachkompetenz privater Anbieter wohl für die beruflichen Schulen, insbesondere für technikorientierte Lernfelder.

Für zahlreiche Themen gibt es derzeit fast ausschließlich private Anbieter, beispielsweise für die Fortbildung zu Gesundheitsaspekten (Stimmtraining, Stressmanagement oder Rückenschulung). Solche Fortbildungen müssen die Schulen dann mit ihrem Fortbildungsbudget einkaufen. Dieses Budget ist seit vielen Jahren nicht erhöht worden und absolut unzureichend, so dass sich kleinere Schulen eine solche Fortbildung zu Gesundheitsaspekten nur leisten können, wenn sie sich mit anderen Schulen zusammenschließen. Schulen und Lehrkräfte müssen sich Fortbildungen inzwischen mühsam „zusammensuchen“. Die Organisation von Fortbildungen durch qualifizierte Fortbildner und professionelle Fachkräfte gibt es nur begrenzt zu den vom HKM priorisierten Themen.

### Die Forderungen der GEW

Auf der Grundlage dieser Veränderungen hat die GEW ihre Forderungen regelmäßig aktualisiert:

- Der Staat hat die Verpflichtung, eine Fortbildung anzubieten, die sowohl der Schul- und Unterrichtsentwicklung als auch der Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation der Lehrkräfte mit allen ihren Facetten und unter Einbeziehung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse dient, und die Mittel dafür bereitzustellen. Auskömmlich wäre ein Anteil von zwei bis drei Prozent des Kultusetats.

- Die Lehrkräfteakademie (LA) hat ein Programm zu entwickeln, das didaktische, fachdidaktische und unterrichtspraktische Themen enthält und die Möglichkeit bietet, sich mit den Entwicklungen im Bildungswesen, in der Gesellschaft insgesamt und in der Erziehungswissenschaft kritisch auseinanderzusetzen und Schulentwicklung in diesem Kontext zu analysieren.

- Wichtige Schwerpunkte künftiger Fortbildung müssen die Didaktik und Methodik inklusiven Unterrichts in multiprofessionellen Teams und die Entwicklung zur inklusiven Schule darstellen sowie der Unterricht mit Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern und der sprachensible Fachunterricht.
- Fortbildungen müssen kostenfrei sein und können nicht neben oder nach dem Unterricht zusätzlich stattfinden. Die Vorstellung, Lehrkräfte könnten neben einem unter Umständen sechs- bis achtstündigen Schultag am späten Nachmittag oder Abend noch gewinnbringend Fortbildungsveranstaltungen besuchen, geht an den Realitäten des Schulalltags und an den Belastungen der Lehrkräfte vorbei.

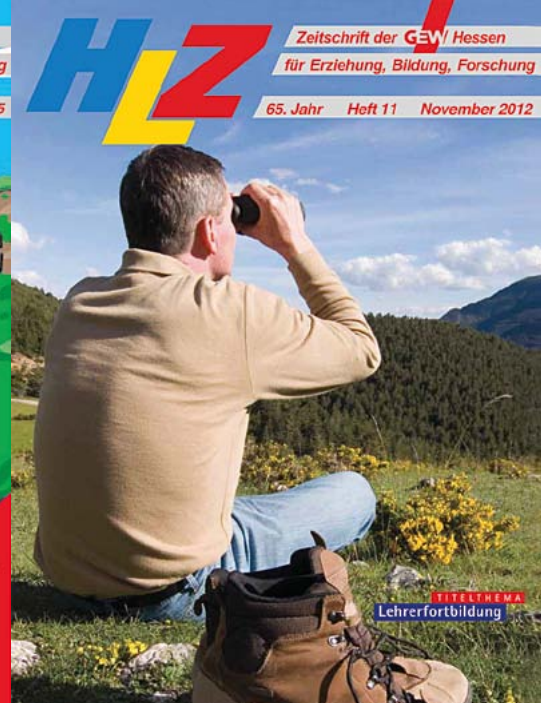
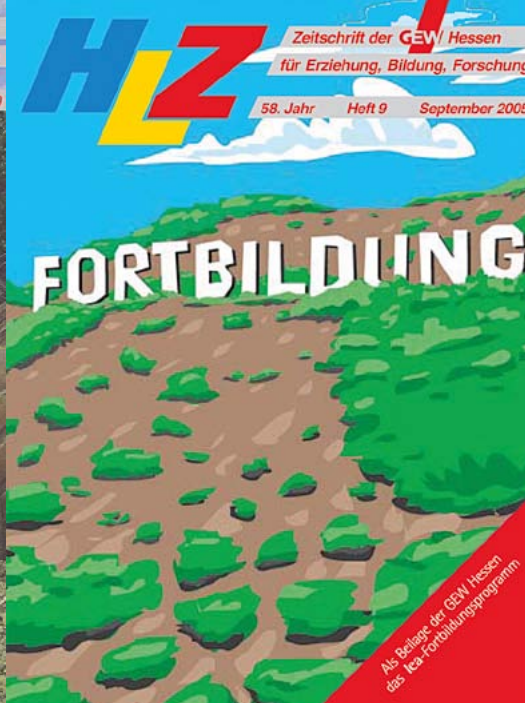
- Für die Berufseingangsphase müssen besondere Fortbildungs- und Unterstützungsangebote in Zusammenarbeit mit den Universitäten und Studienseminaren entwickelt werden. Wegen der Beanspruchung in der Berufseingangsphase und der Teilnahme an den oben genannten Fortbildungsveranstaltungen muss die Stundenverpflichtung in den ersten beiden Jahren gesenkt werden.

### Verantwortung neu regeln und ausbauen

Auf der regionalen Ebene im Bereich der Staatlichen Schulämter gibt es enge Kontakte und eine gute Erreichbarkeit, um auf schulische Bedarfe und Anfragen reagieren zu können. Deshalb müssen auch dort ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen, um Unterstützungsangebote nach dem Bedarf von Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften und Schulen bereitzustellen. Auch hier müssen didaktische-methodische Angebote gemacht und nachhaltig umgesetzt werden. Auf der regionalen Ebene können Kolleginnen und Kollegen in Fortbildungen konkrete Materialien und Konzepte für die Umsetzung im Unterricht erarbeiten und sich über die anzustrebenden Kompetenzen verständigen. Diese Fortbildungsformate müssen so angelegt sein, dass sie die hohe Arbeitsbelastung von Lehrkräften berücksichtigen. Dass sie nicht völlig neu erfunden werden müssen, erläutert *Olaf Burrow* in dieser HLZ (S. 22).

Auf regionaler Ebene sind auch die Unterstützungsangebote für Schulen in Schulentwicklungsfragen anzusetzen, die Angebote für Supervision und kollegiale Fallberatungen. In dem Sinne ist ein Ausbau regionaler Fortbildung und Unterstützung dringend erforderlich. Stattdessen werden Fachberatungen aber beispielsweise im Bereich der kulturellen Bildung (HLZ 3/2016) gekürzt und nur – der Not gehorchend – im Bereich der Aufnahme- und Beratungszentren aufgestockt. Was es heißt, wenn Stellen gestrichen oder nicht wiederbesetzt werden, zeigt der Artikel zur Verabschiedung





von Volker Imschweiler im Bereich des Staatlichen Schulamts Lahn-Dill/Limburg-Weilburg (HLZ S. 22).

Auf der überregionalen Ebene werkeln HKM und LA seit Monaten an einer Neuausrichtung von Fortbildung und Beratung. Nachfragen des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) wurden bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der HLZ nicht beantwortet.

So bleibt auch in einem Schreiben des HKM an den HPRL unklar, wie die vom HKM festgelegten Schwerpunkte (individuelle Förderung, Schulentwicklung, Medienbildung, Berufsorientierung und Seiteneinsteiger) in der Fortbildung verankert werden können:

*„Im Rahmen der Neuausrichtung der Fortbildung und Beratung werden in den Staatlichen Schulämtern multithematische Teams gebildet, um Schulen ein abgestimmtes und qualitativvolles Beratungs- und Fortbildungsangebot bereitzustellen. In den multithematischen Teams werden die Fortbildnerinnen und Fortbildner sowie Beraterinnen und Berater im Hinblick auf eine nachhaltige Schul- und Unterrichtsentwicklung eng kooperieren.“*

Erwartungen, die man an eine solche Formulierung knüpfen könnte, werden aber sogleich wieder gedämpft, denn „um die großen Herausforderungen für die hessischen Schulen in den kommenden Jahren zu meistern“, müsse man weiter Stellenressourcen aus anderen Bereichen „umlenken“. Im Klartext: Auch in der Fortbildung und Beratung werden weiter Stellen gestrichen, obwohl die Ressourcen auch bisher bei weitem nicht ausreichen und zwar weder im Bereich der Inklusion noch für Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache (HLZ S.18).

Die spärlichen Informationen lassen vermuten, dass das HKM den Schulen vorrangig Steuerungselemente für die „Qualitätsentwicklung“ von Schule anbieten wird, um die Schulen in die Lage zu versetzen, Schulprogrammarbeit und Schulentwicklung zu evaluieren und Entwicklungsziele zu formulieren. Dabei können sie auch Fortbildungs- und Beratungsbedarf formulieren, doch bleibt ungeklärt, wie die Schulen und erst recht einzelne Lehrkräfte zu einem Fortbildungsangebot kommen, das sie für die Schul- und Unterrichtsentwicklung oder den Ausbau und Erhalt ihrer Qualifikationen benötigen. Sie müssen sich selber mögliche Anbieter und Referentinnen und Referenten suchen, Fortbildung planen und organisieren. Das ist nicht nur unprofessionell, sondern auch ein belastender Arbeitsaufwand.

### Ein Blick in andere Bundesländer

Zum Teil schauen wir neidisch über die Landesgrenzen in andere Bundesländer. Niedersachsen hat seit 2012 neun Kompetenzzentren für Lehrerfortbildung eingerichtet. Eines davon bildet die Uni Vechta mit der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Papenburg und dem Ludwig-Windthorst-Haus Lingen. Es vertritt an drei Standorten 610 Schulen. In Niedersachsen gibt es in der Lehrerfortbildung ein Zusammenwirken von Universitäten und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Und wenn auch diese Konstruktion sicher nicht perfekt ist und das an den Studienseminaren vorhandene Fachwissen noch nicht einbezogen wird, so sind die Angebote des Zentrums doch beeindruckend.

Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg bietet den Schulen und Lehrkräften ebenfalls Angebote zu Fächern, Lernbereichen und Aufgabengebieten. Die Schulen und das pädagogische Personal erhalten Beratung, Qualifizierung und Unterstützung bei der Schul- und Personalentwicklung und können Fortbildung und Unterstützung „bestellen“. Davon können wir in Hessen nur träumen.

Im Gegensatz zu den hier genannten Beispielen, die noch vermehrt werden könnten, gibt es in Hessen keine oder nur sporadische Angebote in den Fächern, sieht man von den – oft wenig hilfreichen – Maßnahmen zur Umsetzung des kompetenzorientierten Unterrichts ab. Es gibt kaum Angebote zu allgemeinen pädagogischen Themen oder zur kritischen Reflexion bildungspolitischer und gesellschaftlicher Entwicklungen, die auf Schule einwirken.

Deshalb am Ende noch einmal ein nachdrückliches Plädoyer: Die regionale Ebene des Angebots von Fortbildung und Unterstützung muss ausgebaut werden. Die Schwerpunkte der von der Lehrkräfteakademie verantworteten Fortbildung müssen ergänzt und vor allem mit konkreten Angeboten gefüllt werden.

Heike Lühmann

Heike Lühmann leitet zusammen mit Franziska Conrad und Andrea Gergen das Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand. Auch im HPRL, aus dem sie im Mai 2016 nach langjähriger Mitgliedschaft ausschied (S. 35), bearbeitete sie mit großem Nachdruck vor allem das Thema Fortbildung.



# Improvisationsübungen

## Welche Fortbildung brauchen Lehrkräfte für DaF und DaZ?

Der „Sommer der Migration 2015“ hat hessische Schulen vor unvorhergesehene Herausforderungen gestellt: Bis zum Jahresende kamen rund 80.000 Flüchtlinge nach Hessen und seit Jahresbeginn 2016 waren es noch einmal mehr als 11.000. Fast ein Drittel von ihnen ist unter 18 Jahre alt und damit größtenteils (berufs-)schulpflichtig. Aber auch volljährige Migrantinnen und Migranten benötigen schulische Sprachförderung.

Es stellen sich die Fragen, welche schulischen Angebote es zur Integration von zugewanderten Jugendlichen in Hessen gibt und welche Aus- und Fortbildungsangebote für ihre Lehrerinnen und Lehrer noch geschaffen werden müssen.

Da zur Qualifizierung der Asylbewerber in Hessen bislang keine genauen Zahlen vorliegen, kann zu Beschulungsbedarfen der Migrantinnen und Migranten bislang nur festgestellt werden, dass Intensiv- und Integrationsklassen in Hessen von einer großen Heterogenität der Schülerschaft geprägt sind. Diese reicht von primären Analphabeten ohne Kenntnisse zur primären Stiftführung über funktionale Analphabeten mit bis zu fünf Jahren Schulerfahrung bis hin zu sogenannten „Zweitschriftlernern“, die schulisch sozialisiert und in einem nicht-lateinischen Schriftsystem alphabetisiert sind.

### Intensivklassen an allgemeinbildenden Schulen

Im Rahmen ihres Aktionsplans zur „Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ hat die Landesregierung zu Beginn des Schuljahres 2015/16 800 neue Lehrerstellen an Schulen unter anderem zur Sprachförderung eingerichtet. Das Gesamtsprachförderkonzept sieht die Beschulung von Migrantinnen und Migranten in Intensivkursen, Intensivkursen und Alphabetisierungskursen vor sowie das InteA-Programm für Intensivklassen für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne Deutschkenntnisse an beruflichen Schulen („Integration und Abschluss“). Darüber hinaus wird es in Zukunft an den Schulen für Erwachsene Angebote für bereits alphabetisier-

te 20-Jährige geben. Zur Durchführung des Konzepts wurden zu Beginn des Schuljahres neu ausgebildete Lehrkräfte, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Pensionäre angeworben. Sie alle sollen für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) oder Deutsch als Fremdsprache (DaF) weiterqualifiziert werden.

Die Ausbildung der Lehrkräfte in Intensivklassen an allgemeinbildenden Schulen erfolgte zu Beginn des Schuljahres 2015/16 in einem fünftägigen Angebot der Hessischen Lehrkräfteakademie (LA) zur „DaZ-Basisqualifikation“. Im kommenden Schuljahr wird ab dem 1. August 2016 für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen eine einjährige Weiterbildung für das Fach „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“ (DaF/DaZ) durch die LA angeboten. Der Kurs umfasst den Zeitraum von zwei Schulhalbjahren, findet an 14 Präsenztage statt und wird in mehrtägigen Blockveranstaltungen, Tagesveranstaltungen und Eigenstudien durchgeführt. Darüber hinaus bieten die Universitäten Gießen, Kassel und Marburg und die TU Darmstadt viersemestrige Weiterbildungsmasterstudiengänge für DaZ/DAF an, die zum Teil auch als Online-Studiengänge absolviert werden können. Weitere Qualifizierungsmöglichkeiten für DaZ/DaF-Lehrkräfte gibt es am Frankfurter Goetheinstitut als Fernstudienprogramm, an der VHS Wiesbaden und an verschiedenen hessischen Volkshochschulen als Zusatzqualifizierung von Lehrkräften in Integrationskursen (siehe Kasten).

### InteA-Klassen an berufsbildenden Schulen

Die an berufsbildenden Schulen neu eingerichteten InteA-Klassen richten sich an Flüchtlinge, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Zuwanderer ohne Deutschkenntnisse im Rahmen der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, wobei die Zugangsberechtigung nur für Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren gilt. Ihre Ausgestaltung und die Umsetzung des Intensivsprachförderprogramms liegen in der Verantwortung der InteA-Schulen. An sogenannten Aufnahme- und Beratungszentren (ABZ) werden die Ausgangsbedingungen der Schülerinnen und Schüler anhand von Lernstandtests und Förderplangesprächen erfasst. Danach werden die Migrantinnen und Migranten in passende Lerngruppen eingeteilt. Die Stundenpläne umfassen 13 bis 18 Stunden DaZ-Unterricht sowie Fachunterricht und Fachpraxis mit Berufsorientierung, Berufspraktika und Maßnahmen zur Integration in die Schulgemeinde. Ziel der InteA-Sprachförderung an den berufsbildenden Schulen ist die Vermittlung ausreichender Sprachkenntnisse, der Übergang in das duale System bzw. in andere Schulformen und Bildungsgänge und der Erwerb eines externen Hauptschulabschlusses oder des mittleren Abschlusses. Dafür haben die zugewanderten Jugendlichen zwei Jahre Zeit.

Seit März 2016 hat die GEW Hessen bei mehreren Fortbildungsveranstaltungen zur Arbeit in Intensivklassen die Reaktionen und Erfahrungen der Lehrkräfte zu diesem Thema gesammelt und einen Katalog an Forderungen erstellt.

### Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung für DaZ/DaF-Lehrkräfte in Hessen

- Hessische Lehrkräfteakademie: einjährige Weiterbildung für das Fach „Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“ (DaF/DaZ) für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen
- Qualifizierungsangebote für besondere Berufsgruppen ohne Befähigung für ein Lehramt:
  - 1.) Universitäten Kassel, Marburg, Gießen und TU Darmstadt: Masterstudiengänge DaF/DaZ (4 Semester), in Marburg auch als Online-Studiengang
  - 2.) Goethe-Institut Frankfurt: Lehrerfortbildung für DaF per Fernunterricht
  - 3.) VHS Wiesbaden und weitere hessische VHS: Zusatzqualifizierung von Lehrkräften in Integrationskursen (verkürzt/unverkürzt)





ZAHIRA AUS ALEPPO

### Starkes Interesse an GEW-Fachtagungen

Die hohe Zahl von Anmeldungen für die Fachtagungen der GEW zeigt, wie dünn gesät die staatlichen Fortbildungsangebote sind und wie groß der Bedarf an Möglichkeiten zum Austausch von Gedanken und Erfahrungen ist. Allerdings waren die Reaktionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf das Sprachförderkonzept der hessischen Landesregierung verhalten. Neu eingestellte Lehrkräfte, die an allgemeinbildenden Schulen zumeist alleine mit mindestens 20 Wochenstunden in Intensivklassen eingesetzt sind, fühlen sich vielfach mit der Arbeitssituation überfordert. Zu den grundlegenden Forderungen in der Flüchtlingsbeschulung gehören daher die durchgehende Doppelbesetzung in Intensiv- und InteA-Klassen, der Unterricht in multiprofessionellen Teams und die Unterstützung durch Dolmetscherinnen und Dolmetscher. Lerngruppen sollten nicht mehr als zwölf Schülerinnen und Schüler umfassen, um individuelle Förderung ermöglichen zu können. Darüber hinaus müssen Lehrerinnen und Lehrer Zugang zu geeigneten Lehrmitteln und Fördermaterialien erhalten.

### Zu wenig Angebote zur Fort- und Weiterbildung

Ein weiterer Grund für Überforderung liegt offenbar in Problemen in der Klassenführung durch mangelnde Kenntnisse zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen. Obwohl landläufig bekannt ist, dass hier zum Teil mit hohem Aggressionspotenzial aufgrund von Flashbacks von Kriegserlebnissen zu rechnen ist, fehlt es an Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte, durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in der psychosozialen Unterstützung von Flüchtlingen und durch Supervision für Lehrkräfte in Intensivklassen durch den schulpsychologischen Dienst.

Die fünfjährige Basisqualifikation für DaZ und DaF in Intensivklassen, die zu Beginn des Schuljahres für neu eingestellte Lehrerinnen und Lehrer durchgeführt wurde, wurde ausnahmslos als unzureichend beurteilt. Es besteht diesbezüglich auch bei den bereits eingestellten Lehrkräften großer Weiterbildungsbedarf. Dazu kommt, dass Unterricht in der Herkunftssprache nur noch im geringen Umfang durchgeführt wird, was allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Spracherwerb bei Mehrsprachigkeit entgegenläuft. Auch hier für sollten wieder mehr Stellen bereitgestellt werden.

Da Schülerinnen und Schüler in den Intensiv- und InteA-Klassen zu großen Teilen in die Regelklassen der allgemeinbildenden und in die besonderen Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen wechseln werden, müssen Lehrkräfte im Bereich DaF/DaZ in jedem Fach, auch an Gymnasien, für sprachsensiblen Unterricht qualifiziert und fortgebildet werden. Dazu müssen von Beginn an Plätze in Regelklassen freigehalten werden. Zuweisungen sollten so erfolgen, dass auch hier zumindest in ausgewählten Fächern wie Deutsch und Fremdsprachen eine Doppelbesetzung der Lehrerinnen und Lehrern erfolgt. Es sollten maximal drei Intensivklassen pro Schule und nicht mehr als 25 Prozent Flüchtlingskinder in einer Bestandsklasse aufgenommen werden.

In den meisten Fällen fehlt den Lehrkräften eine Qualifizierung für die Alphabetisierung junger Erwachsener. Darüber hinaus sollte die Fort- und Weiterbildung für DaZ/DaF-Lehrkräfte, die noch nicht oder nur befristet beschäftigt sind, ausgebaut und DaZ/DaF als reguläres Studienfach für ein Lehramtsstudium anerkannt werden.

Neben der Forderung nach der Intensivierung der Basisqualifikation wünschen sich viele Lehrkräfte Fortbildungsangebote zu religiös motiviertem Extremismus, zum Islamismus und zum Umgang mit einer sich abzeichnenden Radikalisierung Jugendlicher. Als diesbezügliche Präventionsmaßnahmen erscheinen auch Möglichkeiten und Mittel zur Förderung des interkulturellen Miteinanders an Schulen und in den Kommunen, zum ungezwungenen und ungesteuerten Spracherwerb und im Zweifelsfall die Ausweitung der Zeitfenster in Intensivklassen zum Erwerb schulischer Qualifikationen für zugewanderte Kinder und Jugendliche in Hessen als unabdingbar.

**Andrea Gergen**

Andrea Gergen ist Pädagogische Mitarbeiterin am Institut für Schulpädagogik der Philipps-Universität Marburg und leitet mit Franziska Conrad und Heike Lühmann das Referat Aus- und Fortbildung im Landesvorstand der GEW.

### Verwendete Literatur:

Birgit Koch und Maïke Wiedwald: Bildung kann nicht warten, in: HLZ 6/2016, S. 24f.

Landesregierung stellt Konzept zur Sprachförderung vor, Pressemitteilung des Hessischen Kultusministeriums vom 19.5.2016, <https://kultusministerium.hessen.de> > Presse > Pressemitteilungen

# Hausaufgaben: Nein, danke!

## Die Landesschülervertretung begründet ihre Kampagne

Die Kampagne der Landesschülervertretung Hessen (LSV) gegen Hausaufgaben nimmt langsam Fahrt auf. Landesschulsprecherin *Svenja Appuhn* sowie Kampagnenleiter *Fabian Pflume* stellten auf der letzten Sitzung des inzwischen neu gewählten Landesschülerrats im Februar den Antrag, Hausaufgaben in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und stattdessen durch verpflichtende und betreute Übungsstunden zu ersetzen. Die Thematik ist sehr umstritten: So zeigt eine Umfrage der Hessenschau, dass 54% der Befragten für eine Abschaffung der Hausaufgaben sind, 46% dagegen (1). Die Befürworter führten unter anderem ins Feld, Schülerinnen und Schüler seien faul, würden lieber den ganzen Tag zocken. Gegner sahen die Schülerinnen und Schüler mit der Masse an Hausaufgaben überfordert und in ihrer Freizeit beeinträchtigt.

### Die Argumente der LSV

Für Lehrerinnen und Lehrer ist es unter den aktuellen Bedingungen kaum zu schaffen, dem Lehrplan gerecht zu werden. Sie sind gezwungen, einen Großteil Eigenleistung von den Schülerinnen und Schülern am Nachmittag zu verlangen.

Selbstverständlich setzt Schule den Willen der Schülerinnen und Schüler voraus, doch ist die Umverteilung auf den Nachmittag mehr schlecht als recht, wodurch sich allein in Deutschland eine milliardenschwere Nachhilfebranche entwickelt hat. Auf den Kopf verteilt, werden pro Schülerin und pro

Schüler etwa 250 Euro im Jahr ausgegeben. Die eigentlich vorgesehene eigenständige Erarbeitung des Stoffs ist offensichtlich oft nicht möglich. Schülerinnen und Schüler brauchen Unterstützung, um den Schulalltag zu meistern, und es kann nicht sichergestellt werden, dass diese im eigenen Heim gegeben ist. Hessen widerspricht mit Hausaufgaben daher nicht nur der Lehrmittelfreiheit, sondern hemmt auch die festgelegte Chancengleichheit.

Hausaufgaben verschärfen soziale Diskrepanzen und haben faktisch keinen Nutzen. Es wird zwar eine Möglichkeit zur Wiederholung geboten, viele Schülerinnen und Schüler verstehen jedoch den Stoff nicht und bleiben hängen. Der Unterricht wird zu Beginn aufgehalten, da der Stoff nun revidiert werden muss.

Weiterhin wirkt sich der Druck, welcher auf den Schülerinnen und Schülern liegt, belastend auf ihre Psyche aus. Die Rate der vom Burnout betroffenen Jugendlichen im Schulalltag steigt, obwohl im Hessischen Schulgesetz Schülerinnen und Schülern ein Recht auf Freizeit zugesprochen wird. Tatsächlich stehen Hausaufgaben zurzeit in Konkurrenz zu weiteren Aktivitäten wie sportlicher, kultureller oder auch politischer Beteiligung und verweigern Schülerinnen und Schülern so eine lebendige Auseinandersetzung mit ihnen und dem Alltag.

Aufgrund von überlasteten Lehrerinnen und Lehrern, erhöhten Kosten für Eltern, wachsenden Diskrepanzen in der schulischen Leistung und belas-

teten Schülerinnen und Schülern bei mangelndem Effekt fordert die Landesschülervertretung Hessen, dass

- Hausaufgaben in ihrer jetzigen Form abgeschafft werden,
- lehrergestützte und fachbezogene Übungsstunden ausgebaut werden, sodass es für jeden Schüler und jede Schülerin mindestens eine Stunde gibt,
- Lehrpläne gekürzt und überarbeitet werden,
- nicht bewertete, freiwillige häusliche Übungsaufgaben ermöglicht werden.

Die Landesschülervertretung Hessen glaubt, so den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entgegenzukommen. Natürlich ist eine konstante Revision des Unterrichts erforderlich, um Erfolg zu haben und langfristig zu lernen, doch ist solch eine Wiederholung mit ausgebildetem Personal, sprich Lehrerinnen und Lehrern, durchzuführen. Schweizer Schulen haben zum Beispiel bereits gezeigt, dass man Hausaufgaben abschaffen kann, ohne dass der Lernerfolg geschmälert wird und dennoch die Belastung für alle Beteiligten sinkt (2).

### Wer ist die LSV Hessen?

Die Landesschülervertretung Hessen ist die demokratisch gewählte und gesetzlich legitimierte Interessensvertretung aller 850.000 Schülerinnen und Schüler, die eine weiterführende Schule in Hessen besuchen. Sie vertritt die Interessen der Schülerschaft vor dem Hessischen Kultusministerium, dem Hessischen Landtag und der Öffentlichkeit und unterstützt die Kreis- und Stadtschülerräte sowie die Schülervertretungen vor Ort. Ende Mai wurde *André Ponzi* aus Darmstadt als neuer Landesschulsprecher gewählt, seine Stellvertreter sind *Fabian Pflume* und *Erik Thiel*, beide aus dem Rheingau-Taunus-Kreis.

Hubert Garrish und Fabian Pflume



(1) <http://hessenschau.de/gesellschaft/nutzerumfrage-gehoren-hausaufgaben-abgeschafft-hausaufgaben-streit-100.html>

(2) Armin Himmelrath (2015): Hausaufgaben – Nein Danke! Bern, S. 28



# Podiumsdiskussion in Frankfurt

## Lehrergestützte Übungsstunden statt Hausaufgaben?

Hausaufgaben gehören für die meisten selbstverständlich zu unserem Schulsystem. Die ältesten Belege für Hausaufgaben an Lateinschulen sind 500 Jahre alt. Seit inzwischen 130 Jahren setzt sich die Pädagogik mit dem Thema auseinander – ohne allerdings bislang einen eindeutigen Beleg für deren Nutzen aufgezeigt zu haben. Allenfalls lerne man durch Hausaufgaben ein Spiel mitzuspielen, das auf gegenseitiger Täuschung beruhe. Dies sind einige der provokanten Thesen aus dem Buch „Hausaufgaben – Nein Danke!“ des Bildungsjournalisten *Armin Himmelrath*, die er auch am 9. Juni so an der Frankfurter Elisabethenschule im Rahmen einer Podiumsdiskussion vertrat.

Die Landesschülervertretung (LSV) hatte zu der Veranstaltung eingeladen, die unter dem Titel „Auslaufmodell Hausaufgaben – geht's auch moderner?“ die von der LSV erhobene Forderung nach der Abschaffung der Hausaufgaben in ihrer bisherigen Form einerseits bekannt machen und andererseits inhaltlich begründen sollte. Dass sie damit das Interesse der Schülerschaft wecken konnte, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass die Mensa der Elisabethenschule mit etwa 200 Gästen voll besetzt war. Auch aus anderen Frankfurter Schulen kamen Schülerinnen und Schüler zu der Veranstaltung.

*Achim Kaewnetara*, Fachbereichsleiter an der Elisabethenschule, eröffnete die Veranstaltung und wies sogleich auf die Ambivalenz von Hausaufgaben hin: Als Vater habe er einerseits schon oft am Nutzen der Hausaufgaben seiner Kinder gezweifelt, während er andererseits als Lehrer selbstverständlich regelmäßig auf diese zurückgreife. Anschließend stellte *Fabian Pflume* als stellvertretender Landesschülersprecher die Argumente der LSV vor: Hausaufgaben verursachten Milliardenkosten durch Nachhilfeunterricht, seien pädagogisch fragwürdig und beanspruchten zu viel Zeit und schädigten so die Gesundheit und gingen auf Kosten der Freizeit. Daher fordert die LSV lehrergestützte Übungsstunden, eine Straffung der Lehrpläne sowie nicht bewertete Übungsstunden auf freiwilliger Basis.



Auf dem Podium diskutierten unter anderen (von links nach rechts): Jörg Bauer (Nachhilfeschool Neustadt), Armin Himmelrath (Autor), Maike Wiedwald (GEW) und Peter Hanack (Frankfurter Rundschau). (Foto: GEW)

Die Diskussion wurde von *Peter Hanack* moderiert, der Leserinnen und Lesern der *Frankfurter Rundschau* als Autor von Artikeln zu Schulthemen bekannt ist. Der skeptischen Haltung gegenüber Hausaufgaben von *Armin Himmelrath* pflichtete *Maike Wiedwald* bei. Die stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen ist Lehrerin an der Carl-von-Weinberg-Schule in Frankfurt, die als integrierte Gesamtschule ganztätig arbeitet. Diese Schule verzichtet in der fünften und sechsten Klasse mit guten Erfahrungen auf Hausaufgaben.

*Jörg Bauer*, Inhaber einer privaten Nachhilfeschool in Neustadt, stellte klar, dass professionelle Nachhilfe keine Hausaufgabenbetreuung sei, sondern nur „bestehende Lücken füllen“ könne. Erfolgreicher Nachhilfeunterricht führe zu besseren Noten und wirke so motivationssteigernd. *Maike Wiedwald* und die Schülerinnen und Schüler, die sich sehr rege in die Diskussion einbrachten, hielten dem entgegen, dass die Förderung bei bestehenden Bedarfen eigentlich von den Schulen geleistet werden muss. Dazu müssen diese entsprechend besser ausgestattet werden – auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, denn nicht jede Familie könne sich professionellen Nachhilfeunterricht leisten.

*Reiner Pilz*, Vorsitzender des Landeselternbeirates, berichtete von sehr unterschiedlichen Positionen in der El-

ternschaft. Viele Eltern würden sicher die Abschaffung der Hausaufgaben begrüßen, die sie mitunter als „Hausfriedensbruch“ wahrnehmen würden, andere legten großen Wert darauf, einen Einblick in den Lernstand ihrer Kinder zu erhalten und zu wissen, welche Unterrichtsinhalte behandelt werden. Die Forderung nach einer Abschaffung von Hausaufgaben könne daher auch Ängste vor einem Kontrollverlust wecken. Daher müssten die Eltern durch die Entwicklung eines schulischen Konzepts zum besseren Austausch zwischen Eltern und Lehrkräften mitgenommen werden.

Fazit der lebendigen Debatte: Es geht bei der Abschaffung von Hausaufgaben – zumindest in der hier kritisierten Form – nicht um die Abwertung des selbständigen Lernens. Vielmehr beruhen unbenotete und auf Freiwilligkeit beruhende Übungsaufgaben, bei deren Erledigung bei Bedarf eine Lehrkraft zur Verfügung steht, ein viel höheres Potenzial zur nachhaltigen Aneignung von Wissen. Dieses soll möglichst selbstgesteuert geschehen und auf einem inhaltlichen Interesse am Gegenstand beruhen. Zweitens ist die Abschaffung von Hausaufgaben nur als Teil eines weiterreichenden Prozesses der Veränderung von Schule sinnvoll zu denken. Dazu gehört insbesondere auch die Entwicklung von rhythmisierten Ganztagschulen.

Roman George



# Kontinuität und Erneuerung

## Ein Symposium zu 30 Jahren Lehrerfortbildung in Hessen

Volker Imschweiler, langjähriger Mitarbeiter der hessischen Lehrerfortbildung, verabschiedete sich am 27. November 2015 mit einem bemerkenswerten Symposium in den Ruhestand. Wie er in seiner Begrüßungsrede betonte, war es ihm wichtig, in seiner „letzten“ Veranstaltung als LPU (Leiter Pädagogische Unterstützung) Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen der Lehreraus- und -fortbildung, der Bildungsverwaltung, den Universitäten und aus externen Fortbildungseinrichtungen zu einem Austausch zusammenzubringen. Ziel war es nicht nur, eine Bilanz der langjährigen gemeinsamen Arbeit zu ziehen, sondern auch Perspektiven für die Zukunft der Lehreraus- und -weiterbildung aus Sicht des versammelten Erfahrungs- und Expertenwissens zu eröffnen.

Im ersten Impulsreferat analysierte *Botho Priebe*, der ehemalige Leiter des Landesinstituts für Lehrerfortbildung in Rheinland-Pfalz, die empirische Wende in ihren Folgen für die Lehrerfortbildung und beleuchtete die unterschiedlichen Dimensionen der aktuellen Qualitätsdebatte. Seine Ausführungen mündeten in die These, dass wirksame Lehrerfortbildung von der Schule sowie von den Lehrkräften in ihren schulischen Kontexten her gedacht und gestaltet werden sollte.

### FDP startet ins Sommerloch

Die FDP legte im Juni einen Gesetzentwurf zur Lehrerfortbildung vor. *Wolfgang Greilich*, ihr schulpolitischer Sprecher, will den „bestehenden Gesetzesbefehl“ verstärken, so dass Lehrerfortbildung während der Unterrichtszeit zur „absoluten Ausnahme“ wird. Bemerkenswert ist seine Begründung: Lehrkräfte beklagten sich, „dass man guten Gewissens an sich notwendige Fortbildungen nicht in Anspruch nehmen könne, wenn man nicht andererseits den Unterricht durch Ausfall von Stunden vernachlässigen wolle“. Für diese Fürsorge ist Herrn Greilich die Sympathie der hessischen Lehrerkollegen sicher.

Ministerialrätin *Ute Göbel-Lehnert*, für den Bereich der Pädagogischen Unterstützung zuständige Referentin im Kultusministerium, würdigte die besonderen Verdienste von Volker Imschweiler in seiner 35-jährigen Dienstzeit im Hessischen Institut für Lehrerfortbildung (HILF), im Hessischen Landesinstitut für Pädagogik (HeLP) und zuletzt im Dezernat Lehrerfort- und -weiterbildung im Staatlichen Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg. Sie erinnerte dabei vor allem an seine Initiativen zur Weiterentwicklung des psychosozialen Bereiches und der Schulentwicklungsberatung in Hessen: „*Volker Imschweiler ist mit seinen Konzepten zur Organisationsentwicklung in Schulen und seinem Netzwerk zur Weiterqualifizierung von Beraterinnen und Beratern ein über Hessen hinaus anerkannter Experte im Bereich der Schulentwicklung.*“

So gehörte er zu den „Pionieren“ der Organisationsberatung in Schulen und organisierte bereits Ende der 80er Jahr entsprechende Fortbildungsveranstaltungen für Schulleiterinnen und Schulleiter, für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie für interessierte Lehrkräfte.

Aus der Perspektive der Schulentwicklung waren ihm, lange bevor die Schaaerschmidt-Studie zur Lehrbelastung erschien, die Lehrergesundheit und das Gesundheitsmanagement in Schulen besondere Anliegen. Für diese Pionierleistung und die daraus resultierenden Impulse dankte *Siegfried Seeger*, freiberuflicher Referent im Bereich Gesundheitsförderung, in seinem Beitrag über „Fortbildung und Beratung als sinnstiftendes Bildungsfeuer“. Die offizielle Verabschiedung erfolgte schließlich durch den Amtsleiter, den Leitenden Regierungsdirektor *Michael Scholz*.

Imschweiler erinnerte in seinem Schlusswort an einen über 400 Jahre alten Satz von Galileo Galilei:

„*Man kann einen Menschen nichts lehren, man kann ihm nur helfen, es in sich selbst zu entdecken.*“

Dies gelte auch für die Lern- und Veränderungsprozesse in Schulen und

Bildungsverwaltung. Seine durch Forschungsergebnisse bestätigte langjährige Erfahrung habe ihm gezeigt, dass es darum gehe, die bereits vorhandenen Potenziale zu entdecken und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich die kreativen Kräfte der Beteiligten entfalten können. Wenn heute verstärkt über die Wirksamkeit von Fortbildung diskutiert werde, so Imschweiler, sollte nicht vergessen werden, dass es auch vor dem Höhenflug der empirischen Bildungsforschung wirksame Fortbildung gab. Er verwies dabei auf langjährig in zentraler und regionaler Fortbildung in Hessen erprobte „Lehrgänge“ und andere Formate.

Wirksame Fortbildung, so sein Fazit, müsse in Hessen und in der Region nicht neu erfunden werden. Über einen längeren Zeitraum seien regionale, landes- und bundesweite Netzwerke aufgebaut worden. Sie benötigen weiterhin eine besondere Pflege, um für die Schulen der Region wirksam zu bleiben. Mit einem gewissen Stolz verwies Imschweiler auf sein bisheriges Team im Bereich der Pädagogischen Unterstützung. Die hochkompetenten Fortbildnerinnen und Fortbildner, Fachberaterinnen und Fachberater seien „eine kostbare Ressource in der Region, für die Schulen und für das hiesige Staatliche Schulamt“.

### Intensive Wochenlehrgänge

Die Ausführungen der Laudatorinnen und Laudatoren kann ich aus eigener Perspektive bestätigen und vertiefen, hatte mich Volker Imschweiler doch bereits Mitte der 80er Jahre für die hessische Lehrerfortbildung gewonnen. Es folgten über zehn Jahre Fortbildung zur Praxis der Gestaltpädagogik, zu Verfahren der Zukunftswerkstatt und der Großgruppenmoderation. Sie fanden jeweils in der Faschingswoche statt, denn damals war noch der einwöchige „Lehrgang“ das Standardformat des HILF-Programms. Diese Veranstaltungen, die besonders nachgefragt waren, wiesen eine hohe Intensität auf und gaben Impulse für vielfältige Schulentwicklungsvorhaben und wurden in



regionalen Praxisberatungen und Pädagogischen Tagen an einzelnen Schulen ergänzt und fortgeführt

Die Gefahr solcher Rückblicke besteht in einer Verklärung der vermeintlich guten alten Zeiten und in einer Überschätzung eigener Beiträge. Im Bewusstsein dieser Gefährdung kann ich dennoch behaupten, dass wir, das heißt Volker Imschweiler und sein Dozententeam, mit unseren Programmen der Zeit weit voraus waren.

Wenn heute die pädagogische Zunft z.B. die Forschungsergebnisse des durchaus verdienstvollen Bildungsforschers *John Hattie* als bahnbrechenden Erkenntnisschub feiert, dann zeigt sich darin auch ein Gutteil Geschichtsvergessenheit. So basierten die von Imschweiler initiierten gestaltpädagogischen Fortbildungen auf der Erkenntnis der zentralen Bedeutung der Person des Lehrers und zeigten Wege zur selbst-reflexiven Auseinandersetzung. Wenn der Hirnforscher *Gerhard Roth* (2011) in seinem Buch „Bildung braucht Persönlichkeit – Wie Lernen gelingt“ Forschungsergebnisse referiert, nach denen wir bis zu 80 Prozent all dessen, was nicht persönlich bedeutsam ist, innerhalb von zwei Jahren vergessen, dann muss man wissen, dass die Gestaltpädagogik bereits in den siebziger Jahren über Konzepte persönlich bedeutsamen Lernens verfügte, die wir in den Wochenseminaren vermittelten und erprobten. Die „Grundlagen der Gestaltpädagogik“, die ich 1988 veröffentlichte, enthielten den Untertitel „Lehrertraining – Unterrichtskonzept – Organisationsentwicklung“. Sie beschrieben aus Sicht von Humanistischer Psychologie und Reformpädagogik bereits die Dimensionen, die *Hans-Günther Rolff* später (1995) als „Trias“ der Schulentwicklung ausführte und weiterentwickelte. Lange bevor Schulen verpflichtet wurden, „Leitbilder“ zu entwickeln, entwarfen wir solche mit Hilfe einer modifizierten Form der Zukunftswerkstatt *Robert Jungks*.

### „Desire to be taught“

Die zentralen Fortbildungsangebote zur Gestaltpädagogik ermöglichten es vielen Kolleginnen und Kollegen, Alltagsroutinen zu überwinden und Schule im Sinne einer „Positiven Pädagogik“ (Burow 2011) neu zu denken. Wenn heute der neueste Hype aus dem Silicon Valley unter dem Terminus „Design Thinking“ (Weinberg 2015)



Die offizielle Verabschiedung von Volker Imschweiler (rechts) erfolgte durch Michael Scholz, den Leiter des Staatlichen Schulamts für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg. „Volker Imschweiler“, so der Leitende Regierungsdirektor, „hat die Lehrerfortbildung in Hessen in besonderer Weise mitgestaltet“.

zu uns hinüberschwappt und Unternehmen begeistert, dann können wir nur feststellen, dass wir bereits in den achtziger Jahren ähnliche Verfahren der Kreativitätsförderung am HILF unter dem Namen „Partizipationsdesign“ an die Kolleginnen und Kollegen vermittelten.

Faszinierend waren damals die experimentelle Haltung und der Mut, mit ungewöhnlichen Formaten zu experimentieren. Dabei versuchten wir, eine gestaltpädagogische Kerneinsicht zu realisieren: Den Schülerinnen und Schülern geht es nur gut, wenn es auch den Lehrerinnen und Lehrern gut geht. Lange bevor der Heidelberger Berufsschulrektor *Ernst Fritz-Schubert* das Schulfach Glück erfunden hatte, nutzten wir kreative Lehr- und Lerndesigns, um Glückserfahrungen als Ressource für gelingende Fortbildung zu nutzen – und realisierten dabei doch nur eine alte Einsicht *Voltaires*, die inzwischen evidenzbasiert bestätigt ist:

*„Ich habe beschlossen glücklich zu sein, weil es besser für die Gesundheit ist.“*

Und allen effizienzfixierten Bildungsbeschleunigern seien *John Lockes* Ideen ins Buch geschrieben, der Lernen als „thing of delight“ definierte und forderte, dass Lehrende in der Lage sein sollten, „the desire to be taught“, die Sehnsucht unterrichtet zu werden, zu vermitteln. Im neomodischen Hintersprech eines *Gerald Hüthers*: „Begeisterung ist Dünger fürs Gehirn.“ Diese Begeisterung zu vermitteln, war uns ein Anliegen in den Seminaren, was aber nur durch den freien, unverzweckten Zeitrahmen eines Wochenseminars möglich war.

Doch halt: Bin ich jetzt in die Falle gelaufen und habe unsere Vergangenheit verklärt? Ich meine nicht, denn es gibt noch eine andere, dunkle Seite. Viele dieser kreativen Impulse unserer Aufbruchzeit sind in der Phase der neoliberalen Umgestaltung des Schul- und Bildungssystems wieder in den Hintergrund getreten oder gar in Vergessenheit geraten. Der ökonomiefixierte Zugriff auf die Schule im Gefolge der OECD-Studien hat Schule und Lehrkräfte unter ein verdichtetes Leistungsdictat gezwungen, das die Belastungen des Lehrerberufs gesteigert hat, ohne uns bei Herausforderungen wie Chancengleichheit und kreativen Spitzenleistungen wirklich weiterzubringen. Insofern gilt es erneut zu überlegen, wie ein innovativer Aufbruch in der Lehreraus- und -weiterbildung erreicht werden kann, der geschichtsbewusst und zugleich zukunftsorientiert ist.

Aus wissenschaftlicher und auch aus gewerkschaftlicher Sicht ist zu hoffen, dass Volker Imschweiler der hessischen Lehrerfortbildung mit seinen Erfahrungen weiterhin als kritischer Begleiter zur Verfügung steht. Somit könnte sein Abschied ein Aufbruch sein.

Olaf-Axel Burow

Olaf-Axel Burow ist Professor für allgemeine Pädagogik an der Universität Kassel. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren mit neuen Lehr- und Lernkonzepten und Verfahren der Kreativitätsförderung. Hintergrund ist die von ihm entwickelte Theorie des Kreativen Feldes sowie die „Positive Pädagogik“. Seine neueste Veröffentlichung zur „Wertschätzenden Schulleitung“ erschien 2016 im Beltz-Verlag.



# Marburger Praxismodule

## Praxisphasen im Lehramtsstudium an der Philipps-Universität

Seit Beginn des Schuljahres läuft die Erprobung des Praxissemesters im Lehramtsstudium an den Universitäten in Frankfurt, Gießen und Kassel. Bei der für 2017 geplanten Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes wird es unter anderem um die Frage gehen, ob das Praxissemester zum Regelbestandteil des Lehramtsstudiums in Hessen wird. Mar-

tin Lüdecke stellt im Folgenden die Neustrukturierung der Praxisphasen an der Philipps-Universität Marburg (UMR) im Rahmen des Marburger Projekts in der Qualitätsoffensive Lehrerbildung (ProPraxis) vor, die vor dem Hintergrund einer neuen Konzeption die Vernetzung von Theorie und Praxis verbessern soll.

In Marburg studieren aktuell rund 3.000 Studierende im Studiengang für das Lehramt an Gymnasien (L3) in 22 Fächern an zwölf von 16 Fachbereichen. Das Projekt *ProPraxis* verfolgt in drei Teilprojekten auf Grundlage eines in sich konsistenten Konzeptes das Ziel, den Studiengang für das Lehramt an Gymnasien inhaltlich und organisatorisch so zu gestalten, dass er den Bildungsbedarfen der Lehramtsstudierenden besser gerecht wird.

### Praxis- und Berufsfeldbezug

Die Philipps-Universität Marburg (UMR) setzt dafür auf die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure in den Fächern, Fachdidaktiken, Bildungswissenschaften und zentralen Einrichtungen sowie auf die Kooperation mit außeruniversitären Akteuren und Akteuren in der Lehrerbildung, besonders mit den Schulen. Zentral ist hierfür das in einem Teilprojekt konzeptionell, personell und strukturell weiterentwickelte *Zentrum für Lehrerbildung (ZfL)*.

Der Praxis- und Berufsfeldbezug des Studienganges Lehramt wird vor allem durch die Entwicklung einer neuen curricularen Struktur für die Praxisphasen im zweiten Teilprojekt und den Aufbau einer diese Phasen begleitenden Eignungsberatung im dritten Teilprojekt wesentlich gestärkt. Die fachwissenschaftliche Bildung im Lehramt ist eine der Stärken der Marburger Lehrerbildung. Ihre Weiterentwicklung zielt auf eine stringendere Vermittlung zwischen Fachwissenschaften und Schulfächern und daraus folgend auf die Verbesserung des Praxis- und Berufsfeldbezuges im Lehramtsstudium.

Dieses Vorhaben folgt der Kernidee eines doppelten und wechselseitig aufeinander bezogenen Praxisverständnisses. Praxis beginnt in diesem Verständ-

nis nicht erst in der Schule, sondern bereits in der intensiven Auseinandersetzung mit den Leitideen der Fächer, die eine jeweils spezifische Perspektive auf einen Lerngegenstand nahelegen. Aus diesem Verständnis heraus wird Fachliches aus fachdidaktischer Perspektive für die Vermittlung modelliert und dann in schulische Praxis umgesetzt (1). Die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer benötigen für ihren Kernauftrag keine „reduzierte Fachwissenschaft“, sondern überzeugende Übersetzungshilfen zwischen (komplexer) Fachwissenschaft, schulischer Vermittlungsaufgabe und dem Alltagsverstehen der Schülerinnen und Schüler. Die Kernidee spiegelt sich in der curricularen Form der *Marburger Praxismodule (MPM)* wider.

Die MPM sind in einer neuen Modulstruktur sukzessive aufgebaut und sehen eine enge Verzahnung von fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen sowie von fachdidaktischen und schulpädagogischen Inhalten vor. Auf der Grundlage der gesetzlichen Regelung der Schulpraktischen Studien (SPS) in § 15 Abs.3 HLBG erfolgt mit der Einführung der MPM keine zeitliche Ausdehnung der Praxisphasen, sondern eine Verschiebung von Aufenthalten an den Schulen. Das Schaubild auf Seite 25 zeigt die Veränderungen gegenüber den gegenwärtigen Schulpraktischen Studien.

Die MPM bestehen aus fünf Modulen, von denen zwei im 3. Semester mit zwei Wochen und im 5. Semester mit acht Wochen jeweils im Block mit Schulaufenthalten verbunden sind:

- **Modul PraxisStart:** In diesem Modul lernen Studierende, das Berufsfeld Schule als zentralen Ort der beruflichen Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern zu verstehen und diesen in einem übergreifenden theoretischen Zusammenhang zu reflektieren. Sie er-

kunden im Sinne forschenden Lernens Schule und Unterricht in einem zweiwöchigen Blockpraktikum, das vor allem der Beobachtung dient.

- **Modul ProfiWerk (in einem Unterrichtsfach):** In diesem Modul wird durch forschendes Lernen anhand ausgewählter fachlicher und/oder methodischer Leitideen exemplarisch ein Fachverständnis entwickelt.

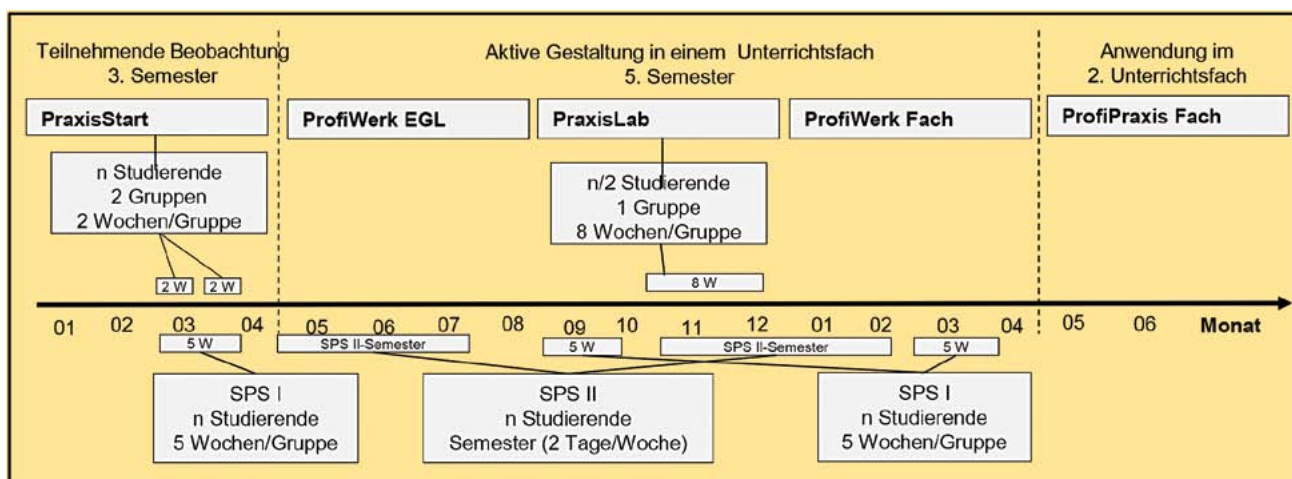
- **Modul PraxisLab:** Basierend auf dem erworbenen Verständnis im Rahmen des Moduls Profiwerk-Fach wird durch fachdidaktisch gesteuerte Prozess der Modellierung von Aufgaben in den Prozess der Inszenierung von Unterrichtseinheiten weitergeführt. Das Modul führt die Studierenden von der teilnehmenden Beobachtung (Modul PraxisStart) in das aktive Handeln als Lehrende. Dazu ist in diesem Modul ein achtwöchiges Blockpraktikum im fünften Fachsemester vor der Weihnachtspause vorgesehen. Das Modul besteht aus eng verzahnten fachdidaktischen und schulpädagogischen Teilen. Die Begleitveranstaltungen werden gemeinsam durch die Fachdidaktiken und die Schulpädagogik gestaltet.

- **Modul ProfiWerk (Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften für das Lehramt):** Die intensive Praxisphase des Moduls PraxisLab wird durch das Modul ProfiWerk-EGL vervollständigt, in dem die Erfahrungen in PraxisLab aus schulpädagogischer und fachdidaktischer Perspektive reflektiert werden.

- **ProfiPraxis (im anderen Unterrichtsfach):** Die in einem Studienfach in PraxisStart und PraxisLab gewonnenen Einsichten werden in einem späteren Semester im zweiten Fach komprimiert aufbereitet.

Aus dieser Konzeption folgt eine andere Aufteilung der schulischen Praxisphasen (zwei Wochen in PraxisStart und acht Wochen in PraxisLab). Die Zu-





**Modulabfolge und Schulische Praxisphasen in den MPM (oberhalb des Zeitstrahles) und den Schulpraktischen Studien I und II (unterhalb des Zeitstrahles)**

sammenarbeit zwischen der UMR und den Schulen sowie den Mentorinnen und Mentoren durch den Wechsel von einem Blockpraktikum und einem Semester begleitenden Tagespraktikum auf nun zwei Blockpraktika muss daher neu justiert werden. Während in dem zweiwöchigen Block im Modul PraxisStart Beobachtungen und Reflexionen von Schule und Unterricht mit geringerer Beanspruchung der Mentorinnen und Mentoren im Mittelpunkt stehen, kann es im achtwöchigen Block PraxisLab zu einer höheren Beanspruchung kommen. Die bisherigen Erwartungen an Mentorinnen und Mentoren bestehen fort und werden gemeinsam für das achtwöchige Blockpraktikum neu gewichtet. Die Studierenden werden im achtwöchigen Blockpraktikum seitens der Universität durch Lehrende aus der jeweiligen Fachdidaktik und aus der Schulpädagogik gemeinsam begleitet. Dies sichert für die Universität die Umsetzung der Kernidee und verbessert für die Schulen sowie die Mentorinnen und Mentoren die Kontaktmöglichkeiten zur Universität. Am ZfL steht mit einem Referat für Praktikumsangelegenheiten darüber hinaus kontinuierlich eine Ansprechperson zur Verfügung.

Die MPM werden unter Beteiligung von zehn Unterrichtsfächern erprobt. Für die anderen zwölf Fächer bleibt zunächst die bekannte Struktur der SPS I und II beibehalten. Die Universität Marburg vermeidet es, an Schulen mit Studierenden aus den beiden unterschiedlichen Modellen gleichzeitig anwesend zu sein. Die UMR sieht in der veränderten Struktur der Praxisphasen innerhalb des aktuell akzeptierten Rah-

mens mit zeitlicher Umstrukturierung keine zusätzliche Belastung für die Kolleginnen und Kollegen an den Praktikumsschulen. Durch die inhaltliche Neuausrichtung an der Kernidee werden Studierende besser vorbereitet und die verlängerte Praxis in den Schulen unterstützt wirksamer deren professionelle Entwicklung. Daher erwartet die UMR einen Zugewinn sowohl für die Studierenden als auch für die Schulen. Eine umfangreiche Evaluation der MPM wird zeigen, unter welchen Bedingungen diese Erwartungen erfüllt werden können.

Die UMR möchte mit den MPM einen qualitativen Beitrag zur bundesweiten Diskussion um die Neustrukturierung der Praxisphasen in der Lehrerbildung leisten. Die Ausweitung von schulpraktischen Phasen ist – anders als die Hoffnungen mancher Politiker und auch die mancher Studierenden nahelegen – nicht per se Garant für eine bessere Lehrerbildung (2).

Die Qualität in der Umsetzung der wissenschaftlich orientierten Vorbereitung, der reflektierenden Begleitung und der theoriegestützten Nachbereitung der Praxisphasen innerhalb des Studienverlaufes ist entscheidend dafür, ob es gelingt, den vielfältigen Zielen der universitären Praxisphasen gerecht zu werden und Studierenden eine Lerngelegenheit zu bieten, die ihre Professionalisierung befördert. Vor diesem Hintergrund arbeitet die Philipps-Universität daran, eine nachhaltige, zukunftsweisende und professionsorientierte Verbesserung der Marburger Lehrerbildung für das gymnasiale Lehramt zu erreichen.

ProPraxis wird im Rahmen der gemeinsamen „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

**Martin Lüdecke**

(1) R.Laging, U.Hericks & M.Saß, Fach: Didaktik – Fachlichkeit zwischen didaktischer Reflexion und schulpraktischer Orientierung. In: Susanne Lin-Klitzing, David Di Fuccia, Roswitha Stengl-Jörns (Hrsg.), Auf die Lehrperson kommt es an? Beiträge zur Lehrerbildung nach John Hattie's „Visible Learning“. Bad Heilbrunn 2015, S. 91–113.

(2) vgl. Agentur für Qualitätssicherung durch Akkreditierung von Studiengängen: Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Nordrhein-Westfalen, Empfehlung der Expertenkommission zur Ersten Phase. Düsseldorf 2007; T.Hascher: Veränderungen im Praktikum – Veränderungen durch das Praktikum: Eine empirische Untersuchung zur Wirkung von schulpraktischen Studien in der Lehrerbildung. Zeitschrift für Pädagogik 52 (51. Beiheft), Weinheim 2006, S.130–148; U.Weyland: Zur Intentionalität Schulpraktischer Studien im Kontext universitärer Lehrerbildung. Paderborn 2010 sowie U.Weyland und E.Wittmann: Expertise Praxissemester im Rahmen der Lehrerbildung 1. Phase an Hessischen Hochschulen. Frankfurt 2011 (= DIPF, Materialien zur Bildungsforschung, 30).

- Kontakte zum Zentrum für Lehrerbildung: Martin Lüdecke, Geschäftsführer ([Luedecke@staff.uni-marburg.de](mailto:Luedecke@staff.uni-marburg.de)) und Sara Dejanovic, Referat für Praktikumsangelegenheiten ([sara.dejanovic@staff.uni-marburg.de](mailto:sara.dejanovic@staff.uni-marburg.de))

- Infos: [www.uni-marburg.de/propraxis](http://www.uni-marburg.de/propraxis)

# Schlüssel zur Integration

## DaF-Lehrkräfte fordern angemessene Bezahlung

*Am 21. Mai gab es ein erstes bundesweites Vernetzungstreffen der Kursleiterinnen und Kursleiter im Bereich Deutsch als Fremdsprache (DaF) und Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Die HLZ sprach mit Nina Schuster. Sie ist Kursleiterin für DaZ und DaF an der VHS Frankfurt und Mitinitiatorin einer neuen Initiativgruppe DaF und Mitglied der GEW. Das Gespräch führte Karola Stötzel.*

*HLZ: An der Volkshochschule in Frankfurt gibt es zum ersten Mal seit vielen Jahren eine neue Initiative von Kursleiterinnen und Kursleitern für mehr Honorar. Ihr nennt euch Initiativgruppe DaF. Wie hat sich die Gruppe entwickelt?*

**Nina Schuster:** Zunächst möchte ich erwähnen, dass es in der VHS schon immer einzelne Kollegen gab und gibt, die sich für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen einsetzten. So war es auch bei uns. Auf unsere Bitten und Briefe an die ehemalige Betriebsleitung endlich die Honorare anzuheben, ist nichts passiert. Deshalb haben wir uns im Herbst 2014 mit einem offenen Brief mit fast 80 Unterschriften an den Frankfurter Oberbürgermeister *Peter Feldmann* gewendet, er solle sich der Sache mit der Honorarerhöhung annehmen.

*Wie hat der Oberbürgermeister reagiert?*

In seiner Antwort vom Januar 2015 stand, dass wir uns mit der Betriebsleitung in Verbindung setzen sollten. Außerdem würden die Kursleitenden an der VHS im bundesweiten Vergleich schon sehr gut bezahlt, weil wir ja die Zuschüsse zur Sozialversicherung von der VHS Frankfurt bekommen. Dieses Argument hat auch die damalige Betriebsleiterin *Frau Çacir-Wahl* benutzt, um die Nichterhöhung der Honorare zu legitimieren. Das hat uns viele Schwierigkeiten in der Diskussion gemacht, weil die Kursleitenden teilweise Angst davor haben, keine Zuschüsse mehr zu bekommen.

*Wie ist es dann weitergegangen?*

Im Herbst 2015 haben wir beschlossen, nicht mehr nur als Einzelpersonen zu agieren und jedes Mal Unterschriften zu sammeln. Wir haben eine Gruppe gegründet und treten auch nur noch als Gruppe auf. Das sind mittlerweile sieben Personen, die sich regelmäßig treffen und die Sachen gemeinsam besprechen. Im Dezember 2015 ist dann die neue VHS-Leitung *Frau Smith* gekommen. Und sie hat dann bei ihrer Vorstellung im DaF-Bereich an einem Freitag ihr blaues Wunder erlebt. Die

Kursleitenden haben ihr nämlich klar gemacht, wie groß die Unzufriedenheit ist, wie es uns geht, wie wir bezahlt werden und dass wir davon nicht leben können. Sie war wirklich überrascht von der großen Frustration und hat uns dann ein Treffen im Februar 2016 angeboten. Dort hat sie uns recht gegeben, dass die Zuschüsse bei einer Honorarerhöhung außen vor bleiben müssen. Außerdem überlegt Frau Smith, wie die Kursleiter im Krankheitsfall entschädigt werden könnten. Bei der VHS Berlin bekommen die Kolleginnen und Kollegen seit August 2014 ab dem vierten Krankheitstag ein Ausfallhonorar in Höhe von 80% des voraussichtlich zu erzielenden Honorars. In diesem Gespräch wurden wir um Geduld gebeten, weil die Geschäftsleitung neu im Amt war und sich des Themas annehmen musste. Inzwischen hatten wir eine Unterschriftensammlung initiiert und die Forderung aufgestellt, die Bezahlung für die Kursleitenden auf 35 Euro Grundhonorar in allen Kursarten anzuheben, also nicht nur in den Integrationskursen.

*Wie seid ihr auf 35 Euro gekommen?*

Na ja, für uns war das ein echter Kompromiss. Die Kollegen haben Angst, dass vielleicht die Zuschüsse mit dem Grundhonorar verrechnet oder abgeschafft würden, wenn sie zu viel fordern. Aus Materialien der GEW haben wir Berechnungsgrundlagen zusammengestellt, die zeigen, dass wir mit 35 Euro auf einem ganz niedrigen Niveau eine Erhöhung fordern und nur das gezahlt wird, was umgerechnet auf das Honorar in etwa dem Mindestlohn für Festangestellte in der Weiterbildung entspricht. Einige von uns wollten, dass wir ein vergleichbares Honorar wie die Lehrkräfte im TVL mit der Eckeingruppierung EG 11, also 54 Euro, fordern, oder 60 Euro wie die Kolleginnen und Kollegen in Hannover. Aber dann hätten nicht so viele Kolleginnen und Kollegen mitgemacht. So fiel die Entscheidung „Wir fordern erst einmal 35 Euro“, die mit über 100 Unterschriften unterstützt wurde.

*Wie hat die Betriebsleitung auf eure Forderung reagiert?*

Wir haben die Unterschriften bei dem zweiten Termin im März an Frau Smith übergeben. Auch da hieß es, wir müssen Geduld haben, weil sie mit vielen Akteuren reden muss, mit der Stadt, dem Land, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und so weiter. Daraufhin haben wir sie aufgefordert, den Kursleiterinnen und Kursleitern einen Brief zu schreiben. In ihrem Schreiben vom April 2016 hat Frau Smith versichert, dass es „im Laufe des Monats Juni“ zu einer Entscheidung über die Höhe des Honorars kommen soll. Ihr Anschreiben bekamen aber auch nur die Unterzeichnenden.

*Du und deine Kollegin Svetlana Poljakova ...*

...die jetzt in die GEW eingetreten ist.

*Das freut uns! Ihr wart zusammen in Hannover beim bundesweiten Vernetzungstreffen von Kursleiterinnen und Kursleitern, Initiativen und Gruppen im Bereich DaZ und DaF am 21. Mai. Wie seid ihr darauf gekommen, dorthin zu fahren?*

Das kam eigentlich auch durch die GEW, die uns einen Kontakt zu den DaF-Kolleginnen und -Kollegen aus Darmstadt



**Nina Schuster, VHS Frankfurt**

*„Wir hoffen, dass die Lehrerinnen und Lehrer in den Sprachkursen jetzt breiter in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.“*





Ende Mai gründeten Lehrerinnen und Lehrer für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache in Hannover das Bündnis der DaF/DaZ-Lehrkräfte, um „vereint auf politischer Ebene für eine Verbesserung unserer Einkommensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu kämpfen“. Im Vorfeld des Vernetzungstreffens demonstrierten Lehrkräfte aus dem „Aktionsbündnis DaF Hannover“ vor dem Neuen Rathaus in Hannover und stellten sich symbolisch zu einem Schlüssel auf. (Foto: Johannes Bredemeier)

vermittelt hatte. Von ihnen haben wir erfahren, dass es einen Zusammenschluss auf der Bundesebene geben soll und wir haben uns auf der Vernetzungskarte bei [www.kreidefresser.org](http://www.kreidefresser.org) angemeldet. Wir waren uns erst nicht sicher, ob wir da mitmachen sollen. Aber dann haben wir gedacht, es wäre nicht gut, wenn eine der größten Volkshochschulen in Deutschland dort fehlt: Frankfurt muss auch mitmachen. Unsere VHS-Kolleginnen und -Kollegen haben uns finanziell unterstützt und später kam auch die Zusage für die Kosten-erstattung von der GEW. Vielen Dank dafür!

*Kurz vor eurem bundesweiten Bündnis-Treffen wurde bekannt, dass sich das BAMF für eine Anhebung der Honorare auf 35 Euro ausspricht und einen entsprechenden Antrag an den Finanzausschuss des Bundes gestellt hat. Glaubst du, dass der politische Druck durch die Initiativen da geholfen hat?*

Na ja, wir haben uns schon die Augen gerieben, dass das BAMF irgendwie genau unsere Forderung aufgegriffen hat. Aber letztlich ist es nur ein Schritt in die richtige Richtung, wie es das in Hannover gegründete „Bündnis DaF-DaZ-Lehrkräfte“ in seiner Pressemitteilung vom 21. Mai 2016 auch gesagt hat. Das Bündnis fordert, dass die Mittel für eine Honorarerhöhung schnell bereitgestellt werden müssen und dass alle qualifizierten DaF/DaZ-Lehrkräfte gerecht bezahlt werden müssen. Aber jenseits von dem Druck, den die Kolleginnen und Kollegen in Köln, Bonn und Hannover schon gemacht haben, ist eigentlich noch nicht so viel passiert. Deshalb haben wir ja auch das Bündnis gegründet. Das BAMF reagiert, weil es nicht mehr genügend qualifizierte Lehrkräfte für die Integrationskurse gibt und sich viele qualifizierte Kolleginnen und Kollegen besser bezahlte Arbeitsmöglichkeiten suchen. Das Bündnis ermöglicht uns den Austausch untereinander und eine Präsenz nach außen. Unsere prekäre Situation ist der breiten Öffentlichkeit noch nicht wirklich bekannt. Nur mit vereinten Kräften können wir endlich eine wirklich angemessene Bezahlung durchsetzen. Die Situation, dass es den Lehrkräftemangel gibt, müssen wir jetzt

nutzen. Das Bündnis fordert eine Honorarhöhe für alle DaF/DaZ-Lehrkräfte, die im Ergebnis mit dem Gehalt von Berufsschullehrkräften gleichzieht und eine Absicherung für Krankheit und Urlaub erhält. Alternativ dazu sehen wir Festanstellungen mit der entsprechenden Absicherung auf dem Niveau von Berufsschullehrkräften als angemessen an.

*Wie war es in Hannover?*

Es hat uns sehr gut gefallen, wir haben frische Ideen bekommen und zum Beispiel auch erfahren, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern immer noch kein Urlaubsgeld bekommen. Den Urlaubsgeldanspruch haben ja die arbeitnehmerähnlichen Kursleiterinnen und Kursleiter, die überwiegend nur bei einem Träger arbeiten. In Frankfurt mussten aber auch die Kolleginnen und Kollegen lange dafür kämpfen, bis es soweit war. Dass viele Träger den gesetzlichen Anspruch der Kolleginnen und Kollegen nicht erfüllen, ist schon sehr schlimm. Dafür, wie man sein Recht durchsetzt oder wie man es schaffen kann, dass mehr Kursleiterinnen und Kursleiter bei den Initiativen mitmachen und sich aktivieren, dafür war das Treffen sehr wichtig. Und wir hoffen natürlich auch, dass wir jetzt breiter in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

*Wie geht es weiter?*

Wir haben ein zweites bundesweites Treffen im September vereinbart und verschiedene Arbeitsgruppen werden dann über ihre Arbeit berichten. Wir haben uns auch vorgenommen, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu verbessern. Dabei hoffen wir auf die Hilfe der GEW und deshalb haben wir uns über die Anfrage der HLZ sehr gefreut.

*Uns hat es auch gefreut, von Euch zu hören. Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg!*

Weitere Informationen über das Bündnis der DaZ- und DaF-Lehrkräfte findet man unter [www.dafdz-lehrkraefte.de](http://www.dafdz-lehrkraefte.de) oder <http://kreidefresser.org>.



# Mathematikasse dank Konfuzius?

Über die „Musterimmigranten“ aus Vietnam

„Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen.“ So steht es im neuen Parteiprogramm der AfD. Gute Flüchtlinge, böse Flüchtlinge, gute Immigranten, böse Immigranten: Dieses Spiel ist nicht nur in rechten Kreisen beliebt. Viet Anh Nguyen Duc ist Sohn

vietnamesischer Eltern und beschäftigt sich im Folgenden mit den positiven und negativen Klischees als zwei Seiten derselben Medaille. Er absolviert an der TU Darmstadt ein Masterstudium in Philosophie und Technik. Außerdem schreibt er für die Studierendenzeitschrift des AstA der TU Darmstadt.

Wenn man in Zeitungen Artikel über Vietnamesinnen und Vietnamesen in Deutschland liest, geht es meistens um vietnamesische Schülerinnen und Schüler. Da ich selbst einen solchen Migrationshintergrund habe und in deutsche Schulen gegangen bin, lese ich diese Artikel mit großem Interesse und mit der Hoffnung, meine eigene Vergangenheit besser deuten zu können.

## „Das vietnamesische Wunder“

Es geht bei diesen Artikeln oft darum, das Vorurteil zu entkräften, Kinder mit Migrationshintergrund würden das deutsche Bildungsniveau senken. Also zeigt man mit einer Statistik, dass der prozentuale Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten mit vietnamesischem Hintergrund auffällig hoch ist. Und das bestätigt dann auch zugleich das stereotype Narrativ des intelligenten, mit mathematischer Begabung ausgestatteten „Asiaten“, den man schon aus Filmen kennt.

Der SPIEGEL präsentiert die „ehrgeizigen Vietnamesen“, die „mit besonders guten Leistungen“ auffallen (1),

für die WELT stammen „viele deutsche Musterschüler aus Vietnam“ (2) und die ZEIT spricht gar vom „vietnamesischen Wunder“ (3). Und so wird schon bald das „Klischee“, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund seien in der Schule schlechter, durch ein neues, nicht weniger problematisches Klischee ersetzt, das die „natürliche Veranlagung“ eines wie auch immer konstruierten „Asiaten“ suggeriert, der bei der Mathe-Olympiade alle anderen in den Schatten stellt. Beruhigenderweise suchen die Journalistinnen und Journalisten auch nach Ursachen in den Familien, führen Interviews mit den Eltern, die oft ebenfalls dieselben Klischees bedienen, oder begeben sich in die Perspektive des Soziologen, um die kulturellen Einflüsse aus der Ferne zu analysieren – was allerdings auch nicht zwangsläufig zu einem differenzierteren Blick führen muss.

Stereotype, die soziale Phänomene deuten sollen, stören mich nicht sonderlich. Schließlich gibt es genügend Menschen, die stereotype Denkmuster durchschauen. Aber mich stört es, wenn ich den Eindruck bekomme, dass Vietnamesen geradezu als Fremde erschei-

nen, Fremde aus einer anderen Kultur. Sicher, die Elterngeneration ist in der Regel in Vietnam aufgewachsen, und niemand wird die kulturellen Unterschiede zwischen Deutschland und Vietnam leugnen. Doch die meisten Vietnamesen, deren Kinder in Deutschland ihr Abitur machen und gemacht haben, leben schon länger in Deutschland als in Vietnam. Diesem Faktum wird man nicht gerecht, wenn man sie immer nur als Zugezogene beschreibt, bei denen kulturelle Einflüsse aus Fernasien nachwirken. So irritiert es mich sehr, wenn oft Konfuzius herhalten muss, um den Fleiß vietnamesischer Schülerinnen und Schüler zu erklären. Solche Artikel befriedigen eher die Bedürfnisse deutscher Leserinnen und Leser, die etwas über eine andere Kultur erfahren wollen oder eine Reise nach Vietnam ins Auge fassen. Aber was haben Fleiß, Ehrgeiz und die guten Schulleistungen vietnamesischer Schülerinnen und Schüler mit Konfuzius zu tun?

Da ich selbst eine vietnamesische Erziehung in Deutschland genossen habe und auch viele Vietnamesen kenne, möchte ich hier einen anderen Ein-

## Palästinensische Gewerkschafterinnen in Hessen



Sechs palästinensische Frauen der Lehrgewerkschaft GUPT waren vom 29. Mai bis zum 4. Juni auf Einladung der GEW und der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Gast in Hessen, um sich über das deutsche Bildungssystem zu informieren. Nur die beiden Schulleiterinnen Hilwa Salem Arrar und Sahar Abdelminim al-Qawasmı waren vorher schon einmal in Deutschland. In Frankfurt hatten die Pädagoginnen Gelegenheit zum Besuch der Georg-August-Zinn Schule, einer Integrierten Gesamtschule, und der berufsbildenden Ludwig-Erhard-Schule, wo sich die Lehrerinnen aus Palästina vor allem für das duale System der Berufsausbildung interes-

sierten. Schulleiter Bernhard Friedrich bezeichnete den Besuch als „eine echte Bereicherung, gerade an einer Schule, an der der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr hoch ist“. Bei der GEW Hessen wurden die Kolleginnen von der stellvertretenden Landesvorsitzenden Maïke Wiedwald empfangen (Foto: Mitte). Beim GEW-Hauptvorstand trafen sie sich unter anderem mit der GEW-Vorsitzenden Marlies Tepe und den Vorsitzenden aus Hessen und Rheinland-Pfalz Jochen Nagel und Klaus Peter Hammer.

• Einen Bericht von Manfred Brinkmann findet man unter [www.gew.de](http://www.gew.de) > Bildung und Politik > Internationales



blick in die vietnamesische Familie geben, einen Einblick, der zwar nicht den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben kann, aber vielleicht anregt, andere Faktoren zu berücksichtigen, die zu diesem „Bildungserfolg“ geführt haben.

### Aufopferungsbereite Eltern

Dazu wäre es sehr hilfreich, sich über die Lebenssituation der Elterngeneration und die Bedingungen ihrer Migration zu vergewissern. Ein entscheidender Faktor waren die Folgen des Vietnamkriegs, der bis in die 70er Jahre gedauert hat. Die Elterngeneration, die nach Deutschland gekommen ist, hat Armut und Überlebensängste erfahren. Meine eigenen Eltern kamen in den 80ern in die Tschechoslowakei. Sie arbeiteten für wenig Geld in Fabriken, lebten unter erbärmlichen Bedingungen. Doch was für mich wie eine menschenverachtende Zumutung klingt, war für sie stets ein Ort, wo sie ihre Freiheit ausleben konnten und wo sie durch harte Arbeit in den Fabrikhallen Familienangehörige in Vietnam unterstützen konnten. Anfang der 90er Jahre flüchteten sie nach Deutschland, wo sie Asyl bekamen. Einige Jahre später wurde ich dann geboren und hin und wieder erzählt mir meine Mutter nicht ohne Stolz, wie sie noch als hochschwangere Frau auf Friedhöfen kehrte, um etwas Geld dazuzuverdienen.

Diese Aufopferungsbereitschaft findet man bei vielen anderen Vietnamesen auch, denn wenn man nicht viel hat, dann ist Verzicht die einzige Taktik, um sich Sicherheit zu verschaffen. Viele Vietnamesen haben sich in Deutschland eingelebt, auch wenn es nicht immer einfach gewesen ist: Viele vietnamesische Frauen verfügten über keine Ausbildung und mussten somit schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse eingehen. Ihre Männer waren in ihrer Firma rassistischer Diskriminierung ausgesetzt, gerade in kleineren, nicht gewerkschaftlich organisierten Firmen. Das wiederum erklärt, warum sich viele Vietnamesen selbstständig machten, nicht nur, um besser zu verdienen, sondern auch, um an einem diskriminierungsfreien Ort arbeiten zu können. Asia-Imbisse, Nagelstudios und asiatische Supermärkte sind Orte, an denen die Vietnamesen „unter sich“ bleiben, was eben auch bedeutet, frei von rassistischer Diskriminierung zu sein.

Ihre Kinder kennen diese Konflikte, auch wenn sie nur selten darüber re-



*Das Klischee, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund seien in der Schule schlechter, findet seine Entsprechung in einem neuen, nicht weniger problematischen Klischee, das die „natürliche Veranlagung“ eines wie auch immer konstruierten „Asiaten“ suggeriert, der bei der Mathe-Olympiade alle anderen in den Schatten stellt. (Foto: DragonImages, panthermedia.)*

den, und spüren denselben psychischen Druck, sich irgendwie frei zu machen. So schreiben sich die Einstellungen der Elterngeneration in der Kindergeneration fort.

Ich erinnere mich noch an das große Drama, als ich eine schlechte Note in Englisch hatte, obwohl ich viel dafür gelernt hatte. Ich saß an meinem Schreibtisch und schaute die Seiten an, während meine Mutter hilflos neben mir saß. Diese Bücher waren, wenn ich zurück denke, didaktisch sehr schlecht aufbereitet und es war unmöglich, alleine mit diesen Büchern zu lernen, was ich damals als Kind nicht durchschaute. Und so erhielt ich dann die Note 3 und musste beim Anblick meiner enttäuschten Mutter weinen, die daraufhin auch zu weinen begann. Als Kind will man doch alles machen, damit die Aufopferung der Eltern für das Kind nicht umsonst gewesen war. Schlechte Noten machten mir ein schlechtes Gewissen und waren für mich immer mit großen Überlebensfragen verbunden. Und das dürfte bei anderen vietnamesischen Familien genauso gewesen sein. Bei Freunden weiß ich es jedenfalls sicher.

Die familiären Strukturen der Vietnamesen in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Die strukturellen Bedingungen, die den Fleiß und den Ehrgeiz begünstigt haben, verschwinden und vermutlich werden vietnamesische Kinder in

der Zukunft weniger glänzen als in den letzten Jahren – so meine Prognose. Und dann wird man vielleicht sagen, dass die Vietnamesen in Deutschland sehr „integriert“ sind.

Abschließend möchte ich noch zwei Anregungen bezüglich des deutschen Schulsystems geben. Eine Anregung bezieht sich auf die Schulbücher: Hier sollte man wissen, dass sich Kinder mit Migrationshintergrund viel eher an den Schulbüchern festklammern in dem Glauben, dass sie sich mit Hilfe dieser Bücher Wissen aneignen können. Lernbücher sollten deshalb so aufbereitet werden, dass sie auch ein selbständiges Lernen erlauben.

Eine zweite Anregung bezieht sich auf den Unterricht. Es wird Zeit, dass man sich an den Schulen viel dezidierter mit dem Phänomen der Migration beschäftigt. Migration ist zu einem Bestandteil unseres heutigen Lebens geworden. Deshalb muss viel mehr Raum für Diskussion eingeräumt werden. Ansonsten bleiben kulturelle Offenheit und Chancengleichheit unwirkliche Mythen.

Viet Anh Nguyen Duc

(1) [www.spiegel.de/schulspiegel/leben/ehrgeizige-vietnamesen-streben-fuer-die-familienehre-a-733046.html](http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/ehrgeizige-vietnamesen-streben-fuer-die-familienehre-a-733046.html)

(2) [www.welt.de/politik/deutschland/article12458240/Die-besten-deutschen-Schueler-stammen-aus-Vietnam.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article12458240/Die-besten-deutschen-Schueler-stammen-aus-Vietnam.html)

(3) [www.zeit.de/2009/05/B-Vietnamesen](http://www.zeit.de/2009/05/B-Vietnamesen)

**Betr.: HLZ 5/2016**  
**Rechte Parteien in Hessen**

**Probleme nicht schönreden**

Sie haben der HLZ von Mai 2016 viel Platz eingeräumt, um uns Lesern die Gefährlichkeit der AfD zu erläutern. Auch über rechte Gewalt klären Sie uns ausführlich auf. Es ist fraglich, ob sich eine Gewerkschaftszeitung in diesem Umfang mit einer bestimmten Partei beschäftigen sollte.

In den verschiedenen Artikeln wird nicht im mindesten sachlich hinterfragt, warum viele Bürger in Hessen die AfD gewählt haben. Es ist nur die Rede von diffusen Ängsten, Neid und Hass, also von negativen Gefühlen der Menschen, welche die AfD eingefangen hat. Es fehlt nur noch das Wort „Islamophobie“, die man Personen unterstellt, die den Islam kritisieren. Ich habe die AfD nicht gewählt und würde diese Partei auch niemals wählen, ich habe auch keine „Phobie“, die ja eine krankhafte psychische Störung ist. Vielmehr habe ich begründete und berechtigte Bedenken, dass muslimische Einwanderer Traditionen in unsere offene, freie Gesellschaft importieren, die nicht vereinbar sind mit der Werteordnung unserer Demokratie.

Ich habe viele Jahre an einer Schule mit einem hohen Anteil von Schülern aus der islamischen Kultur unterrichtet und mit großer Sorge festgestellt, wie stark die Integrationsbereitschaft in den muslimischen Communities zurück geht. Insbesondere die Stellung der Mädchen und Frauen zeigt im Hinblick auf Gleichberechtigung eine geradezu besorgniserregende Rückwärtsentwicklung.

Meiner Meinung nach ist es dringend erforderlich, diese Probleme zu thematisieren. Einerseits ist es als Lehrer meine Aufgabe, Schüler und Schülerinnen zu selbständigen, mündigen Bürgern und Bürgerinnen zu erziehen. Andererseits sitzen in den Klassen Mädchen, teilweise in der Grundschule schon mit Kopftuch, denen zu Hause und in der Moschee ein Frauenbild eingehämmert wird, das der Gleichberechtigung der Frau diametral entgegensteht und diese Errungenschaft gezielt auszuhöhlen versucht.

In diesem Zusammenhang ist es geradezu grotesk, dass Sie in diesem Heft einer Politikerin der Grünen ein Forum geben, die uns unwissenden Lesern das rückständige Frauenbild der AfD erklärt und durch diese Partei die

Errungenschaften der Frauenbewegung in Gefahr sieht. Es grenzt aber meiner Meinung nach an Realitätsverweigerung, das rückständige Frauenbild des Islam völlig beiseite zu lassen. Letzteres und auch die anderen Probleme, die aus der islamischen Welt zu uns importiert worden sind und aktuell durch die Einwanderer aus dieser Kultur noch verstärkt werden (keine Trennung von Staat und Religion, Zwangsverheiratungen, mangelnder Respekt gegenüber einer säkular-demokratischen Gesellschaft) sollten dringend gerade in der GEW und deren Zeitschriften thematisiert werden.

Bitten Sie doch einmal säkulare Muslime wie Necla Kelek, Hamed Abdel-Samad oder Seyran Ates, einen Artikel in der HLZ zu verfassen. Alle drei setzen sich kritisch mit dem Islam, also der Kultur, in der sie aufgewachsen sind, auseinander. Sie sind engagierte Verfechter unserer offenen, demokratischen Gesellschaft und kämpfen dafür, dass sich Muslime von Welt- und Gesellschaftsbildern emanzipieren, die deren Herkunftsländer zunehmend ruinieren. Nur unter dieser Voraussetzung können islamische Migranten in Europa ankommen und alle Möglichkeiten für sich und besonders für ihre Kinder nutzen, die ihnen eine säkulare, demokratische Gesellschaft bietet. Und hören Sie auf, diese Probleme schönzureden oder totzuschweigen. Ansonsten fühle ich mich von der GEW nicht mehr vertreten.

Ursel Bessing, Kassel

**Betr.: HLZ 5/2016**  
**Inklusion**

**So nicht, Herr Minister!**

*Der Elternbeirat der Rehbergschule in Roßdorf bei Darmstadt wandte sich in einem Offenen Brief an das Hessische Kultusministerium und kritisierte die unzureichende Lehrerversorgung für den inklusiven Unterricht. Die HLZ zitiert den Brief in Auszügen:*

Als Eltern der Rehbergschule Roßdorf haben wir uns intensiv mit dem Thema Inklusion befasst. Uns Eltern wie auch den Lehrkräften ist der gemeinsame Unterricht aller Kinder an unserer Schule ein wichtiges Anliegen. Mit der inklusiven Beschulung unserer Kinder wie sie sich zurzeit darstellt, sind wir allerdings nicht zufrieden.

Die Rehbergschule ist eine Grundschule mit über 300 Kindern, die in

14 Lerngruppen unterrichtet werden. (...) Sie erhält derzeit 28 Wochenstunden, um die im Folgenden aufgeführten Aufgaben zu erfüllen:

- inklusive Beschulung von aktuell drei Kindern mit Förderbedarf Lernen und vier Kindern im Bereich emotional-soziale Entwicklung
- Betreuung von 12 Kindern im Bereich Vorbeugende Maßnahmen (Lernstandsdiagnosen, Elterngespräche, Förderung und Beratung der Lehrkräfte)

Diese Aufgaben sind bei einer Klassengröße bis zu 25 Kindern zu leisten, derzeit liegt der Durchschnitt bei 23 Kindern pro Klasse. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass die Kinder der Jahrgänge 1 und 2 trotz entsprechender Diagnosen keine inklusive Beschulung mehr erhalten, sondern lediglich durch Vorbeugende Maßnahmen betreut werden können.

Die Förderschullehrkraft kann sich also derzeit weniger als zwei Stunden je Woche um ein Kind kümmern. (...)

Eine inklusive Beschulung ist unter diesen Bedingungen weder bedarfsgerecht noch effektiv, trotz allem Engagement der Lehrkräfte. Leidtragende sind ALLE Kinder! (...)

Unsere Forderungen werden von allen Elternvertretern der Rehbergschule und der Gemeinde Roßdorf unterstützt.  
 Elternbeirat, Rehbergschule Roßdorf

**„Hase, Igel, fertig, los!“**

Das inklusive Kindertheaterstück „Hase, Igel, fertig, los!“ des Darmstädter Theaterlabors hatte am 5. Juni Premiere im Theater Moller Haus. Zwischen Gewinnen und Verlieren, Schneller- und Schläusersein bewegt sich dieses bekannte Märchen mit seinen zwei ungleichen Streithähnen. Die Geschichte wird von einem kleinen inklusiven Ensemble mit Spaß am Spiel, an Rhythmus, Schnelligkeit und Kräfteressen erzählt und behandelt Themen und Erfahrungen, die Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gleichermaßen betreffen und interessieren. Weitere Aufführungen für Kinder ab 6 gibt es am Montag, dem 26. September um 11 und 15 Uhr in der Centralstation in Darmstadt.

Das Theaterlabor INC. ist ein Zusammenschluss von Schauspielern verschiedenen Alters mit und ohne Behinderung, die künstlerisch hochwertige Theaterarbeit leisten.

- Infos: [www.theaterlabor-darmstadt.de](http://www.theaterlabor-darmstadt.de)



## Interaktive Ausstellung: „Verdun – Darmstadt“

Vom 25. April bis zum 15. Juni 2016 war im Staatsarchiv Darmstadt die Ausstellung „1914–1918: Residenz, Festung, Kurstadt. Darmstadt – Mainz – Wiesbaden“ zu sehen. Die von den Stadtarchiven entwickelte Ausstellung wurde von Schülerinnen und Schülern der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule Ober-Ramstadt und der Lichtenberg-Schule Darmstadt um Exponate, Schautafeln und Themen erweitert. Besonders in den Blick genommen wurde dabei die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die unterschiedlichen Erinnerungskulturen in Deutschland und Frankreich.

Das Team Archiv- und Museumspädagogik Darmstadt (TAMPDA) und der Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ (HLZ S. 32) ermöglichten es Schülerinnen und Schülern, eigene Zugänge zum Thema Erinnerungskultur zu finden. Während der Europawoche bot das Team akkreditierte Multiplikatorenfortbildungen für Lehrkräfte und Jugendliche an, die die pädagogische Konzeption des „Dialogischen Lernens“ verfolgen. Jugendliche und Lehrkräfte wurden im Sinne des Service-Learnings (Lernen durch Engagement) und der Peer-Education zum Rollentausch

### „Tiefere Einblicke“

*„Was mich an der Ausstellung im Karolinenaal fasziniert, ist, dass sie in Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen Menschen erstellt wurde und dass sich so viele Menschen für die Ausstellung engagieren. Die Vorträge auf der Multiplikatorenfortbildung waren sehr interessant und man hat einen tieferen Einblick in das Thema bekommen als in der Schule. Am besten gefiel mir jedoch an diesem Tag, dass ich im Gespräch mit Experten noch Lebensgeschichten von anderen Personen hören konnte, welche ebenfalls eng mit dem Thema Verdun und deutsch-französischer Feindschaft (später auch Freundschaft) zu tun hatten. Ich möchte vermitteln, wie wichtig es ist, Geschichte weiterzugeben und lebendig zu halten. Ich möchte anderen zeigen, wie furchtbar Krieg ist. Man soll aus Geschichte lernen, damit so etwas nicht noch einmal geschieht.“*

**Anna Eccarius**

Anna besucht die 9. Klasse der Lichtenberg-Schule Darmstadt und ist auf dem Foto vor der Tafel als SchülerGuide zu sehen.



Foto:  
Harald Höflein

angeregt (vom Rezipienten zum Vermittler). In authentischen Gesprächssituationen mit versierten Fachleuten sollten Jugendliche *historical agency* (Handlungsfähigkeit und -bereitschaft) lernen und Selbstbewusstsein, Sozialkompetenz und Teamfähigkeit stärken.

Im Austausch mit Prof. Dr. Gerd Krumeich und Pierre Lenhard (Verdun) und in ihren Teams ließen sich 40 Schülerinnen und Schüler zu Ausstellungsguides ausbilden und setzten projektorientiert jeweils eigene Akzente in ihren Führungen. Sie führten in kleinen Teams eigene und fremde Klassen, eine französische Projektgruppe aus Troyes sowie eine französische Austauschgruppe aus Saint-Péray durch die von den Jugendlichen ergänzte Ausstellung.

Die Verlegerin und Soziologin Julie Cazier und der Historiker Dr. Alexander Hogh zeigten in einem Workshop, wie ein deutsch-französischer Comic zum Ersten Weltkrieg entsteht, der die Schicksale verschiedener Protagonisten zu einem in beiden Ländern erschienenen Comic verarbeitet. Eine deutsch-französische Schülergruppe mit dem Lycée Marie de Champagne (Troyes) verfasste und präsentierte Rollenbiografien der vier historischen Hauptcharaktere des Comics. Andere Jugendliche entwickelten aus dem vorgelegten Darmstädter Archivgut, aus Feldpostbriefen und Fragmenten hiesiger Biografien eigene Comics.

Die Ausstellung bildete auch den Anknüpfungspunkt für die Präsentation von Schülerprojekten von vier Schulen zum Thema der Europawoche in Darmstadt im Staatsarchiv am 4. Mai 2016. Die Berichte spannten einen Bogen von

der Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg in Verdun und Troyes über die Begegnung mit Z(w)eitzeugen des Zweiten Weltkriegs im Rahmen einer Studienfahrt nach Polen, über Interviews mit *Pierre Jablon* und *Robert Liebenthal*, den Nachfahren Darmstädter Shoah-Opfer bis hin zu einem Erfahrungsbericht von zwei Schülern über die Internationale Jugendbegegnung und ihre Teilnahme am Auschwitz-Gedenken des Deutschen Bundestages im Januar 2016.

Insgesamt zeigte sich, dass dialogisches Lernen von Jugendlichen und Expertinnen und Experten sowie dialogisches Erinnern in der historisch-politischen Bildung Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte in einen offenen Prozess des multiperspektivischen Lernens bringen. Die vielfältigen Zugänge innerhalb der Veranstaltungsreihe boten in hohem Maße die Chance zur intrinsischen Motivation. Die Kreativität aller Beteiligten wurde angeregt und das methodische Knowhow im Bereich lebendiger, adressatengerechter Präsentation kann für zukünftiges schülerzentriertes Lehren – auch am außerschulischen Lernort – genutzt werden.

Im September 2016 sind weitere Multiplikatorenfortbildungen für Lehrkräfte und Jugendliche mit interaktiven Zugängen zu der Ausstellung „Wohin sollten wir nach der Befreiung? Zwischenstationen: Displaced Persons nach 1945“ des International Tracing Service Bad Arolsen im Haus der Geschichte Darmstadt geplant.

**Harald Höflein und Margit Sachse**  
Team Archiv- und Museumspädagogik Darmstadt (TAMDA)



# Erinnern an Verdun

## Beiträge zum Gedenkjahr 2016 in Darmstadt

Zur Erinnerung an die Schlacht von Verdun vor 100 Jahren hat die Regionale Arbeitsgruppe Südhessen des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ für das „Darmstädter Gedenkjahr 2016“ die Veranstaltungsreihe „Darmstadt – Verdun: 1916 – 2016 – eine europäische Beziehung“ inhaltlich entwickelt und durchgeführt.

### Das pädagogische Projekt

Dieses Projekt, das von Ende April bis Mitte Juni 2016 lief, bestand aus verschiedenen Angeboten und richtete sich sowohl an die Öffentlichkeit als auch an Schülerinnen und Schüler. Neben Vorträgen zum Thema, unter anderem von Prof. Dr. Gerd Krumeich aus Düsseldorf („Mythos Verdun“) und Prof. Dr. Bernd Faulenbach aus Bochum („Nationale Erinnerungen in Europa im Widerstreit“), einem Abend mit Liedern aus dem Ersten Weltkrieg, Fortbildungsangeboten für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler

*Fritz von Unruh (1885–1970) lebte zeitweise in Darmstadt und war mit dem Großherzog befreundet. Angesichts des Massentötens in Verdun wurde er zum Pazifisten. Sein 1916 verfasstes Buch „Der Opfergang“ erschien 1919. Als Gegner der Nazis musste er 1933 ins Ausland fliehen. (Foto: StAD Darmstadt, Großherzogliches Familienarchiv D24 37/5)*



wurde auch ein mehrtägiger Comic-Workshop für Schulen zum Thema „Wie entsteht ein deutsch-französischer Comic zum Ersten Weltkrieg?“ angeboten. Ein besonderer Schwerpunkt der gesamten pädagogischen Arbeit lag darauf, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sich in dieses Themenfeld einzuarbeiten und die Ergebnisse dieser Beschäftigung öffentlich präsentieren zu können (HLZ S.31).

Eine wichtige Rahmenbedingung für das Schulprojekt des Teams für Archiv- und Museumspädagogik Darmstadt (TAMPDA) war, dass im Haus der Geschichte zeitgleich die Ausstellung „1914–1918: Residenz, Festung, Kurstadt. Darmstadt – Mainz – Wiesbaden“ gezeigt wurde. Den Darmstädter Teil dieser Ausstellung hatte der Stadtarchivar Dr. Peter Engels konzipiert und Archivpädagogin Harald Höflein hatte sie in einem Schülerprojekt um zwei Tafeln („Darmstädter Soldaten in der ‚Hölle‘ von Verdun“ und „Heldengedenken oder Opfergedenken? Die Erinnerungskultur zu Verdun in Darmstadt“) und mehrere Vitrienen erweitert, in denen die Schülerinnen und Schüler eine kommentierte Auswahl aus beeindruckenden Materialien des Stadt- und Staatsarchivs mit regionalem Bezug ausstellten.

Auch der neue Leiter des Hessischen Staatsarchivs Dr. Johannes Kistenich-Zerfab vertritt engagiert die Auffassung, dass sich das Staatsarchiv für die Öffentlichkeit, insbesondere für die historisch-politische Bildung und neue Formen des aktiven Erinnerns für Schülerinnen und Schüler öffnen müsse.

Seit der großen Anne-Frank-Ausstellung 2010 gibt es ein großes Interesse an der Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Guides, die sich in die jeweilige Thematik einarbeiten und sie dann Gleichaltrigen oder auch der Öffentlichkeit vorstellen. Margit Sachse und das TAMPDA-Team haben sich mit dieser Konzeption in Darmstadt einen Namen gemacht.

Erneut wurden jetzt zur Ausstellung über den Ersten Weltkrieg 40 Schülerinnen und Schüler zu Guides ausgebildet, die fast 800 Schülerinnen und Schüler durch die Ausstellung führten.

### Verdun: Lernfeld für Jugendliche

Die Erinnerungskultur in Deutschland nach 1945 wird dominiert vom 2. Weltkrieg und dem Holocaust. Das ist auch richtig so, weil beides uns den Spiegel vorhält, in den wir immer wieder blicken müssen, um uns der Notwendigkeit zu versichern, dass Demokratie und Menschenrechte niemals ein für allemal sicher sind, sondern dass „man sie immer wieder neu verteidigen muss“, so Fritz Stern in seinem letzten Interview am 18. Mai 2016. Dennoch ist es richtig, den Blick auch weiter zurück zu richten: auf das Ende des 19. und auf den Beginn des letzten Jahrhunderts, um negative wie positive Traditionslinien aufzuspüren.

Der Erste Weltkrieg hat anlässlich des 100. Jahrestages seines Beginns in der deutschen Erinnerungskultur noch einmal eine neue Bedeutung bekommen. Zahlreiche Veröffentlichungen und Ausstellungen haben die Erinnerung an diesen ersten Massen- und Materialkrieg der Moderne wieder in das öffentliche Bewusstsein gehoben. Dabei ist der große Unterschied in der deutschen und französischen Erinnerungskultur deutlich geworden. In Deutschland – von Ausnahmen abgesehen – eher an den Rand gedrängt stand das kollektive Gedächtnis Frankreichs während des gesamten 20. Jahrhunderts im Zeichen des „Grande Guerre“. Besonders deutlich wird diese Differenz an der Erinnerung an die Schlacht um Verdun im Jahre 1916. Das gemeinsam mit dem französischen Historiker Antoine Prost verfasste Buch von Gerd Krumeich „Verdun 1916“ widmet allein 70 Seiten dem „Mythos Verdun“ (Klartext-Verlag 1916). Im Klappentext zu diesem Buch heißt es:

*„Die Schlacht von Verdun vom 21. Februar bis zum 19. Dezember 1916 zwischen der deutschen und der französischen Armee war die längste Schlacht des Ersten Weltkrieges. Auf einer Fläche von nicht einmal 80 km<sup>2</sup> kamen mehr als 300.000 Soldaten ums Leben, weitere 400.000 wurden verwundet, gefangen genommen oder blieben ‚vermisst‘. Die ‚Hölle von Verdun‘, wie die Schlacht schon da-*



*mals genannt wurde, hatte kein militärisches Ergebnis, die Front verlief am Ende wieder wie zu Beginn der Auseinandersetzung. Sie war ein verbissener Nahkampf mit Flammenwerfern und Gas, unter dem ständigen Stahlgewitter aus Tausenden von Geschützen aller Kaliber.“*

Man muss sich ein Bild von der unbeschreiblich grausamen Alltagsrealität dieses Krieges machen, vom Vegetieren in den Schützengräben, dem Nahkampf Mann gegen Mann, dem Leiden in dieser „Knochenmühle“, von Todesängsten, Hunger, Durst und Gestank, seiner Brutalität und schließlich Menschenverachtung, um zu begreifen, wie es zu dieser so geschichtsträchtigen Mythenbildung um Verdun gekommen ist.

### Geteilte Erinnerungen

Das nationale Verdun-Bild Frankreichs entstand noch während des Krieges. Es ist das Selbstbild einer defensiven Friedensmacht, die das Vaterland durch das bedingungslose Zusammenstehen der ganzen Nation gegen einen aggressiven Feind erfolgreich verteidigt. Dass französische Soldaten nicht länger als 14 Tage in Verdun eingesetzt werden durften, führte dazu, dass rund zwei Drittel des französischen Heeres über Fronterlebnisse in Verdun verfügten. Dieses Bild, das sowohl militärisch erfolgreiche als auch pazifistische Züge trug, prägte das Selbstverständnis ganz Frankreichs als Nation.

In Deutschland dagegen hatte die Schlacht um Verdun schon im Sommer 1916 an Bedeutung verloren, nachdem klar geworden war, dass die beabsichtigte schnelle Einnahme von Verdun gescheitert war, weil die Franzosen einen zähen Widerstand leisteten. Das deutsche Interesse schwand umso mehr, je mehr sich die Westfront an andere Schlachtorte verlagerte.

In Deutschland dominierte noch im Krieg und unmittelbar danach das Erschrecken. *Erich Maria Remarques* Buch „Im Westen nichts Neues“, bis heute von extremer Ausdruckskraft, fand nach seinem Erscheinen 1929 reißenden Absatz. Am 10. Mai 1933 landete auch dieses Buch im Feuer der Nazis. Die NS-Propaganda brachte es schließlich fertig, die Schlacht um Verdun trotz der deutschen Niederlage zum Bestandteil der Herrenmenschen-Ideologie zu machen. Der deutsche Soldat, der in Verdun gekämpft hatte, wurde in seiner ikonographischen Verarbeitung durch die NS-Propaganda – mar-

kig entschlossen dreinblickend – zum Vorbild der SS. Die Erbärmlichkeit der Realität des Krieges wurde umgedeutet in „Heldentum“ und „Opferbereitschaft“.

### Darmstädter Erinnerungskultur

Lokalgeschichtlich ließen sich mit Unterstützung des Staatsarchivs unter anderem folgende Themenfelder herauskristallisieren:

- Über Darmstädter Soldaten an der Front liegen biografische Angaben vor. Unter den rund 32.000 hessischen Soldaten des damaligen Großherzogtums, die im 1. Weltkrieg gefallen sind, waren über 2.100 aus Darmstadt. Das 115er Leibgardeinfanterieregiment aus Darmstadt war beim ersten Angriff auf Verdun am 21. Februar 1916 beteiligt. Das als uneinnehmbar geltende Fort Duoau-mont wurde innerhalb weniger Tage erobert. Schon bis zum 28. Februar 1916 waren 30 Offiziere und über 1.000 Unteroffiziere und Soldaten des 115er Leibregiments gestorben.

- Unterlagen gibt es auch zu Kriegsgefangenen in Darmstadt. Schon 1914 kamen französische Kriegsgefangene nach Darmstadt. 1915 lagerten 20.000 Kriegsgefangene auf dem Truppenübungsplatz Griesheim. Allein am 28. Februar 1916, wenige Tage nach dem Beginn der Verdunschlacht, kamen 5.000 Kriegsgefangene nach Darmstadt. Große Versorgungsengpässe waren die Konsequenz.

- Einzelbiographien bekannter Personen eignen sich besonders für die pädagogische Arbeit. Aus Darmstadt stammten sowohl die Weltkriegsoffiziere und späteren SS-Generäle *Maximilian von Herff* und *Karl Wolff* als auch der wegen seiner Beteiligung am Widerstand hingerichtete Militärbefehlshaber in Paris *Carl-Heinrich von Stülpnagel*. Auch *Fritz von Unruh*, ein enger Bekannter des Großherzogs, lebte zeitweise in Darmstadt. Seine in Verdun entstandene Erzählung „Opfergang“ wurde als defätistisch bezeichnet und von der Heeresleitung verboten. Er wurde auf Grund seiner Fronterfahrungen zum Pazifisten und Militärgegner, der sich nach 1945 für die deutsch-französische Verständigung einsetzte.

- Wegen ihrer visuellen Anschaulichkeit ist auch die Analyse von Denkmälern sehr interessant. Unter Anwesenheit des Großherzogs, vieler Offiziere und Soldaten, ihrer Angehörigen und von bis zu 10.000 Zuschauern wurde



Das Denkmal zu Ehren der über 2.000 Gefallenen und Vermissten des Infanterieregiments 115 aus Darmstadt wurde 1928 eingeweiht und ist in die nördliche Mauer des Schlossgrabens integriert (Entwurf: Heinrich Jobst, Abbildung: Staatsarchiv Darmstadt)

1927 ein Artillerie-Denkmal errichtet. 1928 wurde das Löwendenkmal an der hinteren Schlossmauer, das an den verlorenen Kampf der 115er in Verdun erinnern soll, eingeweiht. Die Plastik des von einer Lanze getroffenen und im Todeskampf aber unbesiegt wirkenden Löwen stieß im sozialdemokratischen „Hessischen Volksfreund“ auf heftige Kritik. Die Reden bei der Einweihung dieser Denkmäler zeugen dagegen von bedingungsloser Heldenverehrung und Revancheansprüchen.

### Projekt Europa

Die Folie, vor der unser Projekt entwickelt wurde, heißt Europa. Das Europäische Parlament hat nach kontroverser Debatte beschlossen, eine große Ausstellung zum Gesamtkomplex „Europäische Erinnerungskultur“ zu erarbeiten. Gleichzeitig nimmt die Zustimmung zu einem gemeinsamen Europa in vielen europäischen Ländern dramatisch ab. Die Frage nach der Bedeutung der nationalen Erinnerungskulturen und Narrative für die Zukunft Europas kann nur im dialogischen Austausch der Akteureinnen und Akteure beantwortet werden.

#### Klaus Müller

Klaus Müller ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen des Vereins Gegen Vergessen Für Demokratie. Von 1983 bis 1993 war er Landesvorsitzender der GEW Hessen.

# Begrenzte Dienstfähigkeit

Was lange währt, wird nicht immer gut. Mit der Verordnung vom 13. Mai 2016 (1) wird in Hessen endlich eine Neuregelung der Besoldung für begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte getroffen. Rückwirkend zum 1. April 2011 erhalten nun auch diejenigen Beamtinnen und Beamte einen Zuschlag zur Besoldung, die bisher lediglich eine Teilzeitbesoldung (anteilige Dienstbezüge) erhalten haben.

Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte erhalten gemäß § 55 HBesG eine Besoldung entsprechend einer Teilzeitbeschäftigung oder, wenn dies günstiger ist, eine Besoldung in Höhe des Ruhegehalts, das bei einer Versetzung in den Ruhestand (wegen Dienstunfähigkeit) zu zahlen wäre (fiktives Ruhegehalt). Die Landesregierung ist darüber hinaus ermächtigt, die Zahlung eines nicht ruhegehaltfähigen Zuschlags zu regeln.

Die bisherige Verordnung sah nur einen Zuschlag zum fiktiven Ruhegehalt vor. Dieser beträgt 5 Prozent der Dienstbezüge auf Vollzeitbasis. Dienstbezüge sind Grundgehalt, Familienzuschlag, Amts- und Stellenzulagen. Der Mindestzuschlag beträgt 220 Euro. Nun wird der Zuschlag auch zu den anteiligen Bezügen gezahlt.

Liegt der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit über 80 Prozent, wird der Zuschlag zu den anteiligen Dienstbezügen begrenzt. Der Zuschlag verringert sich für jeden Prozentpunkt, um den die Dienstfähigkeit von 80 Prozent überschritten wird, um 5 Prozent. Dies bedeutet z. B. bei einer begrenzten Dienstfähigkeit von 85 Prozent einen Mindestzuschlag von 165 Euro.

Die neue Regelung tritt rückwirkend zum 1. April 2011 in Kraft. Alle betroffenen Beamtinnen und Beamten werden von der Hessischen Bezügestelle

informiert werden, wenn sie jetzt einen höheren Zuschlag erhalten.

Damit tritt die dritte hessische Regelung eines Zuschlags bei begrenzter Dienstfähigkeit in Kraft. Die erste Verordnung vom 6. Dezember 2002 sah in den Fällen begrenzter Dienstfähigkeit einen Zuschlag in Höhe von 50% der Differenz zwischen der anteiligen Besoldung entsprechend der Arbeitszeit (Teilzeitbesoldung) und der vorherigen Besoldung vor. Die vorherige Besoldung wurde aufgrund der Arbeitszeit in den letzten drei Jahren vor Beginn der begrenzten Dienstfähigkeit festgestellt. Einen Zuschlag zum „fiktiven Ruhegehalt“ sah die Verordnung nicht vor.

## Eine lange Vorgeschichte

Diese Verordnung wurde im Jahr 2007 unverändert verlängert, obwohl bereits damals die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 28. April 2005 vorlag, nach der sichergestellt werden muss, dass die Besoldung begrenzt dienstfähiger Beamtinnen und Beamten höher ist als die der Beamtinnen und Beamten, die in den Ruhestand versetzt werden.

In einem mit Rechtsschutz der GEW Hessen geführten Verfahren entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) am 6. April 2011, dass diese Regelung nicht nur gegen die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, sondern auch gegen den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz verstößt, da sie die Höhe der Besoldung bei begrenzter Dienstfähigkeit von der Höhe der vorherigen Arbeitszeit abhängig macht.

Mit der Verordnung vom 12. Dezember 2012 wurde dann die Regelung eines Zuschlags zum fiktiven Ruhegehalt in Höhe von 5 Prozent der Vollzeitbezüge, mindestens 220 Euro eingeführt. Diese Verordnung führte jedoch dazu, dass begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte mit „relativ niedrigem Ruhegehaltsanspruch“ und „relativ hoher Arbeitszeit“ keinen Zuschlag erhalten. Damit hätte der überwiegende Anteil der Betroffenen genau die gleiche Besoldung erhalten wie bei einer freiwilligen Teilzeitbeschäftigung. Für Beamtinnen und Beamte, die zu diesem Zeitpunkt bereits einen Zu-

schlag nach der alten Versorgung erhielten, wurde eine Übergangsregelung geschaffen.

Nachdem sich dies in der Entscheidung aus dem Jahr 2005 bereits andeutete, hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 27. März 2014 die Besserstellung der begrenzt dienstfähigen Beamtinnen und Beamten gegenüber aus anderen Gründen Teilzeitbeschäftigten gefordert. Die Landesregierung möchte dieser Rechtsprechung nun gerecht werden. Dies bedeutet, dass der Zuschlag weiterhin 5 Prozent, mindestens 220 Euro betragen soll.

Aus unserer Sicht wäre es aber einfacher und sachgerechter gewesen, im Grundsatz die ursprüngliche Regelung aus dem Jahr 2002 mit Ausnahme der Abhängigkeit von der vorherigen Arbeitszeit wieder aufzunehmen, wie dies mittlerweile auch andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Thüringen aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts getan haben. Dies würde dazu führen, dass alle begrenzt Dienstfähigen einen Zuschlag erhalten und der Zuschlag stets höher ist als das fiktive Ruhegehalt. Darüber hinaus wäre es dann nicht mehr erforderlich, zur Festsetzung der Bezüge eine fiktive Ruhegehaltsberechnung vorzunehmen. Eine solche Regelung hatte die hessische Landesregierung selbst bei der Einführung der begrenzten Dienstfähigkeit grundsätzlich für sachgerecht gehalten. Mit der neuen Verordnung setzt das Land Hessen jedoch nur das Minimum dessen um, was das Bundesverwaltungsgericht gefordert hat und was „gerade so“ noch als rechtmäßig anzusehen ist.

Darüber hinaus wurde der Mindestbetrag von 220 Euro bereits mit der Verordnung 2012 eingeführt. Bei einer Anpassung an die seitdem erfolgten Besoldungserhöhungen zum 1. Juli 2013 um 2,6% und zum 1. April 2014 um weitere 2,6% müsste er jetzt 231,59 Euro betragen.

Annette Loycke

## Schließzeiten der Rechtsstelle

Auch die Landesrechtsstelle ist vom 1. bis zum 12. August 2016 geschlossen. In fristgebundenen oder dringenden Fällen wenden Sie sich in dieser Zeit als Mitglied bitte direkt an die Büros der DGB Rechtsschutz GmbH. Die Adressen der einzelnen Büros finden sich unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Recht > DGB Rechtsschutz GmbH > Büros.

(1) Verordnung zur Änderung der Hessischen Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit (GVBl. I 2016, S.65)



# Danke und alles Gute!

Peter Zeichner und Sigrid Krause bedanken sich im Namen der GEW Hessen und aller GEW-Mitglieder im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) bei den Kolleginnen und Kollegen, die dem im Mai neu gewählten HPRL nicht mehr angehören. Der Dank für die engagierte Arbeit ist verbunden mit allen guten Wünschen.

**Heike Lühmann** war seit 16 Jahren Mitglied im HPRL und scheidet nun auf eigenen Wunsch aus. Als Leiterin des Referates Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand war dies auch ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit im HPRL. Sie hat dank ihres Wissens und ihres Engagements für die Studienseminare, für die Ausbildung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und für die Fortbildung die Hochachtung des Hessischen Kultusministeriums (HKM) erhalten. Auch dort bedauert man, eine kompetente Ansprechpartnerin zu verlieren. In den Erörterungen mit der Behörde hat sie immer wieder konsequent auf Missstände, Mängel oder nicht umgesetzte Zusagen hingewiesen und sich für die Interessen der LiV und Studienseminare eingesetzt. Ihre Kompetenz wird im HPRL schwer zu ersetzen sein, zumal sie sich auch in anderen Bereichen

einbrachte. Im Sommer 2011 übernahm sie auch die Verantwortung als stellvertretende Vorsitzende des HPRL. Diese Funktion übte sie bis Sommer 2014 aus.

Mit **Uwe Nogga** hat ein weiterer Nordhesse den HPRL verlassen. Er war eine Amtsperiode lang Nachrücker und Gewerkschaftsbeauftragter und nahm dazu den weiten Weg von Fulda nach Wiesbaden auf sich. Die GEW-Fraktion bedankt sich für seine Mitarbeit und wünscht ihm viel Erfolg und einen langen Atem für seine Tätigkeit im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (GPRL) in Fulda.

Nach vielen Jahren kandidierte **Christoph Baumann** nicht mehr erneut für den HPRL. Bis zu seinem Ruhestand möchte er sich nun unter anderem noch einmal stärker seiner schulischen Funktion als Stufenleiter für die Jahrgangsstufen 9 und 10 an der Paul-Hindemith-Schule in Frankfurt widmen. Die GEW-Fraktion im HPRL bedankt sich auf diesem Wege noch einmal ganz herzlich für die von ihm viele Amtsperioden lang geleistete Arbeit. Als Leiter des GEW-Referats Schule, aber auch in seinen Schwerpunktthemen Arbeits-

schutz, Arbeitssicherheit und Berufsorientierung war er stets eine zuverlässige Informationsquelle und unterstützte das Gremium mit zahlreichen Vorlagen für die Verhandlungen mit dem HKM.

Die GEW-Fraktion im HPRL wünscht Christoph weiterhin viel Kraft, Spaß und Erfolg bei all seinen Tätigkeiten und freut sich, ihn als kompetenten Berater in Schulfragen und solchen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit innerhalb der hessischen GEW weiterhin zur Seite zu haben.

**Katja Plazikowsky** gehört dem HPRL nach einer Amtsperiode als Gewerkschaftsbeauftragte und Nachrückerin nicht mehr an, da sie demnächst in den Ruhestand geht. Aus dem gleichen Grund hat sie mittlerweile auch ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende des GPRL am Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und Wiesbaden in andere Hände gegeben. Die GEW-Fraktion bedankt sich auch für Katjas Mitarbeit insbesondere in Fragen der Inklusion und der sonderpädagogischen Förderung sehr herzlich und hofft, sie demnächst als frisch gebackene (Un)Ruheständlerin in anderen GEW-Gremien wiederzusehen.



## Personalratswahlen an Hochschulen

Die GEW kandidierte für die Personalratswahlen im Mai 2016 an den hessischen Hochschulen erneut gemeinsam mit der DGB-Gewerkschaft ver.di auf gemeinsamen Listen oder unterstützte deren Listen, ohne eigene Kandidatinnen und Kandidaten auf vorderen Listenplätzen zu platzieren. Gewählt wurden die Vertreterinnen und Vertreter der Beamtinnen und Beamten, der administrativ-technischen Beschäftigten und der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade in der dritten Gruppe verblieb die Wahlbeteiligung mit 9 bis 20 Prozent auf einem sehr geringen Niveau.

- Über die Wahl zum Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst berichtete die HLZ 6/2016.
- Mit leichten Verlusten konnte die ver.di/GEW-Liste an der Goethe-Universität Frankfurt ihre Mehrheit (13 von 21 Sitzen) verteidigen. Für die GEW wurden Hartmut Kunz (Universitätsbibliothek), Elisabeth Alt-

hauser (Internationales Sprachenzentrum), Melanie Schreiber (Gesellschaftswissenschaften) und Christina Rahn (Gleichstellungsbüro) in den Personalrat gewählt. Mit der „freien Liste“ besteht nach längeren Jahren der Differenzen wieder ein enger Austausch.

- An der Philipps-Universität Marburg konnte die Gewerkschaftsliste von ver.di und GEW ganz knapp die Mehrheit von 9 von 17 Sitzen zurückgewinnen und den Rückstand gegenüber der „freien Liste“ bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf drei Prozentpunkte bzw. einen Sitz reduzieren. Gewählt wurden für die GEW Christa Seip (Bereichsbibliothek Mathematik und Informatik) und Thomas Werther (Studienkolleg Mittelhessen).

- Mit 13 von 16 möglichen Sitzen sicherte sich die gemeinsame ver.di/GEW-Liste an der Justus-Liebig-Universität Gießen die Zweidrittelmehrheit. Auch wenn die Wahlbeteiligung bei den

Wissenschaftlerinnen mit 11,9 und bei den Arbeitnehmern mit 29,3 Prozent unter den Erwartungen blieb, sehen die Gewerkschaften sich grundsätzlich in ihrem politischen Kurs bestätigt.

- An der Technischen Hochschule Mittelhessen wurde Eberhard Weber, Mitarbeiter am Fachbereich Maschinenbau, Mechatronik und Materialtechnologie und bisheriger Gesamtpersonalratsvorsitzender, wiedergewählt und erhält Verstärkung von Lothar Stampe, Laboringenieur, der bisher aktiv im örtlichen Personalrat am Standort Friedberg war.

- An der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (früher Fachhochschule) Fulda gibt es keine konkurrierenden Listen. Bei der Personenwahl konnte unsere GEW-Kollegin Katja Richter nicht nur ein starkes Ergebnis verbuchen, sondern sie wurde auch auf der konstituierenden Sitzung zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

## Wir gratulieren im Juli und August ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Renate Ahnert, Frankfurt  
 Peter Albig, Alsbach-Hähnlein  
 Christel Baumgarten-Simonis,  
 Darmstadt  
 Gerfried Beck-Mailänder, Darmstadt  
 Birgit Bertisch, Groß-Gerau  
 Hans-Jürgen Brocar, Frankfurt  
 Erwin Bruchhäuser, Wehr  
 Karin Dommerich-Schmücker, Kassel  
 Helmut Echternacht, Hanau  
 Eberhard Eckhardt, Bad Arolsen  
 Luitgard Ehrbeck, Bad Vilbel  
 Franz Eisenbacher, Calden  
 Peter Fischer, Marburg  
 Edeltraud Förty, Hanau  
 Martin Frenz, Alsbach  
 Ingeborg Fritz, Gießen  
 Erich Frohnäpfel, Kassel  
 Ludwig Gleichmann, Fritzlar  
 Rosemarie Gögler, Kassel  
 Ursula Grochtdreis, Marburg  
 Horst Haase, Kassel  
 Waltraud Häfner, Alsfeld  
 Ulrike Hartig, ABLAR  
 Elke Heckelmann, Kronberg  
 Jutta Hellwig, Willingen  
 Margit Höfle-Brückner, Taunusstein  
 Gretel Hölzer, Limburg  
 Walter Hölzer, Limburg  
 Bernhard Kämpf, Marburg  
 Angelika Klammt, Heppenheim  
 Franz-Josef Klar, Frankfurt  
 Heike Knodt-Hassanien,  
 Friedrichsdorf  
 Helmut Koch, Homberg  
 Sylvia Kohlauer, Weinbach  
 Reinhard Kremser, Fulda  
 Brigitte Kunze, Reinheim  
 Klaus Lachmann, Wiesbaden  
 Helmut Laier, Offenbach  
 Gerhard Leichtweiß, Bad Nauheim  
 Hans Lesser, Nierstein  
 Ute Linge, Helsa  
 Denise Lorenz, Wiesbaden  
 Margit Maibach-Buren, Bad Soden  
 Eberhard Meyer, Hanau  
 Gerd Mohr, Mühlheim  
 Theo Müller, Frankfurt  
 Christa Nadler, Hann Münden  
 Dr. Harry Neß, Offenbach am Main  
 Wolfgang Patzak, Büdingen  
 Dr. Detlev Reymann, Geisenheim  
 Gisela Rhein, Bad Soden  
 Brigitta Richter, Kassel  
 Wolfgang Richter-Girard, Frankfurt  
 Karin Ritter, Alsfeld  
 Elisabeth Rübbert, Eichenzell

Lutz Rübbert, Eichenzell  
 Bruno Sauer, Bad König  
 Hildegard Schäfer, Frankfurt  
 Volker Schäfer, Kassel  
 Helmuth Schimanowski, Ortenberg  
 Ulrich Schneider, Kassel  
 Karin Schott, Kassel  
 Ingeborg Schubert, Neu-Isenburg  
 Wilfried Straub, Linsengericht  
 Juliane Stursberg, Fürth  
 Mechthild Tröbs, Fritzlar  
 Friedbert Wegerle, Wetzlar  
 Norbert Weinig, Alsfeld  
 Prof. Dr. Johann Welsch, Mainz  
 Gerhard Welter, Linden  
 Gudrun Zitzke-Klößner, Wiesbaden

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Horst Bender, Kassel  
 Dieter Böhm, Groß-Biebau  
 Waltraud Mackenroth, Langenselbold  
 Georg Mardorf, Borken  
 Hans-Günther Möntrich, Biedenkopf  
 Manfred Schmücker, Kassel  
 Dietrich Sommer, Offenbach  
 Peter Thornau, Laubach  
 Heide Wiczorek-Zeul, Wiesbaden

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Peter Hartherz, Neu-Anspach  
 Heide Laufer, Taunusstein  
 Elfriede Schauß, Rauschenberg  
 Berthold Wittich, Ludwigsau  
 Kurt Zeun, Gladenbach

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Heinrich Gleim, Gemünden  
 Inge Gombert, Marburg

### ... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Aldona Axmann, Hofgeismar

### ... zum 75. Geburtstag:

Rolf Bleeß, Langen  
 Gisela Dunitz, Ebersburg  
 Jürgen Eilers, Frankfurt  
 Hannelore Fienemann, Oberursel  
 Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld  
 Lieselotte Gebelein-Hammer,  
 Staufenberg  
 Sigrid Gescholowitz, Schauenburg  
 Rolf Heiliger, Riedstadt  
 Monika Hermann, Frankfurt  
 Karin Herwig, Frielendorf  
 Wolfgang Höhner, Frankfurt  
 Gerhard Kafitz, Frankfurt  
 Prof. Dr. Michael Kittner, Hanau  
 Horst Koch, Linden/Forst

Günther Kollar, Feldatal  
 Rainer Krug, Wartenberg  
 Lothar Laucht, Biebental  
 Anke Mathews, Hofgeismar  
 Ernst Otto Müller, Alsfeld  
 Burkhard Nasemann, Homberg-Berge  
 Hasso Oesterhelt, Wetzlar  
 Marieluise Reif, Pohlheim-Hausen  
 Horst Ruppert, Allendorf  
 Susanne Schade, Schwalbach  
 Heidelinde Schäfer, Lichtenfels  
 Clemens Tacke, Nidda  
 Rolf Wagner, Frankfurt  
 Gerhard Weinreich, Homberg

### ... zum 80. Geburtstag:

Hans Baumunk, Neckarsteinach  
 Gerhard Becker, Grünberg  
 Friedrich Bergerhoff, Frankfurt  
 Udo Brunnhöfer, Plaue  
 Ilse Deutschmann, Burghaun  
 Regina Hempel, Staufenberg  
 Peter Knoff, Söhrewald  
 Winfried Neumeyer, Schlüchtern  
 Horst Rau, Oberaula  
 Gisela Rhein, Bad Soden  
 Helga Roeske, Lampertheim  
 Werner Schnabel, Wiesbaden  
 Werner Scholz, Frankfurt  
 Prof. Margarete Tjaden-Steinhauer,  
 Kassel  
 Klaus Tümmeler, Felsberg

### ... zum 85. Geburtstag:

Margarete Bernhardt, Frankfurt  
 Margot Podoll, Kassel  
 Inge Scheerer, Kassel  
 Wienke Zitzlaff, Hannover

### ... zum 90. Geburtstag:

Margot Schirmeister, Frankfurt

### ... zum 92. Geburtstag:

Werner Crecelius, Pohlheim  
 Erika Peters, Groß-Umstadt  
 Anneliese Weber, Haiger

### ... zum 93. Geburtstag:

Gerhard Happel, Frankfurt  
 Karl Manderla, Konstanz  
 Lili Sturmfels, Darmstadt

### ... zum 94. Geburtstag:

Hermann Pohlmann, Bad Arolsen  
 Hans Schmidt, Rimbach

### ... zum 95. Geburtstag:

Lorenz Knorr, Frankfurt



## GEW-Senioren in Mittelhessen

Nach längeren Planungen konnte jetzt die Idee eines gemütlichen Treffens mit den ehemaligen Mitgliedern der Personen-Gruppe Seniorinnen und Senioren der GEW in Mittelhessen endlich realisiert werden. Bei einem Begrüßungsschluck erinnerten *Dietmar Becher* und *Herbert Haub* an die Geburtsstunde des Bezirksverbands Mittelhessen und die Gründung der Personengruppe Seniorinnen und Senioren. Da wurden viele Erinnerungen wach und ausgetauscht. Die Gäste kamen aus den Kreisen Alsfeld, Marburg-Biedenkopf, Dill, Gießen (Stadt und Land), Lauterbach und Limburg. Nach einem gemeinsamen Mittagessen ging es noch ins Mathematikum zu einer speziellen Führung und anschließendem Kaffeetrinken. *Hans-Jürgen Ortmann* (Dill), *Werner Röhrig* (Oberlahn), *Karl-Ludwig Bleicher* (Limburg) und *Ursula Glitsch* (Lauterbach) konnten leider nicht teilnehmen.



Untere Reihe: *Maxi Ritter, Brigitte Preisler, Arthur Kraft, Hans-Christian Mika, Dorothea Mannshardt, Heinrich Hainmüller*; obere Reihe: *Dietmar Becher, Norbert Weinig, Arthur Kraft, Herbert Haub, Margit Rauch, Dieter Möbus*

## GEW-Kreisverband Homberg-Efze

Die jährliche Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Homberg-Efze im Landgasthof Zur Post in Borken-Gombeth bot nach der Ehrung langjähriger GEW-Mitglieder und dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes viel Zeit für Gespräche und Anregungen der anwesenden Mitglieder. Eine Tagesfahrt nach Hameln am 17. September soll dem Wunsch nach gemeinsamen Aktivitäten Rechnung tragen.

Bei der Diskussion über aktuelle politische Themen vom Kitastreik bis zur Forderung „A13 für alle“ wies der ehrenamtlich tätige Vorstand auch auf seine begrenzten Zeiteresourcen hin und ermunterte alle Mitglieder, sich verstärkt in die Arbeit des Kreisverbands einzubringen. *Jutta Hellwig*, bis Mai amtierende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats beim Staatlichen Schulamt Fritzlar, berichtete über aktuelle Themen und die Schwierigkeiten die sich unter anderem aus der Zentralisierung der Schulverwaltung ergeben.



Für langjährige Mitgliedschaft wurden geehrt (von links nach rechts): *H. Koch, E. Engel, B. Nasemann, M. Witt, W. Schwarz, A. Schönberger, D. Gabriel-Burri, C.W. Paschke, B. Wiegand und S. Schackert*

## GEW Nordhessen: Neuer Vorstand

Die Delegiertenversammlung des GEW-Bezirksverbands Nordhessen, in dem rund 5.000 Beschäftigte aller Bildungsbereiche organisiert sind, wählte am 7. Juni 2016 in Melsungen einen neuen Vorstand und beschäftigte sich mit den Herausforderungen für das Bildungssystem durch die Beschulung von Geflüchteten und Asylsuchenden. Nach 24 Jahren kandidierte *Heike Lühmann* nicht wieder für den Bezirksvorsitz, weil sie im Laufe der nächsten Wahlperiode aus dem aktiven Schuldienst ausscheidet. Auch der langjährige Geschäftsführer *Hans-Georg Klindt* und der Schatzmeister *Wolfgang Hartmann* traten nicht mehr zur Wahl an.

Neben den bisherigen Bezirksvorsitzenden *Johannes Batton* (Foto: Mitte) aus Bad Sooden-Allendorf und *Carsten Leimbach* aus Kassel (Foto: rechts) wurde die Förderschullehrerin *Andrea Michel* aus Kassel zur neuen Co-Vorsitzenden gewählt. Die Geschäftsführung erledigen jetzt *Irina Kilinski* (KV Kassel-Land) und *Frank Engelhardt* (KV Kassel-Stadt). Für die Kasse ist *Werner Mösche-Sonnenberg* aus Homberg/Efze verantwortlich.

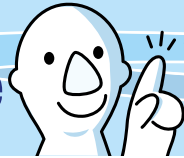
An das Referat der stellvertretenden GEW-Vorsitzenden *Maike Wiedwald* über „Geflüchtete und Asylsuchende im Bildungswesen“ schloss sich eine lebhaftes Aussprache an.



Die Versammlung forderte die politischen Entscheidungsträger auf, im Sinn der „Leipziger Erklärung“ ein flächendeckendes Angebot für Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache zu schaffen.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!  
[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)  
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-0404041**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NURNBERGER** Mehrfachgeneraleagentur Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt · Prallat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Private Akutklinik für  
 Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
 für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

## Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**  
 Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

Für eine qualitative Interviewstudie im Rahmen eines **Promotionsprojektes an der TU Darmstadt** werden

**Lehrkräfte aller Schularten gesucht,**

die

- über ihre schulpraktischen Erfahrungen im Umgang mit geschlechtlicher und sexueller Heterogenität sowie
- über ihre Unterrichtserfahrungen mit der Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen berichten möchten.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:

Florian Cristobal Klenk  
[f.klenk@apaed.tu-darmstadt.de](mailto:f.klenk@apaed.tu-darmstadt.de)

**Freizeit Aktiv**  
 Klassenfahrten

**Barcelona** ab **185 € p.P.**

4 Tage Flugreise inkl. 3 x ÜN/Frühstück

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) 06257-998190

**Ihr Schuljahrbuch**

mit uns schnell und preiswert!

Verlag Mensch und Leben  
 Postfach 1944, 61289 Bad Homburg,  
 Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de),  
 Tel. 06172-95830



## Klassisch auf Papier .....

### Alle im Schulalltag wichtigen

**Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse**  
 über 1400 Seiten gegliedert nach Fachgebieten!

## Neuaufgabe auf aktuellem Stand!

## ... oder digital auf CD

Mensch & Leben Verlagsges.mbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg  
 Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

[www.dienstundschulrecht.de](http://www.dienstundschulrecht.de)





Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €  
 Vorteileins für den öffent. Dienst  
 Umschuldung: Raten bis 50% senken  
 Baufinanzierungen echt günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns.  
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit  
**2,77%** effektiver Jahreszins  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Tel.: (0621) 178180-0  
 Info@AK-Finanz.de  
 www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ä.D. / Berufssoldaten / Akademiker  
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,95%, Nettobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate  
 Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

www.Autokredit.center



Klinik am  
 Leisberg  
 BADEN-BADEN

Von hier an geht  
 es aufwärts!

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom  
**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**  
 Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatlink für psychologische Medizin  
 Mit Fachabteilung für **Essstörungen**

terre des hommes  
 Hilfe für Kinder in Not



**Spuren...**

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.  
 Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe.  
 Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

www.tdh.de

Diese  
 s/w-Anzeige  
 kostet nur  
**168,75**  
 zzgl. MwSt.



**AGARIA TOURS**  
 Fachveranstalter für Pragreisen

**Prag? Nur mit uns!**

**Einzigartig:**  
 Ihre Wünsche, Ihre Reise, Ihr Programm.

**Ausgezeichnet:**  
 90% unserer Kunden kommen auf Empfehlung.

**Keine Vorkasse:**  
 Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt.

**Vor Ort Service:**  
 Wir sind immer für Sie da.



**PRAHA**



Info: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

**Freizeit Aktiv**  
 Klassenfahrten

**Rom** ab **189€ p.P.**  
 4 Tage Flugreise inkl. 3 x ÜN/Frühstück  
 www.freizeit-aktiv.de 06257-998190



Die nächste Hessische Lehrerzeitung  
 erscheint am **8. September 2016**,  
 Anzeigenschluss ist am **19. August 2016**.



*Klasse Reisen. Weltweit.*

z. B. **Krakau**  
 6 Tage inkl. Prog.  
 Stadtführung inkl.  
 ab **152,- €**

z. B. **Prag**  
 5 Tage inkl. Prog.  
 Stadtrundfahrt inkl.  
 ab **144,- €**

z. B. **Dublin**  
 5 Tage inkl. Prog.  
 Stadtrundgang inkl.  
 ab **199,- €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH  
 Herrrengasse 2  
 01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter  
 Tel.: 0 35 04/64 33-0  
 www.schulfahrt.de

Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

**Freizeit Aktiv**  
 Klassenfahrten

**Berlin** ab **129€ p.P.**  
 4 Tage Busreise inkl. 3 x ÜN/Frühstück

www.freizeit-aktiv.de 06257-998190



gemeinnützige  
bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

## lea bildet...

**Beschulung von geflüchteten Jugendlichen** | 05-09 u. 06-09-2016, Darmstadt |

**Rollenwechsel – aus dem Kollegium in die Schulleitung** | 06-09-2016, Offenbach |

**Kompetenzorientiertes Rechtschreib-Lernen (Klassen 1–6)** | 13-09-2016, Kassel |

**Workshop Berufseinstieg – Grund- u. Förderschule** | 13-09, 11-10, 15-11, 13-12-2016, 17-01, 14-02-2017, Roßdorf |

**Hispanics in America** | 14-09-2016, Frankfurt |

**Wald- und Naturpädagogik kompakt** | 14-09-2016, in Wehrheim |

**Was können Stolpersteine bewirken?** | 19-09-2016, Kassel |

**Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung** | 20-09-2016, Kassel |

**Musik öffnet Türen – DaZ für Grundschüler** | 20-09-2016, Frankfurt |

**Inklusion und Mathematik – 1. Klasse** | 21-09-2016, Marburg |

**Eigenverantwortliches Arbeiten durch Methodentraining** | 21-09-2016, Gießen |

**Pflegen, Sorgen, Saubermachen – Politische Perspektiven auf Care-Arbeit** | 26-09-2016, Frankfurt |

**Altes Handwerk Filzen – neue kreative Technik** | 26-09-2016, Frankfurt |

**Musikinstrumente in der Grundschule und Kita – auch für „Unmusikalische“** | 27-09-2016, Frankfurt |

**Elternabende konstruktiv und effizient gestalten** | 27-09-2016, Marburg |

**Englisch-Unterricht in der Grundschule – gar nicht so schwer!** | 28-09-2016, Wiesbaden |

**Massengrab Mittelmeer – Seenot-Rettung und humanitäres Versagen** | 29-09-2016, Frankfurt |

**Studienreise nach Nicaragua** | 16-10 bis 29-10-2016 |

Das vollständige Programm unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

[www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main